



AIB

2V 7426 E

2,- DM

Sonderheft

Nr. 1 / 1980

11. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

F. J. Strauß und die CDU/CSU - Weltpolitik

Beiträge von Prof. Dr. R. Kühnl, J. Soto,
J. Reusch u. a.



CDU/CSU-Entwicklungspolitik
Chile • Afrika • China
Vietnam

Inhalt:

F. J. Strauß — eine Weltaffäre	3
Reinhard Kühnl: Konzeption und Funktion des F. J. Strauß	4 — 12
F. J. Strauß' „freie Rede“ in El Teniente	8
Aufruf: Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß jetzt!	13
Weltpolitische Diktion des F. J. Strauß	14 — 17
Rainer Falk: Weltpolitik und Entwicklungspolitik der CDU/CSU	18 — 23
Konrad-Adenauer-Stiftung	20
Hanns-Seidel-Stiftung	21
J. G. Todenhöfers Plädoyer für eine US-Eingreiftruppe	22
Jürgen Reusch: F. J. Strauß und die „chinesische Karte“	24 — 27
F. J. Strauß' Grußworte an Hua Guofeng	26
Jutta von Freyberg: „Orkan der Barmherzigkeit“ gegen Vietnam	28 — 30
Jürgen Ostrowsky: Kontinuität imperialer Afrikapolitik	31 — 37
F. J. Strauß in der „Modellkolonie“ Togo	33
F. J. Strauß zum Internationalen Anti-Apartheid-Jahr	35
José Soto: CDU/CSU — Stütze der chilenischen Militärjunta	38 — 41
F. J. Strauß' Lanze für Pinochet	40
Rezensionen: Lektüre zur CDU/CSU und F. J. Strauß	42



AIB
Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,— DM; Einzelheft 2,— DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672.
Konto: Weltkreis Verlags GmbH, Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 533 900 00, Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff
Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky
Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund
Druck: Plambeck & Co, Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Adressänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg, nicht etwa bei der Post, bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 19. 12. 1979

Es arbeiten weiter mit: B. Brinkmann, H. Denk, M. Hellmann, M. Knauf, H. Mayer, U. Rupp, L. Schmitz, H. Vortisch, J. Weber, B. Weng, U. Werf
Anzeigen, Beilagen: AIB-Werbekarte, Pahl-Rugenstein Verlag, Weltkreis Verlag, ASK, „Sozialistische Korrespondenz“

Plakat des ASK

F. J. Strauß



Franz-Josef Strauß:
„Wenn das Militär zugreift, geht es anders zu als beim Franziskanerorden, der Suppe an die Armen verteilt.“

CHILE: 4 Jahre Faschismus, 30 000 Ermordete, 2500 verschleppte Demokraten

ASK-Plakat: „Unsern Ahnen“. Fotomontage Strauß, Pinochet, Hitler, zum Strauß-Besuch in Chile.

Das Plakat, das anlässlich der Proteste gegen den Besuch des Außenministers der chilenischen Junta, Cubillos, im September 1979 in Bonn beschlagnahmt worden war, kann bestellt werden für 1,— DM zuzügl. Porto.

Anschrift:
ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt

F. J. Strauß — eine Weltaffäre

Wer die internationale Brisanz eines Regierungsantritts des CSU-Vorsitzenden, bayrischen Ministerpräsidenten und CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß (63) ermessen will, sollte sich zunächst einmal nach den Stimmen seiner intimen Freunde im Ausland umhören.

Chiles Militärfaschisten sehen in ihm eine bewundernswürdige „Führer“-Persönlichkeit (vgl. Chile-Beiträge in diesem Heft). Chinas Macher der Aggression gegen Vietnam, Deng Xiaoping, philosophierte bei seiner Begegnung mit F. J. Strauß im Januar 1975 in Peking: „Man hat Ihnen drei Etiketten angehängt: Feind des Friedens, Feind der Sicherheit und Feind der Entspannung . . . Diese Leute, die Herrn Strauß die Etiketten anhängen, nennen uns Abenteurer und kriegslüsternd. Unsere Zusammenkunft in Peking ist daher nach Ansicht dieser Leute ein Treffen der schlechtesten Menschen der Welt. Leider jedoch gibt es auf der Welt noch viel zuwenig solcher schlechtesten Menschen.“ (dpa, 15. 1. 1975) Und Südafrikas Rassisten, denen F. J. Strauß mehrfach seine Aufwartung machte, bekennen: „Vom südafrikanischen Gesichtspunkt aus würde eine Regierung Strauß in der Bundesrepublik einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeuten, in Richtung auf die Anerkennung der weißen Leistung in Afrika und auf ein stärkeres Selbstbewußtsein gegenüber der schwarzen Welt. Franz Josef Strauß . . . würde auch den Mut haben, entsprechend zu handeln, selbst wenn das manchen Leuten, weißen oder schwarzen, nicht paßte.“ (Afrika-Post, Juli/August 1979)

Was für Rassisten und Kriegsabenteurer ein Segen ist, kann für die demokratische Bewegung unseres Landes, aber auch für das progressive Lager in aller Welt nichts anderes als eine Herausforderung sein. Und die unmittelbar Betroffenen reichen weit hin, vom sozialistischen Lager über die demokratischen Kräfte Westeuropas bis hin zu den Befreiungsbewegungen und allen jenen Kräften der sog. Dritten Welt, die um ihre nationale Eigenständigkeit, Gleichberechtigung und gegen eine Politik der neokolonialistischen Unterwerfung und Intervention kämpfen. Für sie alle ist die Kanzlerkandidatur des F. J. Strauß Herausforderung.

Aus der Sicht der demokratischen Kräfte der Bundesrepublik, das zeigt der Beitrag von Prof. Reinhard Kühnl, ist F. J. Strauß zunächst einmal der Mann jenes reaktionären Auswegs aus der Krise, welchen erhebliche Teile der herrschenden Großbourgeoisie favorisieren. Er ist die Verkörperung eines forcierten Demokratieabbaus, des Angriffs auf die Gewerkschaftsbewegung, der ungenierten sozialen Demontage zu Lasten der arbeitenden Massen, einer ungezügelten Hoch- und Atomrüstung.

Doch was dieser Mann nach innen verspricht, verheißt er auch nach außen. Seine Diktion bundesdeutscher Welt- und Entwicklungspolitik, das belegen unsere Untersuchungen zum außenpolitischen Konzeption und Praxis des F. J. Strauß wie der CDU/CSU, stellt sich in die Tradition aggressiven Weltherrschaftsbestrebens des deutschen Imperialismus seit der Jahrhundertwende. Es war immerhin Auslöser beider Weltkriege . . .

Keine Träne über Hiroshima

Warum, so müssen wir uns bei der Bilanzierung unserer Recherchen fragen, ist F. J. Strauß an den Schalthebeln der Macht eine Zeitbombe gegen den Weltfrieden, eine Gefahr für das Emanzipationsstreben der Völker Europas wie der Dritten Welt?

Zum ersten zielt sein politischer Kurs auf die Liquidierung des in den 70er Jahren vollzogenen Entspannungsprozesses. An der Spitze eines geeinten (West-) Europa, dessen weltpolitisches Gewicht er erhöhen will, drängt F. J. Strauß namens der CDU/CSU nach der Atombewaffnung, nach einem aggressiven NATO-Kurs gegen das sozialistische Lager und die Dritte Welt. Seine Absage an die Abrüstung, sein Ruf nach einer (west-), „europäischen Nuklearstreitmacht“ (so F. J. Strauß gegenüber der Newsweek, New York, 30. 7. 1979) und seine Nichthinnahme der „Spaltung Deutschlands“ aber sind gerade deshalb sehr ernst zu nehmen, weil sie auf eine Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges hinauslaufen und in eine globale Strategie der Konfrontation eingebunden sind.

Konfrontieren will F. J. Strauß das sozialistische Lager, voran die Sowjetunion, die DDR, Kuba oder Vietnam. Konfrontieren will er die revolutionären Staaten Afrikas, die Ölländer des arabisch-iranischen



Raumes. Konfrontieren will er die legitimen Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, nach dem Recht auf Nationalisierung der eigenen Ressourcen und der Fertigungsbereiche, nach Kontrolle der Multis (siehe Beitrag von R. Falk).

F. J. Strauß ist **zum zweiten** eine Gefahr für die Welt, weil er im Bunde mit den USA und der Pekinger Führung gerade jene Regimes protegiert, die durch Aggressionskriege hervorgetreten oder von den Vereinten Nationen geächtet worden sind. Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre agierte der damalige Verteidigungsminister F. J. Strauß als Organisator geheimer Bonner Waffenlieferungen an Israel — Waffen, die dieses in seinem antiarabischen Eroberungskrieg im Juni 1967 einsetzte. Damals auch patronierte er der atomar-militärischen Zusammenarbeit zwischen der BRD und dem rassistischen Südafrika. 1975 befürwortete F. J. Strauß die südafrikanische Aggression gegen Angola, 1977 die französische Militärintervention in Zaire. Im gleichen Jahr tat er sich in Chile als Verteidiger des Pinochet-Regimes hervor. 1979 wirkte er im Stillen für die Belieferung der chinesischen Führung mit NATO-Ausrüstungen, just nachdem diese Vietnam mit Krieg überzogen und ihm eine „zweite Lektion“ vor angekündigt hatte; kein Wunder, denn die CDU/CSU sympathisierte davor auch mit dem US-Vietnamkrieg (siehe Beiträge J. Reusch und J. v. Freyberg).

Ein Mann des Kalibers F. J. Strauß, der allerorts auf die enge Zusammenarbeit mit Rassisten und Faschisten setzt, so in Südafrika, Rhodesien, Portugal, Chile oder der Türkei (siehe Beiträge von J. Soto, J. Ostrowsky), der muß als Bedrohung für die demokratischen Entwicklungen und den Frieden in aller Welt erscheinen.

Drittens ist F. J. Strauß eine Gefahr für die Welt, weil sich hier Abenteuerlichkeit mit Skrupellosigkeit paart. Als Mann ohne Skrupel wiesen ihn seine im Zeitraum 1957—62 alleine vier Affären aus, die HS-30-Panzer-Affäre (1957), die Starfighter-Affäre (1958), die Fibag-Affäre (1960) und die Spiegel-Affäre (1962). Auch heute läßt F. J. Strauß' Umspringen mit dem politischen Gegner, mit dem als „Pöbel“ oder „Terrorist“ aufzuräumen sei, wenig Skrupel erkennen. Wenig Skrupel kennt F. J. Strauß schließlich im Umgang mit der Atomkriegsgefahr. So wenn er, der engagierte Vorkämpfer für die Atombewaffnung der BRD, den Gegner der Atomrüstung und Atomphysiker Otto Hahn folgendermaßen abstempelt: „Ein alter Trottel, der die Tränen nicht halten und nachts nicht schlafen kann, wenn er an Hiroshima denkt.“ (Der Stern, 26. 3. 1975)

Alles in allem: Im Fall der Machtübernahme des F. J. Strauß würde die weltpolitische Rolle der BRD, darunter ihre neokolonialistische Expansion, aggressiver und abenteuerlicher geraten. Mit einem gleichzeitigen denkbaren Regierungsantritt des US-Ultrarechten R. Reagan (oder eines ähnlichen Scharfmachers) dürfte ein Rückfall in die Ära des Kalten Krieges wahrscheinlicher werden, dürfte die Vision einer atomaren Konfrontation NATO-China gegen die sozialistische Gemeinschaft gefährlich näherrücken. Die CDU/CSU-Kanzlerkandidatur des F. J. Strauß ist so gesehen nicht nur eine nationale, sondern eine Weltaffäre. Die demokratische Bewegung der Bundesrepublik trägt damit Verantwortung über dieses Land hinaus, eine Verantwortung, der sich die vom AIB unterstützte Aktion „Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß!“ stellt.

W. Brönnner

Reinhard Kühnl **Konzeption und Funktion des F. J. Strauß**

Strauß, bisher der politische Repräsentant einer Minderheit in der CDU/CSU, wurde im Sommer 1979 zu deren Kanzlerkandidaten nominiert. Darin drückt sich aus, daß diejenige Fraktion der herrschenden Klasse, die auf die politische Konzeption und Strategie von Strauß setzt, rapide und wesentlich erstarkt ist. Diese Veränderungen zeigen sich in den Stellungnahmen der Unternehmerverbände BDI und der BDA zu politischen und ökonomischen Fragen wie auch in deren ideologischen Organen, etwa in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und im Handelsblatt. Zu fragen ist also, welches die Ursachen und Triebkräfte dieser Veränderung sind und wohin diese Offensive der Rechten zielt. Dabei sind die Erfahrungen aufzuarbeiten, die die Geschichte der Rechten in unserem Lande wie ganz allgemein die Theorie und Praxis der Rechten liefert; es ist zu fragen, welches ihre Erfolgsbedingungen sind und welche Besonderheiten in der BRD vorliegen.

Im Rahmen dieses Aufsatzes kann natürlich nur eine knappe Skizze geliefert werden. Die wichtigsten Linien und Belege, soweit sie Strauß betreffen, habe ich bereits in meinem Rechtsgutachten „Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus“ (Pahl Rugenstein Verlag 1972) dargelegt, so daß sich die folgenden Ausführungen stärker auf den allgemeinen politischen Kontext konzentrieren können.

Solange die ökonomische Lage einigermaßen stabil ist, dominiert auch innerhalb der herrschenden Klasse im allgemeinen die Tendenz, parlamentarisch-demokratische Regierungsformen zu akzeptieren. Sie verfügt dann nämlich meist über einen hinreichenden Spielraum für soziale Konzessionen, mit denen der Druck aus der Arbeiterbewegung aufgefangen und ein genügender Teil der Arbeiterklasse integriert werden kann. Die integrationistische wie die reformistische Richtung der Arbeiterbewegung haben in einer solchen Lage gute Chancen, Erfolge zu erzielen und so auch ihre Glaubwürdigkeit bei den arbeitenden Massen zu stabilisieren.

Tendenzen, die eine qualitative Veränderung des politischen Systems nach rechts erstreben, erlangen nur geringe Resonanz in der Bevölkerung. Die herrschende Klasse versucht natürlich auch in solchen Perioden, demokratische Potentiale an der Entfaltung zu hindern, ihre Einflußmöglichkeiten im politischen System gering zu halten, die Macht der Exekutive zu stärken und präventiv, für den Notfall, auch repressive Mittel bereitzustellen. Doch nur im Falle akuter Bedrohung der Eigentumsordnung (wie 1936 in Spanien oder 1973 in Chile) wird der staatlich-militärische Apparat ohne Rücksicht auf Rechtsnormen eingesetzt. Normalerweise bleiben diese Bemühungen mindestens formal innerhalb des Rahmens des parlamentarischen Rechtsstaats, konzentrieren sich also auf Veränderungen in der Verfassungsauslegung und auf „Verfassungsreformen“.

In dem Maße, in dem ökonomische Krisenerscheinungen an Tiefe und an Dauer zunehmen und schwerwiegende soziale, politische und ideologische Folgen hervorrufen, verstärken sich die Versuche der herrschenden Klasse, das politische Instrumentarium zu verändern, um die neuen Verhältnisse optimal bewältigen zu können. Ein wesentlicher Grund liegt darin, daß unter den Bedingungen einer tiefgreifenden und länger anhaltenden Krise bei der Bevölkerung die Überzeugung abnimmt, daß die etablierten und regierenden Parteien in der Lage sind, soziale Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Die integrationistische Richtung der Arbeiterbewegung kann nun keine Erfolge mehr vorweisen. Der Vertrauensverlust gegenüber den Regierenden und Etablierten (und vielleicht sogar gegenüber dem bestehenden politischen System überhaupt) kann sich steigern zur aktiven Suche nach einem Ausweg, einer Alternative.

Für die herrschende Klasse stellen sich in solchen Krisensituationen mehrere Probleme:

1. Wem sollen die Lasten der Krise, die daraus entstehen, daß ein Teil der Produktionskapazitäten und der Arbeitskräfte brachgelegt ist, aufgebürdet werden? Wie kann es gelingen, die-



CDU/CSU-Kanzlerkandidat F. J. Strauß und Vorgänger H. Kohl, Vorsitzender der CDU; rechts CSU-Generalsekretär Stolber

se Lasten der arbeitenden Bevölkerung aufzubürden (in Gestalt von stagnierenden oder sinkenden Reallöhnen und Sozialleistungen)?

2. Wie können die politischen Potentiale, die durch die Krise in Bewegung geraten, so gelenkt werden, daß sie sich nicht gegen die bestehende Eigentums- und Gesellschaftsordnung wenden, sondern sich womöglich für deren Stabilisierung, also für den Kampf gegen die Linke, einsetzen lassen?

3. Welche Möglichkeiten gibt es, nicht nur die aus der Krise resultierenden Gefahren abzuwehren, sondern die Krise offensiv zu nutzen, um die Weichen zu stellen für eine grundlegend veränderte Verteilung der politischen Macht und des gesellschaftlichen Reichtums?

Insoweit läßt sich die Problemlage durchaus verallgemeinernd formulieren für alle entwickelten kapitalistischen Staaten. Die Frage allerdings, wie die Politik der herrschenden Klasse sich konkret gestaltet, über welche Möglichkeiten und Erfolgsaussichten sie verfügt, hängt von den konkreten Bedingungen des jeweiligen Landes ab: vom gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis (in welches das internationale Kräfteverhältnis natürlich hineinwirkt), von den politischen und ideologischen Traditionen eines Landes, die mehr für die eine oder mehr für die andere Seite aktiviert werden können, von den politischen Erfahrungen der Klassen usw. Meine These lautet, daß die Gefahren, die von rechts drohen, in unserem Lande besonders groß sind, weil diese konkreten Bedingungen hier für die herrschende Klasse günstiger sind als in anderen vergleichbaren kapitalistischen Ländern.

Die gegenwärtige Lage in der Bundesrepublik ist hauptsächlich dadurch gekennzeichnet, daß drei Bedingungen zusammentreffen:

1. Eine seit 1974 wirkende und nach allen Vorhersagen noch sehr lange anhaltende Krisen- und Stagnationsperiode, die auch längerfristig 1—2 Mio Arbeitslose, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit für beträchtliche Teile der jungen Generation und also Zukunftsangst und Orientierungslosigkeit bei Teilen der Bevölkerung hervorruft. Sie ist zwar schwächer ausgeprägt und auch in ihren sozialen Folgen für die Bevölkerung etwas weniger gravierend als in den meisten anderen kapitalistischen Staaten. Und auf diesem Argument sowie auf dem Glauben, daß die Krise doch bald vorübergehen werde, beruht auch die noch andauernde relativ starke Integrationskraft der sozialliberalen Parteien, insbesondere der SPD. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, daß dies bei längerem Andauern der Krise so bleiben wird, wenn die SPD-Führung bei ihrem integrationistischen Kurs bleibt.



F. J. Strauß als amtierender Verteidigungsminister (1956-62) in Bonn

2. Ein großes Produktions- und Expansionspotential des bundesrepublikanischen Kapitalismus, das zu einer Führungsstellung in Westeuropa geführt hat — ökonomisch, militärisch und deshalb natürlich auch politisch: Der Anteil der Industrieproduktion der BRD innerhalb der EG betrug 1975 32,4 % (gegenüber 22,1 % von England, 20,9 % von Frankreich und 13,5 % von Italien). Das Bruttosozialprodukt der BRD war 1976 mit 451 Mrd Dollar ebenso groß wie das von England, Italien und Holland zusammen. In einer „beispiellosen Exportoffensive“ (mit Steigerungsraten von 62 % und 54 % in den Jahren 1973 und 1974) wurden neue Märkte erobert und bei den EG-Partnern akute Handels- und Währungsschwierigkeiten hervorgerufen.¹

So kann das Großkapital der BRD wieder größere Expansionskonzepte ins Auge fassen, obwohl natürlich gegenüber dem wilhelminischen Reich und gegenüber der Weimarer Republik und dem Faschismus die Basis schmaler und die internationalen Rahmenbedingungen insgesamt wesentlich ungünstiger geworden sind.

Was die Rechtskräfte in der BRD speziell begünstigt

3. In der BRD sind in besonders starkem Maße politische und ideologische Traditionen wirksam, die die rechtsgerichteten Kräfte begünstigen und also deren Versuche, die Krise offensiv zu nutzen, ermutigen können. Die Führungsschichten in Justiz und Verwaltung, in Ministerialbürokratie, Militär und Geheimdiensten, in Bildungswesen und Presse wurden nach 1945 zu einem beträchtlichen Teil aus dem früheren faschistischen System übernommen. Sie haben das politische Klima in der Folgezeit — begünstigt durch die Atmosphäre des Kalten Krieges — entsprechend bestimmt und natürlich auch die folgende Generation dieser Führungsschichten in diesem Sinne beeinflusst. In keiner anderen der großen parlamentarischen Demokratien in Westeuropa stammen die Führungsschichten aus einer solchen Tradition (mit Ausnahme Spaniens und — in abgeschwächter Form — Portugals und Griechenlands, wo eine Demokratisierung des Staatsapparates in der Tat ebenfalls eine Existenzfrage der Demokratie darstellt).

So konnten reaktionäre, militärische und antidemokratische Ideologien der verschiedensten Art, die 1945 zunächst hoffnungslos diskreditiert erschienen, als bald wieder wirksam werden und im Massenbewußtsein verankert werden. Die Arbeiterbewegung andererseits war durch den faschistischen Terror, durch die systematische Ermordung von zehntausenden ihrer besten Kader und durch das zwölfjährige Informations- und Propagandamonopol des faschistischen Staates wesentlich geschwächt und konnte so — im Zeichen des Kalten Krieges und des „Wirtschaftswunders“ — in weit stärkerem Maße entpolitisiert und integriert werden, als dies der herrschenden Klasse in den anderen kapitalistischen Staaten Europas gelang.

Und was die heutige Lage betrifft, so zeigt schon ein erster Blick die gravierenden Unterschiede gegenüber den anderen großen Ländern der EG: Eine kommunistische Partei mit relevanter Massenbasis existiert nicht. Und die SPD repräsentiert innerhalb der Sozialistischen Internationale sehr deutlich den rechten Flügel. Die demokratischen Abwehr- und Gegendkräfte sind also in der BRD schwächer entwickelt und die Chancen der herrschenden Klasse, ihre Ziele durchzusetzen, größer als in den anderen EG-Ländern.

Die Bedingungskonstellation, die in der letzten großen Krise — zu Beginn der 30er Jahre — zur Liquidierung der parlamentarischen Demokratie und zur Errichtung einer faschistischen Diktatur führte, war in mancher Hinsicht der heutigen vergleichbar. Die ökonomische Krise und ihre sozialen und ideologischen Folgen waren zwar sehr viel massiver, die Arbeiterbewegung war in Hinsicht auf Organisationsstruktur und politisches Bewußtsein stärker. Aber auch in der damaligen Lage trafen die ökonomische Krise und die dadurch in Bewegung geratenen politischen Potentiale zusammen mit einer durch ökonomische

Konzentrationsprozesse seit 1924 wieder enorm gestärkten und mit großem Expansionspotential ausgestatteten herrschenden Klasse. Damals gelang es ihr in der Tat, die Krise offensiv zu nutzen, die aus der Krise resultierenden politischen Potentiale nicht nur unschädlich zu machen, sondern als aktive Kraft einzusetzen zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung und das politische System so zu gestalten, daß alle ökonomischen, militärischen und ideologischen Potenzen konzentriert werden konnten auf die Expansionspolitik.

Daß dies gelang, lag wesentlich auch daran, daß die soziale und ideologische Machtstellung der herrschenden Klasse 1918 nicht hatte gebrochen werden können. Das bedeutete erstens, daß der Einfluß reaktionärer und antidemokratischer Ideologie stark geblieben, daß ihre Hegemonie ungebrochen war, daß also der Boden ideologisch wohl bereit war für die Offensive der Rechten, als dann 1929 die Krise kam und die Massen nach einem Ausweg suchten. Die Rechte konnte dabei sowohl jene ideologischen Elemente aktivieren, die aus der bis 1918 ungebrochenen Tradition des Obrigkeitsstaats, also den Spezifika der „deutschen Sonderentwicklung“, stammten, vor allem den Tugendkodex der preußischen Militärkaste (Disziplin, Gehorsam, Autorität, Vaterland und Religion); wie auch jene Elemente, die ihre Wirkung dem Imperialismus und seinen Bedürfnissen verdankten (Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus). Und zweitens bedeutete die Aufrechterhaltung der Machtstellung der alten Führungsschichten, daß erhebliche Teile des Staatsapparates aktiv eingesetzt werden konnten zur Zerstörung der Demokratie und zur Etablierung eines autoritären System.

Krisenlösung Marke Strauß: „(Welt-)Herren sein“

Die Nominierung von Strauß als Kanzlerkandidat macht deutlich, daß die herrschende Klasse einen neuen Versuch unternimmt, die Krise offensiv zu nutzen, um nach innen das Herrschaftssystem qualitativ umzugestalten und so die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums langfristig zu ihren Gunsten zu verändern und nach außen die Politik ökonomischer Expansion und politischer Machtentfaltung verstärkt fortsetzen zu können.

Die Grundlinien der Krisenlösung, wie sie Strauß repräsentiert, sind leicht zu erkennen: Die Reallöhne sollen mindestens stagnieren (wenn nicht gesenkt werden), die Sozialausgaben sollen gekürzt, die Subventionen für das Großkapital erhöht, die Steuerbelastungen des Großkapitals sollen vermindert werden. Der Gewerkschafter Willi Bleicher befürchtet als innenpolitische Folgen einer Regierung Strauß: „Eine Verschärfung des Klassenkampfes von oben, Verschärfung der Berufsverbotepraxis à la Bayern, die Unterdrückung sozialistischer Bestrebungen, eventuell Parteiverbote, noch stärkere Aufrüstung der Polizei und des Militärs auf Kosten aller arbeitenden Menschen“.² So könnten — auch unter Bedingungen der Krise — die erforderlichen Mittel freigemacht werden, um die weitgespannten Export- und Investitionsoffensiven zu finanzieren und mittels ökonomischer Expansion für die BRD wieder den Rang einer Weltmacht zu erkämpfen, dem sie sich tatsächlich bereits annähert. H. W. Kahn hat herausgearbeitet, daß Strauß bereits um die Mitte der 60er Jahre für die Europapolitik so etwas wie einen Dreistufenplan entwickelt hat: 1. Einigung Westeuropas als „Kristallisationskern“ unter „Zusammenlegung des britischen und französischen Atompotentials“; 2. die Überführung von Osteuropa in ein „Zwischeneuropa“, um „dort von innen her den Kommunismus zu überwinden“; 3. Zusammenschluß West- und Osteuropas und Wiedervereinigung Deutschlands und Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa“, die natürlich über „Atomwaffen verfügen“ müßten.³

Die Entwicklung der realen Kräfteverhältnisse in Europa seit dieser Zeit, die auch die Wendung zur Entspannungspolitik erzwingen hat, mag die taktischen Überlegungen von Strauß modifiziert haben. Was er eigentlich will (bzw. wollen würde, wenn er könnte wie er will), kommt in diesem Konzept sehr klar zum

Ausdruck.

Im Verhältnis zu den farbigen Völkern geht Strauß davon aus, daß die Maxime zu gelten haben: „Es genügt nicht, den Herrn zu spielen, man muß es auch sein“.⁴ Vorbild ist ihm dabei Südafrika, wo „Ruhe und Ordnung“ garantiert ist und „die Schwarzen . . . eine für ihre Verhältnisse (!) anständige Bezahlung“ haben.⁵ In der Sprache der Diplomatie ausgedrückt: „Wir müssen lernen, den Regierungen, die dort regieren, den Weg zu weisen“.⁶ Auch im Falle von Widerspenstigkeit, auch wenn man „gegen den Strom der Weltmeinung schwimmen muß, wenn man sich die Kritik der UNO zuziehen kann“, muß gehandelt werden, „um der europäischen Sicherheit und der Freiheitsinteressen Afrikas willen“.

Die „Versorgungssicherheit“ und die „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie“ machen es erforderlich, auch ein entsprechendes „Risiko“ in Kauf zu nehmen.⁷ „Diese neue Weltwirtschaftsordnung“, wie sie von den Entwicklungsländern gefordert werde, diese „kollektivistische Gleichmacherei“, müsse jedenfalls verhindert werden.⁸ Gegenüber „den zur Gewalt hetzenden Thesen und Theorien der Herren Bahr und Brandt, wenn es um Afrika geht“ — Thesen, die sogar für „Terrororganisationen“ wie die Südwestafrikanische Volksorganisation Namibias (SWAPO) positive Worte finden⁹, vertritt Strauß also deutlich resolutere Positionen. Die Perspektive des Niedergangs des Kapitalismus vor Augen, proklamierte Strauß, daß es sich um eine „letzte geschichtliche Chance“ Europas handle, die unbedingt wahrgenommen werden müsse.¹⁰ (In den 20er Jahren erlangte Oswald Spenglers analoge Formel vom „Untergang des Abendlandes“ gewaltige Bedeutung — und der dann folgende bekannte Versuch, doch noch eine Wende herbeizuführen.)

Da eine solche Politik, wie sie die von Strauß repräsentierten Kräfte vertreten, die Lebens- und Zukunftschancen beträchtlicher Teile der Bevölkerung wesentlich beeinträchtigen würde, ist jene aus der Geschichte bekannte Doppelstrategie erforderlich, die Strauß in der Tat geradezu vorbildlich verkörpert: Einerseits ist es notwendig, das staatliche Repressionsinstrumentarium zu verstärken, um zu verhindern, daß die Bevölkerung sich gegen diese Politik wirksam zur Wehr setzen kann. Zugleich kann so vorbeugend der Gefahr begegnet werden, daß in den arbeitenden Massen — über die Verteidigung ihrer unmittelbaren Lebensinteressen hinaus — womöglich das Bewußtsein an Boden gewinnt, daß Krisen, Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit nicht „Fehlern“ der Regierung geschuldet und auch keine Schicksalsereignisse sind, sondern dem bestehenden gesellschaftlichen System entspringen, und daß es also eine demokratische und sozialistische Lösung, eine reale gesellschaftliche Alternative gibt. (In den Diskussionen und Stellungnahmen der Gewerkschaften kündigen sich in den letzten Jahren solche Bewußtseinsformen bereits an).

Die sozialliberale Regierung war dem Druck der herrschenden Klasse in dieser Richtung seit Beginn der 70er Jahre bereits massiv ausgesetzt und hat ihm auch in einem beträchtlichen Maße und ziemlich bereitwillig nachgegeben, wie die Politik der Berufsverbote, des Ausbaus des staatlichen Gewaltapparats und der Erhöhung seiner Kompetenzen auf Kosten der Rechte der Bürger deutlich zeigen. Den sozialliberalen Kräften sind hier aber — von ihrer sozialen Basis her — gewisse Grenzen gesetzt. Die Verstärkung der Repression, die bloße Verhinderung und Niederhaltung demokratischer und sozialistischer Potentiale ist jedoch im Zeitalter der Massendemokratie und der Massenmobilisierung keine hinreichende Strategie. Bis zur Revolution von 1848 konnte die herrschende Klasse noch auf den Lehrsatz vertrauen „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“. Mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung aber war dies vorbei, wie das Scheitern des Sozialistengesetzes (1878—1890) anschaulich demonstrierte. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und vollends dann, als die parlamentarische Demokratie mit dem allgemeinen Wahlrecht siegte, begriff die herrschende Klasse, daß sie nun darauf angewiesen war, für ihre Politik selbst eine Massenbasis zu suchen.



Die bürgerlichen Parteien wurden von lockeren Honoratiorenvereinen zu durchorganisierten, integrationsfähigen Massenparteien umgestaltet, und für „Notstandssituationen“ wie 1918/19 und in der großen Wirtschaftskrise nach 1930 erwiesen sich rechtsextreme, die Mittel des Terrors nicht scheuende, völkische und nationalistische „Bewegungen“ als besonders wirksam. Dies verlangte natürlich auch, daß die ideologischen Mittel so umgestaltet wurden, daß sie nicht mehr auf die bloße Apathie der Massen zielten (wie es die herkömmlichen Ideologeme von „Ruhe und Ordnung“, „Gehorsam“, „Gottesgnadentum“ usw. taten), sondern auch die Aktivierung der Massen für die Ziele der herrschenden Klasse.

Erfolgversprechend ist dieser von Strauß repräsentierte Kurs für die herrschende Klasse aber nur dann, wenn sie nicht nur an industrieller Potenz und an Profitmasse im allgemeinen eine Führungsstellung gegenüber den anderen EG-Statten besitzt, sondern wenn ihr dies insbesondere in zwei Bereichen gelingt, die in der Gegenwart für den Konkurrenzkampf um ökonomische und politische Weltgeltung von zentraler Bedeutung sind: im Bereich der Nuklearrechnologie und im Bereich militärischer Potenz. Eben deshalb gehören die Forcierung des Atomprogramms, die verstärkte Aufrüstung und vor allem auch der Griff nach Atomwaffen zu jenem oben skizzierten Programm. „Dabei soll die Ausbildung an A-, B- und C-Waffen, also an Atom-, bakteriologischen und chemischen Waffen in den Vordergrund treten.“¹¹

Das strebte Strauß schon 1958 an, und daran hat sich wenig geändert, wenn er auch in letzter Zeit weniger davon geredet hat. Beide Elemente dieses Programms erhöhen natürlich die Belastungen, die dabei den Massen auferlegt werden müssen, ganz beträchtlich.

Nur so konnte ein Gegengewicht gegen die organisierte Arbeiterklasse geschaffen werden. (Dies war übrigens ein ausschlaggebender Grund, warum Ende 1932 die Konzepte des Präsidialregimes und der Militärdiktatur verworfen und die faschistische Diktatur als effektivere Lösung favorisiert wurde. Denn genau diese Fähigkeit, Massen zu mobilisieren für reaktionäre Interessen, hatte Hitler bewiesen.) Die Gewinnung von Massen aber ist nur möglich, wenn eine politische Bewegung sich glaubwürdig darstellen kann als Bewegung des kleinen Mannes, wenn sie an Bewußtseinsformen und Ressentiments anknüpft, die in den Massen lebendig sind, wenn sie soziale Demagogie in großem Maßstab betreibt.

Programm Strauß wider die „Anarchie“

Es kommt also auch in der gegenwärtigen Krisenlage für die herrschende Klasse darauf an, das Mittel der Repression zu kombinieren mit einer aktiven Massenmobilisierung, d. h. den autoritären Staat massenwirksam zu präsentieren als den wirklichen Ausweg aus Krise und Unsicherheit im Interesse der Bevölkerung. So wird — wie damals — verstärkt die Ideologie propagiert, daß angesichts der vielfältigen Krisen und Bedrohungen in der heutigen Zeit nur eine starke, handlungsfähige und energisch druchgreifende Staatsgewalt Sicherheit gewährleisten und mit allen Gefahren, Umtrieben und Unruhestiftern fertig werden könne. Denn „die Demokratisierung der Gesellschaft ist der Beginn der Anarchie“.¹²

Daß Strauß und seinen Verbündeten dabei das chilenische Militärregime als leuchtendes Beispiel vorschwebt, haben sie mehrfach öffentlich bekundet. Schon als die Diktatur dort 1973 errichtet wurde, schrieb der Bayernkurier begeistert: „Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält das Wort ‚Ordnung‘ für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang“.¹³ Später rühmte Strauß dann die Leistungen, die das Regime zur Verteidigung der „Freiheit“ vollbracht habe.¹⁴

Dies als bloße Weißwäscherei zu betrachten, wäre wohl zu oberflächlich. Offenbar hat Strauß eine sehr spezifische Freiheit im Auge. Dies kann nach Lage der Dinge nur die durch keinerlei organisierte Arbeiterbewegung behinderte Freiheit des Kapitals

F. J. Strauß „freie Rede“ in El Teniente



Wer dem Weltbild des Franz Josef Strauß auf den Grund gehen will, sollte ihm dorthin folgen, wo er „freier reden kann“. Das konnte er, nach eigenem Bekenntnis, im November 1977 im faschistischen Chile.

F. J. Strauß sprach dort nicht nur mit Juntachef Pinochet oder vor „deutschen Landsleuten“ auf der offiziellen „Ahnenerbe“ anlässlich des 125. Jahrestags der deutschen Einwanderung nach Chile (siehe Chile-Beitrag von J. Soto). Er traf auch am 20. 11. 1979 zum vertraulichen Gespräch mit den von der Junta ernannten sog. „Gewerkschaftsführern“ Guillermo Medina, einem Mann in Pinochets Staatsrat, und Raul Orrego, dem Vorsitzenden der faschistischen Arbeitsfront der Nationalen Einheit, zusammen. Hier ging es um jenen „Auftrag“, „verantwortungsbewußter“ Gewerkschaften bzw. Parteien, welchen F. J. Strauß am gleichen Tage in einer Rede in der Kupfermine El Teniente offenbarte.

Am selben Ort hatte am 2. November 1977 der erste große Streik in Chile seit dem militärfaschistischen Putsch (11. 9. 1973) stattgefunden. Und die Junta hatte besonders im Zeitraum Mai bis Dezember 1977 mit serienweisen Verhaftungen und Verbannungen gegen Streikführer der Kupfer-, Hafen- und Metallarbeiter (darunter christdemokratische) zugeschlagen. Doch daß im Chile jener Tage Arbeiter und Angestellte inhaftiert, gefoltert, ihre Forderungen nach Lohnerhöhung, Streikrecht usw. vom faschistischen Regime erstickt wurden, war dem CSU-Vorsitzenden F. J. Strauß keine Silbe wert. Er machte Front mit Pinochet gegen eine angeblich ganz andere Konfliktsache denn die faschistische Unterdrückung und Überausbeutung, nämlich gegen den Marxismus. Ein Stück unverschleierte Geisteshaltung, die F. J. Strauß auf bundesdeutschem Boden bislang noch nicht kundzutun wagte:

„Der Marxismus ist keine Geschichtserklärung. Der Marxismus ist keine soziologische Doktrin. Der Marxismus ist keine psychomomische Doktrin und der Marxismus ist auch keine Philosophie. Der Marxismus ist eine profanierte Religion, eine fanatisch vertretene Religion. Die Marxisten versprechen den Himmel auf Erden und pflastern den Weg zur Hölle. Sie stellen die Arbeitnehmerfrage, wie sie in unserer industriellen Gesellschaft im 19. Jahrhundert entstanden ist. Es ist nicht die Frage eines Kollektivs, einer Organisation von Termiten, von Ameisen, sondern die Arbeitnehmerfrage ist eine Frage der Befreiung des Arbeiters zum Individuum, zur Person, zum gleichberechtigten Bürger.

Deshalb bin ich der Meinung, daß im Regelfall die Produktionsmittel nicht in der Hand des Staates, sondern in der Hand privater Initiative sein sollen. (. . .)

Die Vorstellung, daß man zur Faulheit übergehen darf, wenn man Unternehmer wird, ist gründlich falsch. Unternehmer wird man am besten nicht unter der Käseglocke des Protektionismus. Protektionismus ist der Feind des Fortschritts. Darum hat die jetzige chilenische Regierung auch richtig gehandelt, die Unternehmen dem Risiko der Konkurrenz, der weltweiten Konkurrenz auszusetzen. In jeder modernen Wirtschaft gibt es nicht mehr den Typ des Kapitalisten und nicht mehr den Typ des Proleten. Es gibt nur mehr den Typ der Partner, von denen jeder seine Pflicht erfüllen muß. In einer modernen Wirtschaft zählt nicht nur die individuelle Leistung, es zählt aber

auch nicht die Herrlichkeit des Funktionärdaseins, sondern nur Kompetenz und Autorität.

Und ich möchte da vor einem großen Irrtum warnen. Ich habe das vor kurzem in Spanien gesagt. Demokratie erfordert mehr Disziplin als Diktatur. Es ist kein Aberglaube, daß Demokratie Faulheit erlaube, daß Demokratie Mangel an Kompetenz ermögliche, daß Demokratie Anarchie erlaube. Dies bedeutet die Zerstörung einer Nation. Darum möchte ich hier ein besonderes Wort des Dankes als Gast, mit der Bitte, mir diese ‚Eingriffe‘ nicht übelzunehmen, an die hier vertretenen führenden Persönlichkeiten der Gewerkschaften sagen.

Die Zukunft steht unter dem Stichwort ‚Partnerschaft‘. Ich habe mich leidenschaftlich gegen die ‚Demokratisierung‘ unserer gesellschaftlichen Einrichtungen, z. B. der Universitäten oder der Krankenhäuser, geäußert. Jeder soll nach seiner Funktion mitbestimmen können. Aber es geht nicht an, daß in einem Krankenhaus der Chefarzt, der Pförtner und die Reinigungsfrau die selben Vollmachten haben. Denn im Mittelpunkt des Krankenhauses steht nicht das politische Geschwätz, sondern der Mensch als Patient. Und an einer Universität muß das Können als Forscher und die Fähigkeit als Lehrer die Autorität bedeuten und nicht eine formelle Gleichheit, in der der Türöffner, in der der Assistent, in der der Student und der Professor zusammen jeder die selben Rechte haben. Unsere Universitäten, ob in Chile oder in Deutschland, sind die hohen Schulen der Nation, in denen die Leute mit Spitzenkönnen und nicht die Revolutionäre herangebildet werden. (. . .)

Ich weiß, daß Ihre heutige Staatsführung schwer an ihrer Last hängt. Ich weiß aus meinen vertraulichen Gesprächen, wie ernst die heutige Staatsführung die Verantwortung nimmt. Ich weiß, daß sie sich als eine Übergangsstaatführung selbst betrachtet. Übergänge sind nicht die Angelegenheit von wenigen Monaten oder ganz weniger Jahre. Ich kann in der Weltgeschichte mir kaum ein Beispiel vorstellen, in der die Lüge so mächtig war wie im Falle Chile. Im Falle Chile ist eine internationale Verleumdungsmaschinerie gegeben. Ich kann mir vorstellen warum, denn Chile war am Vorabend eines Bürgerkrieges. Der Bürgerkrieg ist das klassische Mittel kommunistischer Doktrin. Und Chile hätte die kommunistische Festung, der kommunistische Pfeiler werden sollen. Die Eroberung Lateinamerikas hätte betrieben werden sollen, die von Cuba aus in dieser Form nicht möglich ist. (. . .)

. . . ich wollte, die Wolgadeutschen könnten so frei leben, wie die Chiledeutschen . . .

Ich möchte hier auch etwas sagen als militärischer Experte. Wenn Chile ein kommunistisches Land geworden wäre, mit einer 4000 km langen Grenze zu Argentinien, und wenn von Chile aus ständige Übergriffe von Guerillaverbänden, von Fidel-Castro-Legionären erfolgt wären, dann hätte es für die Nachbarn wie Argentinien und wahrscheinlich Brasilien keine Wahl gegeben, als mit Chile in den Krieg zu kommen. Denn man kann 4000 km Grenze nicht jahrelang bewachen. Der Angreifer bestimmt, wann und wo er angreift und mit welchen Mitteln. Der Verteidiger steht da und muß warten. Wir Deutsche wissen das aus Erfahrung. Ich bin im ersten Weltkrieg geboren und ich war im zweiten Weltkrieg sechs Jahre Soldat, genauso wie viele meiner Kollegen hier und mein Freund Minister Pirkel. Ich habe als Soldat der deutschen Wehrmacht den Atlantik, ich habe die Kreiddefelsen Englands gesehen in Dover und war im Osten in der Schlacht von Stalingrad. Und ich habe die völlige Zerstörung meiner Heimat erlebt. Wenn einmal die Furien des Krieges entfesselt sind, sind sie nicht mehr zu bändigen. Das ganze wäre eine ungeheure Tragödie für Lateinamerika, für die drei großen Staaten, aber auch für ganz Amerika geworden.

Darum gilt es jetzt — ich sage das bewußt, weil man hier freier reden kann, ich wollte, die Wolgadeutschen könnten genauso frei leben, wie die Chiledeutschen es können —, geht es jetzt darum, eine neue Demokratie in Chile aufzubauen. Die Chilenen sind nicht irgendein farbiges Entwicklungsvolk. Sie sind eine große Kulturnation mit ungeheurer Tradition. Eine moderne Demokratie ist ohne politische Parteien nicht möglich. Sie ist auch ohne Gewerkschaften nicht möglich. Aber politische Parteien und Gewerkschaften müssen ihren Auftrag in der Demokratie richtig verstehen und ausüben. (. . .)“

(Zit. nach: Chile — ein schwieriger Weg, Politische Studien, München, Sonderheft 1/1978, S. 107—110)

sein, die Arbeitskräfte auszupressen, die in der Tat in Chile in besonders hohem Maße gewährleistet ist. So erhält auch der Satz von Strauß seinen guten Sinn: „Eine freiheitliche Ordnung setzt einen starken Staat voraus“.¹⁵

Eine von der Bayrischen Zentrale für Politische Bildung vertriebene Broschüre machte die Nutzenwendung des chilenischen Beispiels deutlich: „Andere Länder werden viel von dem kleinen Chile lernen müssen.“ Sollten in der Bundesrepublik Kräfte wie Allende Einfluß gewinnen, so wäre auch hier ein Militärputsch die richtige Lösung, und die Bevölkerung könnte danach aufatmen: „Sie sind entsetzt und gleichzeitig von Herzen froh: die Generäle haben Deutschland gerettet“.¹⁶ Über die Frage, wer eine ähnliche Aktion durchführen könne, machte sich die Welt schon 1972 Gedanken: „Da kein neuer General von Seeckt und kein Obristenkader bei uns zur Verfügung steht, wird vielen wohl als der einzig denkbar ‚starke Mann‘, der solche Maßnahmen durchführen könnte, F. J. Strauß erscheinen.“¹⁷

Von dem „kleinen Chile lernen“

Es kann sogar nützlich sein, das Gefühl von Krise, Bedrohung und Angst in der Bevölkerung noch zu steigern, um die psychologischen Bedingungen für den autoritären Staat, für den Ruf nach der starken Faust, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit schafft, noch zu verstärken. Genau dies tut Strauß — und, wie er in seiner Sonthofoner Rede (vom 18./19. 11. 1974) offen ausgesprochen hat, er weiß, daß Krise und Angst die Erfolgsbedingungen für seinen politischen Aufstieg darstellen. So präsentiert er sich gezielt als jener Führer, der in der Lage ist, Krise und Angst zu besiegen und besonders „der jungen Generation die Angst vor der Zukunft zu nehmen“.¹⁸ Da er diesen Zusammenhang kennt, wird man auch damit rechnen müssen, daß diese Kräfte selbst aktiv eingreifen, um die „Erfolgsbedingungen“ noch zu verbessern. Eine weitere, vielleicht nur leichte, doch mit dem erforderlichen Propagandagetöse begleitete Erhöhung der Arbeitslosigkeit und der Inflationsrate könnte hier schon jene geringe Verschiebung nach rechts erzeugen, die für seinen Wahlsieg notwendig ist.

Die sozialliberale Regierung hat ja niemals klargestellt, daß es im Kapitalismus die Unternehmer sind, die über die Produktion und die Investitionen und also auch über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit entscheiden — während die Regierung allenfalls „Anreize“ schaffen kann, um die „Investitionslust“ des Kapitals zu erhöhen, d. h. konkret: die Profitbedingungen verbessern kann.¹⁹ Sie hat sich selber im Gegenteil immer als der für alles zuständige und alles beherrschende Macher dargestellt und hat damit eben jene Desorientierung in der Bevölkerung mit erzeugt, die jetzt von der Rechten genutzt wird: die regierenden Parteien (und nicht etwa das Kapital) seien verantwortlich für die Krise.

Aber die Erzeugung von Angst durch politische Kampagnen, um Teile der Bevölkerung für eine rechtsgerichtete Politik zu aktivieren, ist eine allgemeine Strategie: Den Eltern wird suggeriert, daß der „sozialistische“ Staat ihnen durch Gesamt- und Ganztagschulen, durch „kulturrevolutionäre“ Umwälzungen die Kinder wegnehmen und im Geist des „Kollektivismus“ indoktrinieren“ wolle; der katholischen Bevölkerung wird gesagt, daß diejenigen, die die Abtreibung befürworten, mit den Massenmördern von Auschwitz vergleichbar und also von Instrumenten des Teufels seien; und die Befürworter der Entspannungspolitik werden seit 10 Jahren als Agenten Moskaus denunziert, die den Russen den Weg nach Westeuropa öffnen wollen. Und sollten sich etwa neue terroristische Anschläge ereignen, so kämen diese natürlich ebenfalls den Kräften um Strauß zustatten.

Dabei können diese Kräfte jene Ideologien ausnutzen, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts massenhaft verbreitet worden sind, um die Bevölkerung für den autoritären Staat und die Eroberungspolitik zu mobilisieren, und die seither im Bewußtsein

besonders der Mittelschichten tief verankert sind. Diese Ideologien wurden vom Faschismus zu ihrer extremen Konsequenz entwickelt. Nach 1945 wurden sie zwar um bestimmte Elemente, vor allem den Antisemitismus, gekürzt und natürlich insgesamt abgemildert, aber keineswegs radikal beendet. Im Zuge der Restauration der alten Gesellschaftsordnung und der alten Führungsschichten und im Kontext des Kalten Krieges wurden sie in starkem Maße weitergeführt.

Eben diese Tradition antidemokratischer Ideologie versucht Strauß aufzunehmen und erneut zur Massenmobilisierung einzusetzen. Die Massen sollen — wie einst in der letzten großen Krise — dahingebraucht werden, daß sie selbst nach der starken Faust rufen und ihre ganze Hoffnung auf den Führer, auf die Rettung von oben setzen.

Betrachtet man diese Ideologie etwas genauer, so fällt allerdings auf, daß sie gegenüber den herkömmlichen reaktionären Strömungen doch in spezifischer Weise modifiziert ist. Wenn man von den Hauptzielen ausgeht — also der Niederhaltung demokratischer Kräfte und der Annäherung an autoritäre Herrschaftsformen nach innen und der Forcierung einer Macht- und Expansionspolitik nach außen —, so ist leicht verständlich, daß grundlegende Elemente herkömmlicher reaktionärer Ideologie unverzichtbar sind: Dazu gehört die Glorifizierung des „starken Staates“ und der „entschlossenen Führung“. Mit dem Unfug von Pluralismus und freier Diskussion muß dann natürlich aufgeräumt werden. Was wir brauchen, ist „eine klare Wert- und Lebensorientierung im Elternhaus, in der Schule, durch die Kirchen“²⁰, also die Gleichschaltung aller Bereiche des geistigen und gesellschaftlichen Lebens nach den Prinzipien der Rechten.

Konservative Leihgaben von gestern

Dazu gehört weiter die Glorifizierung der deutschen „Leistungsfähigkeit“ und „Tüchtigkeit“, die den Führungsanspruch der Bundesrepublik begründet, und die Volksgemeinschaftsideologie, die beschwörende Formel, daß „der Mensch hineingestellt ist . . . in das Schicksal seiner Nation und seines Vaterlandes“²¹ — sei es nun Krupp oder Krause. Vor allem aber gehört dazu die Denunzierung aller demokratischen und sozialistischen Bestrebungen als zersetzend, die sittlichen Werte auflösend, die Leistungsfähigkeit lähmend, die Einheit der Nation und die Effizienz des nationalen Handelns zerstörend und die Individualität bedrohend.

Im militanten Antikommunismus erreicht diese Ideologie ihren konsequentesten Ausdruck und ihren höchsten Grad an Primitivität. Danach entspricht die Teilung der Welt in kapitalistische und sozialistische Staaten der schlichten Zweiteilung von Gut und Böse, Himmel und Hölle, wie sie von den Agitatoren der Inquisition im Mittelalter nicht drastischer hätte formuliert werden können: „Während die Erde in ihrer westlichen Hemisphäre ein fröhliches, lachendes und tanzendes Gesicht zeigt, hat die östliche Hemisphäre in diesen Tagen einen Totenkopf als Symbol“.²² Oder, in der „modernistischen“ Variante des CSU-Abgeordneten und langjährigen Bundestagsvizepräsidenten Jaeger: „Die Hälfte der Welt wird von Gentlemen geführt, die andere Hälfte von Banditen“.²³ Hauptaufgabe ist jedenfalls: „Am Ende unserer Generation darf es keinen Kommunismus mehr geben“.²⁴

Nicht mehr „zeitgemäß“ aber sind jene Elemente reaktionärer Ideologie, die entweder durch den Faschismus unheilbar diskreditiert oder durch die reale Entwicklung seit 1945 definitiv überholt sind. Der Antisemitismus und der Franzosenhaß mögen hier als Beispiele genügen. Ebenso wichtig aber sind jene Veränderungen, die zusammenfassend als „Modernismus“ gekennzeichnet werden können und sich in der CSU-Parole ausdrücken: „Konservativ sein heißt an der Spitze des Fortschritts marschieren“.

Die aus der realen Krise erwachsenden und durch politische Kampagnen zusätzlich verstärkten Ängste in der Bevölkerung

werden nicht durch das Versprechen aufgefangen und nach rechts hin aktiviert, zu vorindustriellen, vorkapitalistischen Verhältnissen zurückzukehren, wie das der Konservatismus und Faschismus der 20er und 30er Jahre noch überwiegend tat. Im Gegenteil: nur die Entwicklung der modernsten Mittel der industriellen Produktion und der Bewaffnung können helfen im Kampf ums Überleben: „Man muß den Soldaten der Bundeswehr die allermodernsten Waffen in die Hand geben und sie bis zur letzten technischen Perfektion daran ausbilden. Eine solche Armee wird dann ein machtvoll Instrument in der Hand des Politikers sein.“²⁵ „Der Besitz von Atomwaffen ist eine sittliche Aufgabe, um den unsittlichen Gebrauch dieser Waffe auszuschließen.“²⁶

Es ist gewissermaßen jene ideologische Linie, die von den „modernistischen“ Konservativen der 20er Jahre, die, wie Ernst Jünger, begeistert waren von der Effektivität der Kriegsmaschinerie im 1. Weltkrieg, begründet²⁷ und dann von der realen Politik des faschistischen Systems im industriellen wie im militärischen Bereich (und im Widerspruch zur ideologischen Verklärung vorindustrieller Verhältnisse in der Aufstiegsphase der Bewegung) äußerst effektiv realisiert wurde. Demgegenüber sind Appelle an kleinbürgerlich-vorindustrielle Bewußtseinsformen, wie sie von der CDU in der Adenauer-Ära noch massiv propagiert wurden, zwar nicht gänzlich eliminiert, aber doch stark zurückgetreten.

Daß diese „modernistische“ Ideologie mit dem krudesten Irrationalismus einhergeht, wird dadurch ermöglicht, daß den Massen die moderne Technik zwar als ungeheuer leistungsfähig und als der einzige Ausweg präsentiert, daß ihnen zugleich aber die reale Möglichkeit der Beherrschung dieser Technik (durch Vergesellschaftung und umfassende Mitbestimmung) versagt und damit zugleich die Möglichkeit des Begreifens weitgehend vorenthalten wird. So resultiert aus dieser Art der Glorifizierung modernster Technik um so stärker das Bedürfnis nach der starken Führung und der Entscheidung der „Sachverständigen“, die allgemein die unbegriffene und offensichtlich ja auch höchst bedrohliche Technik beherrschen können. Die Ideologie von Sachzwängen und Technokratie, wie sie von der bürgerlichen Sozialwissenschaft entwickelt und auch von der Führung der sozialliberalen Parteien weitgehend übernommen wurde, liefert dafür eine scheinbar wissenschaftliche Begründung. (Daß Helmut Schelsky, einer der Hauptvertreter dieser Theorie, beim Parteitag der CSU referierte, ist also kein Zufall.)

So ist es also möglich, daß in der Ideologie dieser rechtsgerichteten Kräfte der „Modernismus“ sich mit geradezu archaischen Vorstellungen über die Leibhaftigkeit des Teufels, den diabolischen Charakter des Kommunismus und die gott- und naturgewollte geistige Minderwertigkeit der Frauen, der Neger und der Arbeiter durchaus harmonisch verbinden. Appell an konservative Ressentiments und Anspruch auf Weltmachtgeltung weiß Strauß hervorragend zu vereinigen: „Entscheidend ist, daß Bayern Bayern bleibt, Deutschland wieder Deutschland wird, als ganzes Deutschland, und Europa zu seiner geschichtlichen Mission zurückkehrt.“²⁸ Besonders beziehungsreich ist dabei zweifellos der Ausdruck „zurückkehrt“.

Gottgewollt minderwertig: Frauen, Neger, Arbeiter

Die Politik der Rechten in der gegenwärtigen Krise ist in allen kapitalistischen Ländern ihrer Stoßrichtung nach die gleiche. Dies zeigt z. B. ein Blick auf die Regierung Thatcher in England, von der die FAZ berichtet, daß sie die Aufwendungen für das Erziehungswesen, den sozialen Wohnungsbau und ähnliche Ausgaben drastisch zusammengestrichen habe „Ausgenommen von den Kürzungen sind die Verteidigung, die öffentliche Sicherheit . . .“²⁹ Eine ähnliche Politik betreibt die Regierung Barre in Frankreich.

Die Frage inwieweit die Rechte mit dieser Politik durchkommt und ob sie auch längerfristige Ziele, vor allem die qualitative Veränderung des politischen Systems, ins Auge fassen und

durchsetzen kann, hängt, wie schon ausgeführt, von den konkreten Bedingungen des einzelnen Landes ab. Auch in England ist der Angriff der Rechten auf Löhne und Sozialleistungen verbunden mit dem Versuch, die Gewerkschaften durch die Staatsgewalt zu disziplinieren, der bisher allerdings erfolglos war und innerhalb der Labour-Party den linken Flügel eher gestärkt hat. Ich habe bereits zu zeigen versucht, daß aus verschiedenen Gründen die Position der Rechten in unserem Lande stärker ist als in den meisten anderen EG-Ländern. Dennoch ist klar zu erkennen, daß auch in der BRD der Entfaltung dieser Kräfte Grenzen gesetzt sind und daß es starke demokratische Potentiale gibt, die mobilisiert werden können.

Eine tiefere und länger andauernde Krise erschüttert bisher herrschende Orientierungen, veranlaßt viele, nach anderen, neuen Orientierungen zu suchen, setzt also Teile der Bevölkerung politisch in Bewegung. Die Frage, in welcher Richtung die Alternative gesucht wird, hängt dabei im wesentlichen von zwei Momenten ab: erstens von den bisher bestehenden Grundüberzeugungen, wie sie sich durch lange politisch-ideologische Traditionen, durch Elternhaus und Schule, durch das gesamte in einem Lande herrschende politische Klima gebildet haben; sie stellen gewissermaßen den Boden dar, auf dem der Kampf um Neuorientierungen ausgetragen werden muß. Und zweitens von den konkreten Alternativen, die jetzt von den existierenden politischen Kräften artikuliert werden: von ihrer Glaubwürdigkeit und von der Kraft und Entschlossenheit, mit der sie vertreten werden.



F. J. Strauß - ein alter Freund des südafrikanischen Rassistenregimes, hier bei Südafrikas vormaligem Premierminister Vorster

So kann man in der Tat in dieser Krise — wie auch in früheren Krisen — beobachten, daß einerseits irrationale Strömungen an Boden gewinnen: Religiöse Sekten erhalten Zulauf — auch und gerade unter jungen Menschen —; neofaschistische Jugendgruppen finden erhöhtes Interesse; rechtsgerichtete Parteien appellieren verstärkt an Ängste und Vorurteile, und Strauß proklamiert: „Wir sagen nein zum Abfall von Gott“.³⁰ In diesem Sinne ist an der bekannten Formel „Not lehrt beten“ also durchaus ein Element der Wahrheit.

Wenn freilich führende Politiker der SPD nun selber auf der Welle des Irrationalismus mitzuschwimmen versuchen, so sägen sie — wieder einmal — energisch an dem Ast, auf dem sie selber sitzen, denn das können die Rechten allemal besser, und das läßt sich jederzeit auch gegen die SPD wenden. So formulierte Bundeskanzler Helmut Schmidt wie folgt: „Das Gefühl des Ausgeliefertseins an das Undurchschaubare auf seiten vieler Menschen, schafft Besorgnis. Es kommt ja der zunehmende Verlust religiöser Bindungen hinzu, der schon durch das ganze vorige Jahrhundert gegangen ist und der natürlich ungeheuer wichtig für das Unbehagen ist, das viele Menschen empfinden. Äußerlich wird das Unbehagen an der Gesellschaft oder am Staat formuliert. Aber in Wirklichkeit fehlt ihnen die religiöse Bindung!“³¹ Es ist nach aller historischen Erfahrung offensichtlich, daß eine solche Ideologie nicht einmal mit dem ganz

eng verstandenen Organisationsinteresse der SPD vereinbar ist — ganz zu schweigen vom Interesse der Demokratie und der arbeitenden Bevölkerung.³²

Not kann aber nicht nur beten lehren, sondern auch denken, kann also zu neuen Einsichten führen, die auf Vernunft gründen und auf Erkenntnis der eigenen Interessen beruhen. Deshalb bietet die Krise auch den fortschrittlichen Kräften neue Möglichkeiten, gehört zu werden und zum Zuge zu kommen. Dies kann allerdings nur dann gelingen, wenn sie erstens die wirklichen Ursachen von Krise und sozialer Unsicherheit offen und überzeugend darlegen und also für die Bevölkerung durchschaubar machen. Nur so können sie der Ideologie der Rechten entgegentreten, die ja eine einfache und wirksame Erklärung anbietet: nämlich eine irrationale, in Gestalt einer Mischung aus Sündenbock- und Schicksalsideologie. Sie muß zweitens einen klaren, nachvollziehbaren Ausweg aufzeigen. Und sie muß sich drittens glaubwürdig als eine Kraft darstellen, die entschlossen und stark genug ist, um den Ausweg auch zu realisieren.

Sie muß also offensiv und so weit wie irgend möglich auch einheitlich auftreten, d. h. das wesentliche Gemeinsame betonen — und nicht das Trennende. Die Erfahrungen aus den Jahren 1930 bis 1933, als genau dies nicht gelang und so der vollständige Sieg der Rechten ermöglicht wurde, sind hier eindringlich genug.

Wie stark sind die demokratischen Gegenpotentiale?

Was nun die demokratischen Potentiale betrifft, so liegt die Besonderheit der BRD darin, daß diese als politische Parteien, wie oben schon erwähnt, nur sehr begrenzt handlungsfähig sind: wegen der Dominanz des rechten Flügels in der Sozialdemokratie und in der FDP und wegen der äußerst schmalen sozialen Basis der DKP. Zugleich aber bestehen eine Reihe von bedeutenden Bewegungen, von denen allerdings jede nur begrenzte, auf einen gesellschaftlichen Teilbereich bezogene Ziele verfolgt.³³ In den meisten anderen Ländern Westeuropas hingegen sind die relevanten demokratischen Potentiale zusammengefaßt und vereinheitlicht im Rahmen der Arbeiterbewegung und ihrer politischen Organisationen.

Bei den demokratischen Bewegungen in unserem Lande kommt den Gewerkschaften natürlich die größte Bedeutung zu; sie haben als die bei weitem größten und ihrer Zielstellung nach umfassendsten Organisationen der arbeitenden Bevölkerung eine deutliche Sonderstellung. Sie repräsentieren das größte demokratische Potential in der BRD, ohne das in diesem Lande nichts Wesentliches bewegt werden kann. Der Reifegrad der übrigen demokratischen Potentiale läßt sich gewissermaßen an ihrer Stellung zu den Gewerkschaften (was nicht heißt: an einer positiven Beurteilung jeder Aussage oder Handlung der Gewerkschaften) ablesen. Aber auch die Gewerkschaften können von ihrer Funktion her diese Vereinheitlichung nur in Ansätzen leisten und eine politische Partei also nicht ersetzen.

Die Ökologiebewegung unternimmt gerade Versuche, zur politischen Partei zu werden, ist aber in sich offensichtlich sehr inhomogen in allen Fragen, die über den Umweltschutz hinausreichen (weil man eben aus sehr unterschiedlichen, sogar ganz entgegengesetzten Gründen für Umweltschutz sein kann). Die Frauenbewegung ist zu einem sehr bedeutsamen Faktor geworden, ist in sich jedoch ebenfalls ziemlich uneinheitlich, was die Ursachenanalyse und die Zielbestimmung betrifft. Dies gilt — allerdings in wesentlich abgeschwächter Form — auch für die demokratische Studentenbewegung und für die — ohnehin noch schwache — Bewegung demokratischer Wissenschaftler. Die Bewegung gegen die Berufsverbote und die gegen den Neofaschismus repräsentiert vermutlich noch den größten Grad an direkter Politisierung und an Einheitlichkeit und Ursachenanalyse und Zielbestimmung.

Obgleich also die Möglichkeit gemeinsamen Handelns auf den ersten Blick weit entfernt scheint, liegt doch in der gegenwärtigen Situation eine besondere Chance. Es läßt sich nämlich un-

schwer erkennen, daß alle diese Kräfte — ungeachtet ihrer sonstigen Differenzen — doch wesentliche Interessen gemeinsam haben. Dies wird offensichtlich, wenn man fragt, was eine Durchsetzung des von Strauß repräsentierten politischen Programms bedeuten würde.

Für die Gewerkschaften, die Bewegung gegen die Berufsverbote, die Bewegung demokratischer Studenten und Wissenschaftler und die Bewegung gegen den Neofaschismus liegt das ohnehin auf der Hand. Aber auch für die Ökologiebewegung und für die Frauenbewegung würde eine Realisierung des Strauß-Programms fürchterliche Folgen haben: Daß Strauß die resolute Durchsetzung des Nuklearprogramms und der Atombewaffnung im Auge hat (und mit Gegnern dabei nicht zimperlich verfahren würde³⁴) habe ich bereits angeführt. Und was die Frauen von Strauß zu erwarten haben, mag das Frauenprogramm der CDU/CSU und die Kampagne gegen die Abtreibung veranschaulichen, die von Thea Holleck und von Kristine von Soden in den Blättern für deutsche und internationale Politik (1979, H. 11 u. 12) analysiert werden. Kennzeichnend genug ist aber auch schon die Aussage des Bayernkurier, die dem deutschen Faschismus eine „vorbildliche Familienpolitik“ bescheinigt.³⁵ Das Programm von Strauß droht alle Rechte und Fortschritte zunichte zu machen, die von den Frauen für Frauen in Jahrzehnten erkämpft worden sind.

Die reale Basis für ein gemeinsames Handeln in der Bewegung „Stopp Strauß“ ist also unzweifelhaft vorhanden. Die entscheidende Frage wird sein, ob diese demokratischen Bewegungen in der Lage sind, diese Gemeinsamkeit, die ihre essentiellen Interessen und Ziele betrifft, zu erkennen und die bisher oft stark betonten Differenzen (die natürlich damit nicht verschwinden und auch nicht verschwiegen werden sollen) angesichts der gemeinsamen Gefahr zurückzustellen. In einer ganzen Reihe dieser Bewegungen ist das Bewußtsein dieser Gefahr, die von rechts her droht, in den letzten Jahren zweifellos angewachsen. Von besonderer Bedeutung sind auch hier die Gewerkschaften, deren Kongressresolutionen und praktisches Engagement dies deutlich zeigen.

Dennoch findet man oft und in verschiedenen Organisationen noch jene Haltung, die schon nach 1930 ein gemeinsames Handeln blockiert hat: Man könne mit dem anderen nur dann gemeinsam gegen die Offensive der Rechten kämpfen, wenn dieser auch in anderen Fragen sich zu der gleichen Ansicht bekenne, etwa in der Palästina- oder der Sozialismus- oder der Bahro-Frage. Es ist sehr zu hoffen, daß diejenigen, die solche Positionen vertreten, nicht eines Tages gemeinsam hinter Gefängnismauern diese Fragen „ausdiskutieren“ müssen, wie es der zerstrittenen Linken nach 1933 in Deutschland, nach 1922 in Italien und nach 1973 in Chile und in vielen anderen Fällen erging.

Grenzen des Expansionsdrangs der Rechten

Auch das internationale Kräfteverhältnis wirkt natürlich auf die politische Entwicklung der BRD ein, und zwar wesentlich stärker als dies in den 20er und 30er Jahren beim Deutschen Reich der Fall war. Schon der Zusammenbruch der „Politik der Stärke“, die bekanntlich zum Ziele hatte, „das gesamte versklavte Osteuropa zu befreien“³⁶, und der Beginn der Entspannungspolitik in den 60er Jahren, die den Herrschenden in der BRD aufgezwungen wurde durch die internationalen Realitäten, zeigt dies sehr anschaulich. So kam es, daß mittlerweile vollendete Tatsache und offizielle Regierungspolitik geworden ist, was in den 50er Jahren als staatsfeindliche Zielsetzung diskriminiert und verfolgt wurde: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung der DDR als Völkerrechtssubjekt, diplomatische Beziehungen zu den sozialistischen Ländern usw.

Inzwischen ist die Position der BRD innerhalb der westeuropäischen Staatengemeinschaft zweifellos wesentlich stärker geworden, und dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß die herrschende Klasse rücksichtsloser in ihrem Auftreten und ihren Ansprüchen wird. Anders kann z. B. die Nominierung von

Strauß (wie auch die Wahl von Carstens zum neuen Bundespräsidenten 1979), die für ganz Europa ein Provokation darstellt, gar nicht aufgefaßt werden. Andererseits sind die demokratischen Kräfte in den meisten dieser Länder seit den 60er Jahren bedeutend angewachsen und auch im Vergleich zum Kräfteverhältnis in der BRD in sehr starken Positionen. (Schon in der Frage der Berufsverbote wurde die BRD deshalb zu vorsichtigerem Taktieren gezwungen.) Und gerade in der Frage des deutschen Militarismus und Machtanspruchs haben diese Völker angesichts intensiver Erfahrungen im 2. Weltkrieg eine starke Sensibilität entwickelt. Und daß in der ersten Hälfte der 70er Jahre die noch bestehenden faschistischen oder halbfaschistischen Regimes in Europa preisgegeben werden mußten (in Portugal, Spanien und Griechenland), sagt natürlich auch etwas über die historische Tendenz und die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in Europa.

Schließlich sind dem Expansionsdrang der Rechten in der BRD dadurch sichtlich Grenzen gesetzt, daß die sozialistischen Länder sich seit den 50er Jahren ökonomisch und politisch konsolidiert haben und auch militärisch eine starke Macht darstellen. Eben daran war ja schon die „Politik der Stärke“ in den 60er Jahren gescheitert. Und zugleich ist durch die Fortsetzung der Entspannungspolitik, dem Vertrag von Helsinki usw. eine Klimaveränderung eingeleitet worden, die längerfristig, wenn es gelingt, diese Politik weiterzuführen, den reaktionären und militaristischen Strömungen mindestens partiell den Boden entziehen wird, denn sie sind, wie die historische Erfahrung zeigt, auf ein Klima internationaler Spannung und Feindseligkeit angewiesen.

Als Ergebnis der Untersuchung läßt sich also zweierlei festhalten:

Anmerkungen:

- 1) G. Kade, Die deutsche Herausforderung, Köln 1979, S. 37 ff.
- 2) W. Bleicher, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10/1979, S. 1188
- 3) H. W. Kahn, Strauß und der Griff nach der Atommacht, in: ebenda; die Zitate sind von Strauß
- 4) Rede von Strauß, zit. nach Bayernkurier, 12. 11. 1977
- 5) Strauß-Interview in der Welt, 11. 5. 1966 und im Bayernkurier, 28. 5. 1966
- 6) Strauß, zit. nach: Bayernkurier, 12. 11. 1977
- 7) Ebenda
- 8) Strauß, zit. nach: Bayernkurier, 10. 3. 1979
- 9) Strauß, zit. nach: Bayernkurier, 10. 3. 1979 und 12. 11. 1977
- 10) Strauß, zit. nach: Bayernkurier, 10. 3. 1979
- 11) Strauß bei der 2. Hauptversammlung des Bundeswehrverbandes, Bad Godesberg, Juni 1958
- 12) Strauß, zit. nach: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Januar 1978
- 13) Bayernkurier, 22. 9. 1973
- 14) Strauß bei seinem Besuch in Chile 1977, zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 25. 11. 1977
- 15) Strauß, zit. nach: Bayernkurier, 10. 3. 1979
- 16) B. Starischka, Der Sturz des Präsidenten Allende in Chile, Stuttgart 1974, S. 53 und 50
- 17) Die Welt, 11. 3. 1972
- 18) Zit. nach: FAZ, 26. 11. 1979
- 19) Die Zeit drückt das so aus: „Helmut Schmidt (ist) wie jeder andere wirtschaftspolitisch Verantwortliche daran interessiert, den Optimismus der Unternehmer . . . zu festigen“ (23. 11. 1979).
- 20) Strauß, zit. nach: Bayernkurier, 10. 3. 1979
- 21) Strauß, zit. nach: Bayernkurier, 6. 10. 1979
- 22) Strauß, zit. nach: Bayernkurier, 10. 3. 1979
- 23) Zit. nach: Der Spiegel, Nr. 50/1969
- 24) Strauß, zit. nach: Konkret, Nr. 1/1978, S. 9
- 25) Rede vor der 2. Hauptversammlung des Bundeswehrverbandes in Bad Godesberg im Juni 1958
- 26) Strauß, zit. nach: „Das Freie Wort“, 21. 6. 1958
- 27) Zur Rolle des Konservatismus bei der Zerstörung der Weimarer Republik vgl. vor allem K. Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt 1976; J. Petzold, Konservativer Wegbereiter des Faschismus, Köln 1978
- 28) Aschermittwochrede in Passau, 1977

1. Bei Aufbietung und Konzentration aller demokratischen Potenzen ist es möglich, den Machtantritt von Strauß im Herbst 1980 zu verhindern. Aber auch dann, wenn dies gelingt, wird die Drohung von rechts andauern, allerdings mit zunächst verminderter Dynamik.

2. Sollten die von Strauß repräsentierten Kräfte die Regierungsmacht erobern, so hätte dies sehr schlimme, in ihrer Reichweite nicht präzise angebbare Folgen. Dennoch wären auch in diesem Fall der Machtentfaltung dieser Kräfte im Innern wie nach außen Schranken gesetzt. Der Kampf um Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt würde weitergehen — allerdings unter wesentlich schlechteren Bedingungen als vorher.



- 29) FAZ, 2. 11. 1979
- 30) Strauß, zit. nach: Bayernkurier, 6. 10. 1979
- 31) H. Schmidt, zit. nach: N. Schreiber (Hrsg.), Die Zukunft unserer Demokratie, München 1979
- 32) Auch der ehemalige Liberale Ralf Dahrendorf verkündet jetzt: „Aber um die Bindungen und Bezüge des Menschen ist es weniger gut bestellt . . . es fehlt an Religion.“ (zit. nach: Die Zeit, 23. 11. 1979) Und selbst Rudolf Bahro schwimmt in der Welle des Irrationalismus mit. Nach seiner Ansicht ist „das Bedürfnis nach irgendeiner Art religiöser Transzendenz eine menschenatürliche . . . Angelegenheit“ (Rede auf der Bundesversammlung der Grünen in Offenbach am 4. 11. 1979). Auf einer solchen Basis ist eine Alternative zu Strauß nun wirklich nicht zu entwickeln.
- 33) Vgl. dazu besonders: G. Füllberth und J. Harrer, Geschichte und Besonderheiten der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik, in: U. Albrecht u. a., Geschichte der Bundesrepublik. Beiträge, Köln 1979
- 34) Eine kleine Auswahl von Zitaten mag den Umgang mit dem politischen Gegner ahnen lassen: „Ungewaschene und Verdreckte“, „Gesindel“, „Kanaillen“, „linker Mob“, „entmenschte(!) Vandalhorden“ (Einzelbelege in meinem Gutachten „Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte . . .“, S. 21 f.), „Brüllhorden“, „Pöbelhaufen“, „Terrorbanden“ (zit. nach: Der Spiegel 38/1979, S. 30). Linksorientierte Schriftsteller bezeichnet er in durchaus faschistischer Manier als „Ratten und Schmeißfliegen“ (zit. nach: FAZ, 20. 11. 1979). (In einem Bericht des faschistischen Sicherheitsdienstes (SD) aus dem Jahre 1941 heißt es über den Vergleich der Juden mit den Ratten in dem Film „Der ewige Jude“: „Der Vergleich mit den Ratten wurde als besonders eindrucksvoll hervorgehoben“ (zit. nach: E. Leiser, „Deutschland erwache!“, Reinbek, 2. Aufl. 1978, S. 148).) Bezogen auf Jugendliche, die sich schlecht benommen hatten, telegraphierte Strauß: „Diese Personen . . . benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht mehr möglich ist.“ (zit. nach: Der Spiegel, 28. 7. 1969) Kann es — nach allem, was wir über die faschistische Ideologie, die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen aus dem Bereich des Menschlichen und die entsprechenden praktischen Folgen wissen, noch Zweifel geben, wes Geistes Kind dieser Kanzlerkandidat ist?
- 35) Bayernkurier, 28. 8. 1970
- 36) Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 27/6. 3. 1952, S. 261

Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß jetzt!

Ende Oktober 1979 initiierte Prof. Reinhard Kühnl mit der Veröffentlichung des folgenden Aufrufs eine Unterschriftenkampagne unter der Losung: **Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß jetzt!** Unterschriften sind zu richten an: Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Sonnenhalde 8, 3550 Marburg.

Die Nominierung eines F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten muß als das verstanden und beantwortet werden, was sie in Wahrheit ist: als eine offene, prinzipielle und umfassende Kampfansage an unterschiedlich alle Kräfte der Demokratie, des Friedens und des sozialen Fortschritts. Mit der noch vor wenigen Jahren für undenkbar gehaltenen Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden hat die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik ein neues, kritisches Stadium erreicht.

Strauß — das ist 1979 die autoritäre Antwort auf die Krise, der Machtanspruch der rücksichtslosesten Wirtschafts-, Finanz- und Militärkreise mit allen innen- und außenpolitischen Konsequenzen, ein Programm der radikalen Ausmerzung aller politischen „Entartungserscheinungen“ — von der Entspannungspolitik bis zu gewerkschaftlichen Positionen, von Abrüstungsforderungen bis zu Bürgerinitiativen und fortschrittlicher Frauenbewegung. Strauß setzt, wie bereits in seiner Sonthofener Rede offen ausgesprochen, darauf, daß „die Krise so stark wird, daß aus der Krise ein heilsamer Schock erwächst“. Unter diesem Schock soll die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik, die den Kräften um Strauß den Weg geebnet hat — im Zeichen der Krisenabwälzung auf die Arbeitnehmer bei gleichzeitiger Milliardenvergeudung für Rüstungsvorhaben, im Zeichen der Enttäuschung über stecken- oder ausgebliebene Reformen und Demokratisierungsansätze, über Sozialabbau und Arbeitsplatzgefährdung, im Zeichen der Antiterrorismushysterie, der Berufsverbote und immer weiter ausufernder Überwachungspraktiken —, in neue Dimensionen gesteigert werden.

Das Programm ist hoch gefährlich, aber alles andere als unaufhaltsam. Es steht in entscheidenden Fragen im Widerspruch sowohl zu den innergesellschaftlichen als auch vor allem zu den internationalen Realitäten an der Schwelle der 80er Jahre, die sich grundlegend von denen der Jahre 1914, 1933 oder 1939 unterscheiden. Nirgendwo in der Welt hat der Weg nach rechts zu einer Lösung oder auch nur Entschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme geführt. Gerade in jüngster Zeit sind eine Reihe zum Teil jahrzehntelanger faschistischer oder autoritärer Regimes gestürzt worden.

Strauß kann gestoppt werden, und zwar dann — aber auch nur dann —, wenn der autoritären Herausforderung die gesammelte Kraft aller Demokraten, was immer sonst ihre Divergenzen und Kontroversen seien, entgegengesetzt wird. Das hat sich immer wieder, u. a. im Kampf gegen die Atombewaffnung, im Sturz des Verteidigungsministers Strauß und im Kampf um die Ratifizierung der Ostverträge erwiesen. Daß heute der gleiche, schon wiederholt gescheiterte F. J. Strauß erneut als „starker Mann“ vorgestellt werden kann, wurde nur möglich, weil die Rechtsentwicklung der letzten Jahre ein die Strauß-Kandidatur begünstigendes Klima geschaffen hat. Strauß stoppen heißt deshalb zugleich, allen Erscheinungen der Rechtsentwicklung entgegenzutreten und — durch Aufklärung über den wahren Charakter der Herausforderung von Rechts wie durch entschiedene Entfaltung aller demokratischen Initiativen, Bürgerbewegungen und Alternativen gleichermaßen — ein verändertes politisches Klima in der Bundesrepublik zu schaffen, ein Klima, das eine Entscheidung für Strauß unmöglich macht und zugleich den Spielraum aller demokratischen und sozialen Bewegungen erweitert.

Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß jetzt, das heißt:

Kein Zurück zum Kalten Krieg! Die mit den Ostverträgen und der KSZE eingeleitete Entspannungspolitik muß konsequent fortgesetzt und vorangetrieben werden. Statt zu einer neuen Runde des Wettrüstens muß jetzt zu ernsthaften Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung, Gewaltverzicht und schrittweise Abrüstung in Ost und West übergegangen werden. Dem Verhalten der Bundesrepublik kommt dabei eine entscheidende Rolle, ihrer Regierung und ihrer Öffentlichkeit eine dementsprechende Verantwortung zu. Es darf keine „große Aufrüstungskoalition“, keine Zustimmung Bonns zur Stationierung neuer, auf die Sowjetunion gerichteter amerikanischer Atomraketen in unserem Land geben, denn dies würde das bisherige Gleichgewicht in Europa einseitig verändern. Wer unter dem Vorwand einer „Bedrohung aus dem Osten“ erneut an der Rüstungsschraube dreht,

statt die erklärte sowjetische Verhandlungsbereitschaft beim Wort zu nehmen, schafft eine Atmosphäre neuer Spannungen und begünstigt letztlich die Kräfte um Strauß.

Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß jetzt, das heißt:

Unser Land braucht nicht weniger, sondern mehr Demokratie. Jetzt muß endgültig Schluß gemacht werden mit Berufsverboten, Gesinnungsschnüftelei und der Kriminalisierung von Bürgerinitiativen und systemkritischen Kräften. Die Bundesrepublik darf kein Überwachungsstaat, keine Gesellschaft von Duckmäusern, Angepaßten und Spitzeln werden. Nur auf dem geistigen Nährboden des neuen McCartyismus, eines zur „Staatsideologie“ gewordenen Antisozialismus und Antikommunismus und einer nach wie vor unbewältigten Vergangenheit ist die Demagogie der Strauß und Stoiber möglich geworden, für die die absurde und für alle Hitler-Gegner beleidigende Gleichstellung von Nazis und Sozialisten, der Opfer und ihrer Mörder, das bisher krassste Beispiel darstellt. Dem muß jetzt endlich Einhalt geboten werden: Durch eine Neubestimmung auf die Gemeinsamkeit der Erfahrungen des antifaschistisch-demokratischen Widerstandskampfes, auf den unauf löslichen Zusammenhang von Antifaschismus und Demokratie. Gegen die Rechtsentwicklung hilft keine rechte Politik, erst recht kein Rechts-Überholen, sondern nur die fortschreitende Demokratisierung aller Entscheidungsbereiche in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wer Strauß stoppen will, kann keine Gemeinsamkeit mit der CSU/CDU-Politik betreiben.

Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß jetzt, das heißt:

Es muß Schluß gemacht werden mit der unsozialen und undemokratischen Praxis, die Krisenfolgen auf die Arbeitnehmer, die große Mehrheit der Bevölkerung, abzuwälzen. Gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit helfen nicht Stillhalten und „Gürtel-enger-Schnallen“, sondern der Kampf um Arbeitszeitverkürzung und Stärkung der Massenkaufkraft, aktive Tarifpolitik und Verbot der Aussperrung. Deshalb: Hände weg von der Einheitsgewerkschaft, Schluß mit den Angriffen auf das Streikrecht und andere gewerkschaftliche Rechtspositionen, Schluß mit der Bespitzelung in den Betrieben.

Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß jetzt, das heißt:

Keinen Rückfall in die geistige Enge der 50er Jahre, sondern Stärkung aller emanzipatorischen Bewegungen — wie beispielsweise der Frauenbewegung, der Studentenbewegung oder der Bildungsreformbewegung — in ihrem Ringen um Aufklärung und Gleichberechtigung; es heißt, aktiv zu werden gegen alle Versuche, etwa den § 218 zu restaurieren, gegen Versuche, die Medien vollends auf CSU/CDU-Kurs gleichzuschalten, gegen die Bedrohung der Meinungsfreiheit, der Freiheit von Wissenschaft, Kultur und Kunst.

Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß jetzt, das heißt:

Die Bundesrepublik darf kein Atomstaat werden. Strauß greift nach der Atomwaffe. Er scheut weder die atomare Katastrophe noch bürgerkriegsartige Zustände, um das „zivile“ und militärische Atomprogramm, das er selbst als erster Atomminister der Bundesrepublik mit konzipiert hat, durchzusetzen. Angesichts dieser Gefahr müssen Bürgerinitiativen und alle demokratischen Kräfte zusammenwirken, um die rücksichtslose Durchsetzung eines Atomprogramms zu verhindern, bei dem es nicht um Interessen der Bevölkerung, sondern um industrielle und militärische Machtansprüche geht.

Das Programm Strauß zielt auf die Einschüchterung, Spaltung und womöglich Unterdrückung jedweder demokratischen und sozialen Bewegung in der Bundesrepublik. Ihm kann deshalb nicht durch vornehme Zurückhaltung, Stillhalten oder parteitaktische Manöver, sondern wirksam nur durch die entschiedene Stärkung, Weiterentwicklung und Bündelung aller demokratischen Energien in der Auseinandersetzung mit einer Gefahr, die unterschiedslos alle betrifft, begegnet werden. In einer ganzen Reihe von Städten und in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sind bereits beßerenfalls, z. T. schon breit ausgeführte Initiativen und Aktionsbündnisse gegen die Herausforderung durch Strauß und die Rechtsentwicklung entstanden oder im Entstehen begriffen. Wer das politische Klima, das die Kandidatur von Strauß möglich gemacht hat, verändern will, darf nicht bis zum Wahltag warten. Es kommt darauf an, jetzt aktiv zu werden, und zwar ungeachtet parteipolitischer und weltanschaulicher Unterschiede. Um Strauß und eine weitere Rechtsentwicklung zu stoppen, bedarf es jetzt des gemeinsamen Gesprächs und der gemeinsamen Aktion aller Demokraten.

Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß jetzt!

Bis zum 27. 11. 1979 haben unterzeichnet:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch, D. D., Lich; U. Briefs, WSI des DGB Düsseldorf; Peter O. Chojewitz, Hannelal; Franz-Josef Degenhardt, Quickborn; Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg/L.; Karlheinz Deschner, Halßfurt; Bernd Engelmann, Rottach-Egern; Dr. Konrad Elsässer, Oberursel; Prof. W. Fürst, Bad Nauheim; Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Westberlin; Klaus Hachenberg, Hannover; Heinz Hoffmann, Stuttgart, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Deutschlands (NFJD); Prof. Dr. Hans Heinz Holz, Groningen; Prof. Dr. Klaus Holzkamp, Westberlin; Hans-Dieter Hüsch, Mainz; Prof. Dr. Jörg Huff/schmid, Bremen; Prof. Dr. Urs Jaeggi, Westberlin; Mechthild Jansen, Bremen, langjährige Vorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB); Prof. Dr. Walter Kreck, Bonn; Franz Xaver Kroetz, Altenmarkt/Bayern; Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Marburg/L.; Ingrid Kurz, Hamburg; Pastor Konrad Lübbert, Uetersen; Klaus Mannhardt, Essen, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK); Prof. Dr. Hans Mausbach, Frankfurt/M.; Dr. Jutta Menschik, Westberlin; Prof. Dr. Manfred Mezger, Mainz; Dr. Martin Niemöller; Dr. Reinhard Opitz, Köln; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Manfred Pahl-Rugenstein, Westberlin; Prof. Dr. Albrecht Schau, Esslingen; Eckart Spoo, Hannover; Prof. Dr. Fritz Strassmann, Mainz; Prof. Dr. Gerhard Stuby, Bremen; Werner Stürmann, Dortmund, Vorsitzender der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ); Gösta v. Uexküll, Hamburg; Günter Wallraff, Köln; Prof. Dr. Roderich Washer, Bremen

WELTPOLITISCHE DIKTION DES F. J. STRAUß

„Europas Freiheit — Europas Zukunft. Die dramatische weltpolitische Herausforderung sehen und annehmen“, so titulierte F. J. Strauß sein weltpolitisches Konzept beim politischen Aschermittwoch der CSU im Februar 1979 in Passau. Sicherung der BRD-Führungsrolle in Westeuropa, Allianz mit den USA und China gegen das sozialistische Lager, die Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Welt und die Befreiungsbewegungen, das ist seine Kurzformel für den Aufstieg „Deutschlands“ von der ökonomischen auch zur militärpolitischen Weltmacht. U. a. führte F. J. Strauß in seiner Aschermittwoch-Rede aus:

„(. . .) Christliche Demokraten, Christlich-Soziale und Konservative haben unmittelbar nach der größten Katastrophe der deutschen und europäischen Geschichte mit Wort und Tat für die Ideen eines geeinten Europas gekämpft. Staatsmänner wie de Gasperi, Robert Schuman, Konrad Adenauer und Winston Churchill schufen die Grundlagen. CDU und CSU, die Christlichen Demokraten, die Christlich-Sozialen, die Konservativen in Europa leiteten eine Politik der gemeinsamen Verantwortung für das Schicksal unseres Kontinents ein, zunächst gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten. (. . .) CDU und CSU haben gegen den Widerstand der SPD unter Adenauer den Durchbruch nach Europa vollzogen. So entstand die Montan-Union, ohne die es nicht zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und damit auch nicht zu der EG, der Europäischen Gemeinschaft von heute, gekommen wäre.

Die SPD will über diese ihre Vergangenheit hinwegtäuschen und sich zum Herold der Europa-Bewegung machen. Welches Europa aber soll entstehen? Welches Europa steuert die SPD an, welches Europa hat sie als Zielvorstellung? Darüber gibt es, wenn man das Wahlprogramm der europäischen Sozialisten liest — so widersprüchlich es ist, so sehr es Flickwerk und Konglomerat ist —, keinen Zweifel: die Zielmarkierung ist ein sozialistisches Europa, dessen Zukunft, ohne daß ich bösen Willen unterstelle, durch die Gewalt der Tatsachen und die Automatik der Abläufe dann mehr an der Seite der Sowjetunion sein würde als an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika. (. . .) Eine europäische Aufgabe sind auch die Probleme der Konjunktur- und Währungspolitik, die Erhaltung der Arbeitsplätze, die Entwicklung der strukturschwachen Gebiete des Kontinents, die partnerschaftliche Unterstützung der Dritten Welt beim Aufbau ihrer eigenen freiheitlichen Gesellschaft — und Wirtschaftsordnung. Aber Partnerschaft heißt nicht Verlogenheit, Partnerschaft muß gerade gegenüber der Dritten Welt Ehrlichkeit heißen.

Die Sicherheit wird heute nicht mehr allein durch Nationalstaaten gewährleistet. Sie wird wirtschaftlich-sozial gewährleistet durch die Europäische Gemeinschaft. Sie wird militärisch gewährleistet durch die NATO insgesamt und durch die europäische Gruppe innerhalb der NATO, die heute vor schweren Problemen steht. (. . .)

Vor 4 großen Herausforderungen

Europa steht heute vor vier großen Herausforderungen. Einer macht- und sicherheitspolitischen Herausforderung, einer weltwirtschaftlichen Herausforderung, einer Herausforderung durch innereuropäische Fehlentwicklungen und einer ideologischen Herausforderung. Denn gerade diejenigen, die ein sozialistisches Europa wollen, wollen ja dieses Europa in ein ideologisches Prokrustesbett pressen. Europa muß ein Land der freien Völker sein, ein Land, in dem der Wähler jedes Mal wieder, wenn er aufgerufen wird, darüber entscheiden kann, wie und nach welchen Maßstäben er regiert werden will, weshalb es keinem Politiker erlaubt ist, mit seiner Mehrheit einen Gebrauch dahingehend zu machen, unwiderrufliche Zustände zu schaffen, wie wir es zum Teil in der Innenpolitik auf gewissen Gebieten erlebt haben. Die europäischen Völker treten in den entscheidendsten Abschnitt ihrer Nachkriegsgeschichte ein. Ich bin kein Prophet, aber ich habe in den großen Entwicklungen manchmal recht; und ich habe in diesen Jahren das Gefühl, den Eindruck, das instinktive Empfinden, daß die erste große Periode der Nachkriegsgeschichte abgeschlossen ist, daß eine neue Periode begonnen hat, symbolisch dargestellt durch die



Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Peking. Eine neue Epoche hat begonnen. Die europäischen Völker stehen vor der Entscheidung: freies Europa oder Volksfront-Europa, denn ein Volksfront-Europa kann nie ein freies Europa sein. Das Zusammenwirken von Sozialisten und Kommunisten, wie es sich der linke Flügel der SPD vorstellt, verharmlosend dann dargestellt als eine Annäherung an den Eurokommunismus, ist der falsche Weg.

Täuschen wir uns nicht, auch der Eurokommunismus ist ein unversöhnlicher Feind der bürgerlichen Freiheiten! Freiheit oder Kollektiv heißt die Grundentscheidung in der geistesgeschichtlichen und politischen Auseinandersetzung im letzten Viertel dieses Jahrhunderts. Globale Konflikte zwischen Kommunismus und Freiheit und regionale Krisen, wie wir sie heute im Mittleren und Fernen Osten erleben, fordern von den Völkern des freien Europa endlich ein entschlossenes Handeln. Es geht auf die Dauer nicht an, daß die Europäer sich allein auf die Amerikaner glauben verlassen zu können. Das hat auch nicht nur einen Hauch mit anti-amerikanischer Einstellung zu tun. Ich habe schon als Verteidigungsminister mit den Amerikanern zusammengearbeitet und den wesentlichen Teil des Aufbaues der Bundeswehr bewältigt, als die Sozialisten noch mit der Ohne-mich-Parole und mit gehässigen anti-amerikanischen Liedern durch die Straßen unserer Städte gezogen sind. Aber Europa ist es noch nicht gelungen, zu einer Form des politischen Zusammenschlusses zu kommen, der Europa

ein entscheidendes Gewicht im Spiel der Weltpolitik gibt. Europa ist ein wirtschaftlicher Riese und ein militärisch-politischer Zwerg. Nur wenn nationalstaatliche Enge, nationalistische Denk- und Verhaltensweisen überwunden werden, hat Europa die Chance, in Freiheit zu überleben, das Selbstbestimmungsrecht über sein eigenes Schicksal zu erhalten, Mitbestimmungsrecht in der Weltpolitik wieder zu erlangen.

Dazu darf in aller Offenheit, wie ich es vor kurzem in Paris getan habe, ein Wort der Warnung sagen vor einer neuen anti-deutschen Kampagne in gewissen befreundeten Nachbarländern, einer Kampagne, in deren Hintergrund man immer wieder dieselben Initiatoren findet, nämlich die Kommunisten mit der Fernregie Moskaus. Das Schlagwort dabei ist: wir wollen nicht die Lakaien der deutschen Banken, wir wollen nicht die Sklaven der deutschen Kapitalisten werden. (. . .)

Die bipolare Welt von Jalta gehört mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Peking der Vergangenheit an. Deshalb bin ich der Überzeugung, daß die erste Phase der Nachkriegsgeschichte nunmehr endgültig abgeschlossen ist und wir in eine neue Phase eintreten. Der Faktor China kann aus den weltpolitischen Kräftekonstellationen in Zukunft nicht mehr weggedacht werden.

Ich bin zwar kein Marco Polo aus Bayern gewesen, aber ich gehöre zu denen, die im Kräftespiel der Welt auch in seiner Auswirkung für uns und unsere Zukunft den Faktor China richtig eingeschätzt haben. Deshalb darf deutsche Ostpolitik nicht an der Moskwa enden, wie es anscheinend die Herren Brandt und Bahr und Ehmke und Wehner wünschen. Ich meine nicht im Sinne eines Militärbündnisses oder einer gemeinschaftlichen Front mit China gegen die Sowjetunion, davon kann überhaupt keine Rede sein, nur ein Narr kann uns das unterstellen. Aber wir haben die in der Welt bestehenden und sich entwickelnden Machtfaktoren auch für unsere eigene Zukunft realistisch einzuschätzen. Das gilt sowohl für weltwirtschaftliche Zusammenhänge wie für strategische Zusammenhänge, das gilt also nicht für den militärischen Bereich. Ob wir die Dimensionen heute schon richtig ahnen und überblicken oder nicht, ist eine andere Frage, aber im großen und ganzen kann man wohl sagen, daß der Ferne Osten heute weltwirtschaftlich im Aufbruch ist.

Wenn eine Milliarde Chinesen, fleißige, genügsame, intelligente Menschen mit einer Jahrtausende alten Kultur, als Produzenten und Konsumenten nach unseren Maßstäben auftreten, dann wird das Bild dieser Erde in heute nicht mehr vorstellbarer Weise innerhalb der nächsten politischen Generation verändert werden. Die Sowjetunion fühlt sich irritiert angesichts der Öffnung Chinas für die Zusammenarbeit mit Amerika und Europa, das zeigen die Briefe Breschnevs an die Regierungschefs der westlichen Welt mit der Warnung und Drohung, Rüstungspotential und Rüstungswissenschaft und Rüstungsmaterial Westeuropas und Amerikas nicht den Chinesen zur Verfügung zu stellen. Wir sind keine Freunde des Waffenexportes, ganz im Gegenteil! Wir sind der Meinung, daß Entwicklungshilfe nicht in Form von Waffen geleistet werden soll, sondern in Form von wissenschaftlichen, technischen Erkenntnissen, in Form von Investitionsgütern und nicht in Form von Massenvernichtungswaffen. (. . .)

Dazu kommt natürlich die traditionelle Einkreisungsfurcht der Russen und ihre Sorge um die menschenleeren und rohstoffarmen asiatischen Teile; diese Sorge Rußlands könnte nicht ohne Auswirkung auf die sowjetische Westpolitik bleiben. Mehr möchte ich heute dazu nicht sagen. Ein Einbeziehung Westeuropas in den sowjetischen Einflußbereich und die Nutzbarmachung des westeuropäischen Industriepotentials würde die Sowjetunion in die Lage versetzen, ihre Kräfte auf die Sicherung ihrer asiatischen Grenze zu konzentrieren.

Hand an den Ölhahn

Dieses Ziel wird auf drei Ebenen verfolgt: auf der militärischen Ebene mit einem militärischen Drohpotential; auf der politisch-ideologischen Ebene mit kommunistischer Unterwanderung, Volksfrontpolitik, Unterdrückung der Menschenrechtsbewegung und der Dissidenten im eigenen Lager; auf der geopolitischen Ebene — Expansionsstrategie der Sowjetunion entlang des Krisengürtels Afghanistan, Iran, Südjemen, Äthiopien, Moçambique, Angola, Rhodesien (in Zukunft Zimbabwe), Südwestafrika (in Zukunft Namibia). Hier liegt der große Krisengürtel.

Was geht denn das eigentlich die CSU an, wenn hinten in der Türkei, wie Goethe sagte, die Völker aufeinanderschlagen? Was haben wir denn damit zu tun? Sind wir froh, daß es uns gutgeht, sind wir froh, daß wir die letzten Wochen gut hinter uns gebracht haben, sind wir froh, daß bald der Frühling kommt!

Alles recht und schön — aber hier wird die Zukunft der Welt entschieden, hier wird nämlich entschieden, wer den Ölhahn in der Hand hat. Und wer den Ölhahn in der Hand hat — der von der Kernenergie nicht ersetzt werden kann, die Kernenergie ist nur eine zusätzliche Energiequelle, aber kein Ersatz für Öl angesichts des Verbrauches, des Bedarfes und seiner Entwicklung —, der entscheidet über die Herrschaft der Welt, wer den Ölhahn in der Hand hat, der hat ein Druck- und Drohmittel in der Hand. Wer den Ölhahn in der Hand hat, der entscheidet darüber, ob die Europäer in Frieden und Wohlstand und gesicherter Zukunft leben können oder ob Europa auch zum Krisenherd wird. (. . .)

Aus diesem Grunde ist es heute keinem Politiker erlaubt zu sagen: darum, was um die bayerischen Grenzen herum geschieht, darum kümmern wir uns nicht! Die Frage ist, ob wir unser Bayern weiter so ausbauen können; ob wir in freier Entwicklung Schritt für Schritt weiter voranzuschreiten können, hängt nicht zuletzt davon ab, daß in diesen Wettrecken der Weltpolitik erstens Friede herrscht und zweitens von der Ölwanne kein erpresserischer Gebrauch gemacht wird. Das muß man bei uns in der ganzen Dramatik begreifen!

Die Amerikaner haben ja eine Kunst, die ist auch unter Carter nicht verlorengegangen: daß nämlich einer was sagt, was die anderen nicht sagen wollen oder sollen, aber trotzdem wollen, daß es von dem anderen gesagt wird. Nämlich die Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers, daß die USA notfalls mit Einsatz militärischer Machtmittel die Belieferung von Öl aus dem Nahen und Mittleren Osten, von dem sie ja auch abhängig sind, sicherstellen werden. Und jetzt dann die vorsichtige Erklärung des Außenministeriums, man denke nicht an einen Einsatz amerikanischer Truppen. Das ist kein Ausrutscher, daß ist kein diplomatischer Lapsus, das ist, so wie ich die Amerikaner zu kennen glaube, ein sorgfältig und raffiniert abgekartetes Spiel. Der Präsident zeigt sich friedfertig, und der Außenminister unterstreicht das, aber der Verteidigungsminister durfte einmal eine Minute mit dem Säbel rasseln. (. . .)

1980—85: gefährlichste Jahre seit 1945!

Wir brauchen eine europäische Außenpolitik. Die aktuelle Bedrohung Europas geht heute primär nicht von der Gefahr eines militärischen Abenteurers in Mitteleuropa aus, sondern sie geht von den Wettrecken des Mittelmeer-Bereiches aus. Sie geht aus von dem Aufheizen der Konfliktpotentiale in Afrika und in Asien durch Export von Ideologien und Waffen, durch Stellvertreter-Kriege, die mit der kubanischen Fremdenlegion ausgefochten werden. (. . .) Ich würde heute, ohne eine schwarze Zukunft an die Wand malen zu wollen, trotzdem sagen, daß die Jahre 1980 bis 1985 zu den gefährlichsten Jahren in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gehören werden. (. . .)

Europa hat eine letzte geschichtliche Chance, nicht nur sein Selbstbestimmungsrecht in der Weltpolitik, sondern vor allem sein Selbstbestimmungsrecht zu verteidigen. Sonst bleibt über kurz oder lang nur die Neutralisierung, die — Helmut Schmidt meint, das Wort dürfe man nicht verwenden, weil es eine Beleidigung sei, dabei meint es niemand als Beleidigung — Finnlandisierung. Ich war der vorletzte europäische Politiker, der die Möglichkeit hatte, mit Mao Tse-tung zu sprechen. Er ist eine der großen revolutionären Gestalten des 20. Jahrhunderts, ein Mann, dessen Name so schwer auf der Geschichte seines Volkes und auf der Geschichte Asiens liegt, aber sein letzter Satz war: „Herr Strauß, sagen Sie Ihren Landsleuten in Europa: Ihre größte Gefahr ist die Finnlandisierung!“

Ich habe diese Mahnung sehr wohl verstanden, und deshalb muß heute eine Weichenstellung vollzogen werden. Man muß der sowjetischen Strategie entgegenkommen, ohne sich ihr zu unterwerfen. Die hektische Politik des Stop-and-go, unterschieden nach Wahlterminen, das Gasgeben und Bremsen, muß durch eine langfristige Strategie ersetzt werden. Ich weiß nicht, warum der Bundeskanzler immer so zornig wird und einem dann Polemik vorwirft, die Rückkehr zum diplomatischen Umgangsstil — für den er sich ja besonders empfohlen hat sozusagen! — verlangt, wenn man ihm sagt, daß drei Dinge fehlen, drei Dinge, die für uns notwendig sind: außenpolitische Gleichberechtigung — ich meine hier auf dem Gebiete der Kerntechnik; innenpolitische Klarheit auf diesem Gebiet; und drittens eine gemeinsame Strategie der Nordamerikaner und der Europäer, eine Strategie, die über den Tellerrand des nächsten Wahlkampfes hinaussieht, weil unsere Lebensgrundlagen in absehbarer Zeit ernsthaft bedroht sein werden. Dabei sollte klar sein, daß wirkliche Entspannung nur weltweit sein kann. Es sollte auch klar sein, daß man wirkliche Entspannung nicht durch einseitige Abrüstung herbeiführen kann. Mit welchen mythi-

schen, um nicht zu sagen mythologischen Beschwörungsformeln ist uns. Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre die Politik der Entspannung wie ein Geist aus der Flasche empfohlen worden: Neue Ostpolitik, Entspannung in allen Zeitungen, von allen Bildschirmen, aus allen Rundfunkgeräten, von überall her hörte man die neue Zauberformel Entspannung. Von der Entspannung ist leider nur noch das Wort übriggeblieben — aber die Substanz der Entspannung ist nie erreicht worden. (. . .)

Wenn die „Entspannungspolitik“ in Europa nur dazu führt, daß infolge der Veränderungen der nuklearen Potentiale die amerikanische Abschreckungsmacht gelähmt und die Europäer in den Zustand der Wehrlosigkeit und Erpreßbarkeit versetzt werden, dann hat das mit Entspannung überhaupt nichts mehr zu tun. Darum muß Entspannung weltweit betrieben werden, sie kann nicht durch einseitige Abrüstung oder Rüstungsverzicht herbeigeführt werden angesichts des Partners, mit dem man es zu tun hat.

Es muß auch klar sein, daß die Einheit der deutschen Nation für uns unaufgebar ist. Ich habe mir erlaubt, im Gespräch mit jedem sowjetischen Gesprächspartner in aller Ruhe und in bayerischer Freundlichkeit zu sagen, daß wir uns nie damit abfinden werden, daß durch ein Diktat der Gewalt es zwei deutsche Nationen geben soll; eine „kapitalistische“ im Westen und eine „sozialistische“ in der Mitte und im Osten. (. . .)

Es ist doch geradezu schizophren, wenn Herr Schmidt bei jeder nur sich bietenden Gelegenheit gegenüber den Alliierten sagt, es bestehe eine drohende sowjetische Gefahr durch diese Raketenysteme, aber dann im Hinblick auf die Verhältnisse in seiner Partei sagt: wir sind nicht in der Lage, von uns aus irgendwelche Vorschläge zu machen. Hier lähmt die chaotische, zum Linkssozialistischen bis zum Sowjetophilen hin sich entwickelnde Gesamtpolitik der SPD die militärpolitische Entscheidungsfreiheit der Bundesrepublik und der Bundesregierung. Die westliche Antwort wäre — das ist auch nicht meine Erfindung, es soll niemand schreiben, daß ich das verlangt habe, das sind die Vorstellungen, die alle Fachleute in Europa und Amerika haben — die Neutronenwaffe und die modernisierte V I und die Pershing II mit 1500 km Reichweite auf unserer Seite in Europa auf europäischem Boden, damit wieder das Gleichgewicht mit der Sowjetunion, wenn auch mit wesentlich kürzeren Reichweiten, erreicht werde. Und hier stößt Wehner vor und sagt nein, das darf um der Entspannung willen und der Abrüstung willen nicht geschehen.

Die Amerikaner haben ihren Stil geändert. Es gibt keinen amerikanischen Präsidenten zur Zeit, der sagt, das ist notwendig für die Verteidigung Europas — und deshalb bestehen wir darauf! Ich setze mich hier nicht mit Präsident Carter auseinander, sondern ich stelle das nur fest als Tatsache. Er fragt die Verbündeten: was wollt Ihr? Und dann sind die Helden unterm Tisch. Dann halten sie große Reden, reden von der sowjetischen Gefahr, aber gleichzeitig ergreifen sie die Flucht. Weil sie nicht den Mut haben zu sagen, was für eine gleichgewichtige Verteidigung bei dieser Lage und bei dieser sich abzeichnenden Entwicklung notwendig ist. Wir standen ja vor 20 Jahren in der gleichen Entscheidung bei der Umstellung der Bundeswehr von konventionellen Waffenträgern auf atomare Waffenträger, das haben wir ja alle schon hinter uns. Die ganze Diskussion ist damals schon gelaufen.

Die Sowjetunion „abschrecken“

Aber jetzt macht die SPD wegen ihrer Entspannungspolitik, wegen ihrer Hinwendung nach dem Osten, wegen ihrer Einschätzung der Weltlage nunmehr diese Wendung unter dem Druck Wehners und unter Vorarbeit der genannten Drei — Brandt, Bahr und Ehmke. Wehner dringt nunmehr darauf, der sowjetischen Bedrohung keine gleichwertige Abschreckung, keine gleichwertige Gegenwehr gegenüberzustellen.

Das klingt ja jetzt alles ganz gefährlich und schauerlich. Ich möchte deshalb ein abschließendes Wort zu diesem Teil meiner Ausführungen sagen. Will die Sowjetunion, will die sowjetische Führung den Dritten Weltkrieg? Wenn ich hier mit ja oder mit nein antworten müßte, und nicht allein mit den Achseln zucken dürfte, dann würde ich sagen: nein, sie will ihn nicht. Ich bin nicht der Meinung, daß die Sowjetunion den Dritten Weltkrieg will. Die Sowjetunion hat die Offensivkapazität, ihre Land-, Luft- und Seestreitkräfte deutlich verbessert. Sie hat eine ungeheure Marineaufrüstung getrieben. Sie hat sich ein Langstreckenpotential zugelegt. Aber heißt das Krieg? Nach den Lehren der Geschichte sagt man ja immer, wenn solche Rüstungspotentiale sich aufbauen, einmal entladen sie sich. Das stimmt

nicht mehr im atomaren Zeitalter, das mag früher einmal richtig gewesen sein. Aber was will denn dann die Sowjetunion mit ihrer kostspieligen Rüstung, die einen ungeheuren Teil ihres Sozialprodukts verschlingt?

Die Antwort darauf ist ganz einfach und mit großer Sicherheit zu geben. Die Sowjetunion baut ein militärisches Druckpotential auf, das ihren politischen Forderungen überall in der Welt den größten Nachdruck verleihen kann. Es gibt für das Wort Option keine passende Übersetzung, ich könnte höchstens sagen, sich sämtliche militärischen Anwendungsmöglichkeiten offenzuhalten. Das ist das Hauptziel der sowjetischen Rüstung. Und das militärische Ziel der sowjetischen Rüstung ist es, sich sämtliche militärischen Optionen offenzuhalten. Das ist das Hauptziel der sowjetischen Aufrüstung.

Hier sind die Europäer herausgefordert, eine Antwort zu geben. Die Amerikaner zwingen uns nicht dazu. Die Amerikaner betreiben im Gegenteil eine Politik, die die Bundesgenossen sozusagen entscheiden läßt. Aber sie entscheiden ja nicht. Da kommt man dann auf so merkwürdige Vorstellungen, daß diese Träger nur in amerikanischen Händen auf europäischem Boden sich befinden sollen oder daß es neben der Bundesrepublik Deutschland noch ein anderes Land dafür auf dem Kontinent geben muß. Wer so wie wir die Schrecknisse eines relativ in der Waffenwirkung noch „harmlosen“ Krieges erlebt hat — ich sage das ganze sehr ironisch natürlich! — wie im Zweiten Weltkrieg, aber in keinem Verhältnis zu dem, was es heute an Zerstörungs-kapazität gibt, der wird beschwörend alles tun, um den Frieden zu erhalten. Darüber darf es nicht den geringsten Zweifel geben. Aber der Friede ist nicht gesichert, wenn man ihn will, und nicht umsonst spricht die Bergpredigt: nicht von den Friedfertigen, sondern von den Friedensmachern, denjenigen, die in der Lage sind, einen Frieden zu machen. Und der Friede wird nicht immer gemacht durch Nachgiebigkeit und Einlenken. Der Friede wird nur gemacht, wenn man von vornherein klar macht: bis hierher und nicht weiter! Hätte man das rechtzeitig Hitler gesagt, dann bräuhete man heute keine Fernsehserie Holocaust aufzuführen! (. . .)

Plötzlicher Wetterumschlag in der Weltpolitik möglich

Dabei ist es ja nicht so, daß die Gefahr für den Weltkrieg aus der Gegend von Passau bis Lübeck kommt, die kommt nicht entlang der Demarkationslinie. Diese Linie muß bewacht werden, aber das ist nicht die Tür, durch die der Kriegsgott Mars am leichtesten hereinkommt. Nein, der kommt da herein, wo die Konflikte der Großmächte und ihre gegensätzlichen Interessen im Mittelmeer, im Nahen, im Mittleren und im Fernen Osten und in Afrika aufeinanderstoßen. Sie brauchen ja nur sich zu überlegen, was passiert, wenn die Sowjetunion militärisch in den Konflikt China—Vietnam eingreift. Das gibt eine unübersehbare Entwicklung. Was passiert, wenn die westliche Welt, in der Energieversorgung aus dem letzten Loch pfeifend, das tut, was der amerikanische Verteidigungsminister Brown als möglich und notwendig in Aussicht gestellt hat? Was passiert dann? Die Entwicklung ist nicht vorher kalkulierbar. Darum kann man nur sagen: Hand weg, Vernunft auf allen Seiten! Aber kalkulieren, wenn einmal eine militärische Großkrise ausgebrochen ist, ist sehr schwer, und die Entwicklung noch unter Kontrolle zu haben und sie zu beenden oder in die richtige Richtung zu steuern.

Gerade deshalb mahnen wir ja immer, auch im Zusammenhang mit unserer Europa-Politik und unserer atlantischen Sicherheitspolitik, daß Entspannung weltweit sein muß, daß Entspannung nicht auf Europa beschränkt sein kann, auf Berlin-Reisen oder Rentner-Reisen beschränkt sein kann, die alle sehr nützlich und notwendig sind, daß Entspannung global betrieben werden muß, und daß die Europäer, vor allen Dingen die Amerikaner sich nicht aus den Wetterecken der Weltpolitik zurückziehen dürfen, weil sonst die Verschiebung noch größere Ausmaße annimmt. Wir reden, wenn wir von Persien sprechen, über Öl, und das ist sicherlich ein gewichtiges Argument. Aber noch wichtiger ist die Tatsache, daß der Iran als Eckpfeiler des amerikanischen Sicherheitssystems zusammengebrochen ist und nie mehr in diesem Jahrhundert es werden wird, mit Folgen, die man noch nicht übersehen kann. Was passiert denn, wenn auf der arabischen Halbinsel ein anderes großes ölproduzierendes Land wie Saudi-Arabien etwa in den gleichen Strudel geriete? Hier muß unsere politische Wachsamkeit, unser politisches Verantwortungsbewußtsein, unsere politische Reaktionsfähigkeit einsetzen.

Ich weiß eines: in der Weltpolitik schlägt das Wetter so schnell um wie im Gebirge. Man beginnt eine Bergwanderung bei heiterstem Himmel, man hat noch kaum die halbe Höhe erreicht, dann plötzlich

donnert's und hagelt's und kracht's. Das ist auch in der Weltpolitik so.

Deshalb müssen die Europäer aus ihrem Schlaf erwachen, aus ihrem Kalorien- und Wohlstandstaumel erwachen, aus ihrer Lebensstandardmythologie erwachen und müssen wieder wissen, was geschichtliche Verantwortung heißt. Und zwar sowohl im Inneren ihres Landes wie in der Einwirkung auf die Erhaltung von Frieden und Freiheit in der Welt. Deshalb führt Herr Wehner die Partei und die deutsche Öffentlichkeit irre, wenn er sagt, die sowjetische Rüstung sei nur defensiv. Ich spiele nicht den Gegenpartnern und sage, die sowjetische Rüstung ist nur aggressiv. Die sowjetische Rüstung ist defensiv und aggressiv. Sie baut ein ungeheures militärisches Druckpotential auf und sie erlaubt den Sowjets auf allen Kontinenten, an allen möglichen Wetterecken der Welt sämtliche militärische Möglichkeiten anzuwenden zu können. Diese Analyse ist zwar weniger freundlich, als die des Herrn Wehner, aber sie ist ehrlicher und dient damit der Glaubwürdigkeit der Politiker mehr als das Geschwafel von der rein defensiven Haltung oder dem rein defensiven Charakter der sowjetischen Rüstung. (. . .)

Nein zur Neuordnung der „Freien Weltwirtschaft“

Europa steht auch vor einer weltwirtschaftlichen Herausforderung. Mit dem Machtwechsel im Iran ist auch eine neue Runde in der Auseinandersetzung um die künftige Weltwirtschaftsordnung, im Ringen um die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung eingeleitet worden. Nicht nur damit, daß jetzt die Öllieferungen aus dem Iran für Israel und Südafrika entfallen; der neue Ölchock, der bevorsteht, trifft die Weltwirtschaft in einer labilen Lage. Nach dem Jahrgutachten des Sachverständigenrates wird 1979 in den westlichen Industrieländern das Bruttosozialprodukt um 3 bis 3,5 Prozent zunehmen, das Volumen des Welthandels um 5 bis 5,5 Prozent mäßig wachsen; sich die Inflation beschleunigen, im Durchschnitt 6,5 Prozent; die Arbeitslosigkeit wird weltweit hoch und unverändert bleiben. Aber selbst diese alles andere als erfreuliche und ermutigende Prognose ist ja heute, wenige Wochen nach dem sie gegeben worden ist, nur mehr Altpapier, nur mehr Makulatur. Es droht eine Erdölversorgungslücke. Und wenn sich die Dinge im Mittleren und Nahen Osten weiterverschieben, dann nimmt das wieder dramatische Ausmaße an. (. . .)

Rund ein Viertel des gesamten amerikanischen Außenhandelsbilanzdefizits geht auf die Ölimporte zurück. Die USA haben 1978 bereits 40 Milliarden Dollar, das sind über 70 Milliarden Mark, allein für Ölimporte ausgegeben. Wenn hier die Preise wieder dramatisch steigen — und sie werden steigen —, stehen wir vor einer neuen ungeheuren Belastung. Die zweite, noch größere Gefahr ist es aber, daß am Ende des nationalen Wettlaufs um die Schließung der Versorgungslücken die westlichen Industrieländer endgültig unfähig sein werden, zu einer gemeinsamen Energie- und Rohstoffpolitik zu finden, die unserer Überzeugung von der Überlegenheit einer liberalen, arbeitsteiligen Weltwirtschaft gegenüber planwirtschaftlichen, kollektivistischen Wirtschaftsordnungen entspricht. (. . .)

Erinnern wir uns: Die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und nach internationalen Rohstoffabkommen hat ihre volle Schubkraft damals im Zusammenhang mit der Ölkrise 1973/74 erreicht. Was hier auf uns zukommt, wenn die 18 wichtigsten industriellen Rohstoffe in Zukunft planwirtschaftlich erfaßt, gelagert, verwaltet, verteilt werden sollen, weil die Rohstoffländer glauben, daß sie damit eine Stabilität der Preise erzielen werden, kann man sich vorstellen. Dabei werden sie nur eins erzielen: eine endlos anwachsende Flut von Bürokraten. Wenn man — ich bin kein Gegner der Agrarmarktordnung — die Schwierigkeiten mit den Agrarmarktordnungen weltweit auf die 18 wichtigsten industriellen Rohstoffe anwendet, dann können wir zuhause freie Wirtschaft haben wie auch immer, in Wirklichkeit führt der Weg zu einer weltweiten Planwirtschaft über die Bewirtschaftung dieser 18 großen Rohstoffe. Hier erheben wir gegen die Regierungen der Industrieländer den Vorwurf, daß sie diesen Forderungen zustimmen, um wieder einmal ein Jahr Ruhe zu haben, um wieder von der einen Konferenz zur nächsten Konferenz sich frotzen zu können, in Wirklichkeit aber mangels Ehrlichkeit die Entwicklungsländer auf falsche Bahnen locken und damit das Problem noch weniger lösen und noch weniger lösbar machen als es jemals gelöst worden ist.

Das sind die Vorstellungen auch, die im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs des Willy Brandt und seiner Kommission gewälzt werden. Sie wissen, daß ich nicht nur in Weiß-Afrika, sondern auch in Schwarz-

Afrika viele freundschaftliche und gute Beziehungen habe. Das Problem ist nicht das, was mir neulich der Direktor der UNIDO, der United Nations Industrial Development Organisation, sagte, daß man mehr Gelder aufwenden müßte für industrielle Investitionen. Das ist nicht das Thema. Das Thema der Entwicklungshilfe ist, in den Entwicklungsländern eine wissenschaftlich-technisch-industrielle Führungsschicht heranzuziehen und darunter eine Schicht des mittleren Managements, der Handwerker, der Techniker, der Facharbeiter. In einem Land der Dritten Welt — ich möchte es jetzt nicht nennen — hat man dem der Wirtschaft unkundigen Präsidenten gesagt: „Das Land wird einen gewaltigen Fortschritt machen, wenn es eine Raffinerie bekommt.“ Jetzt hat man die Raffinerie gebaut, für eine Viertelmilliarde Mark, jetzt steht sie still, weil sie kein Öl hat. Andere haben ihm wieder erzählt: „Sie brauchen ein Stahlwerk.“ Das Stahlwerk ist für 400 Millionen Mark gebaut worden, es steht still, weil sie keine Eisenerze haben. Das Problem ist nicht, einfach industriell zu investieren in der Dritten Welt, das Problem ist, so zu investieren, daß diese Investitionen dann auch tatsächlich einen volkswirtschaftlichen Sinn für das Land und für die Weltwirtschaft haben. Da bin ich allerdings der Meinung, daß über 50 Prozent der Entwicklungshilfe hier mit Sicherheit in die falschen Kanäle geht.

Wir wenden uns gegen diese neue Wirtschaftsordnung, denn sie bringt nur bürokratische Bevormundung, kollektivistische Gleichmacherei, materielle Verarmung bei gleichzeitiger Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, Fütterung einer unüberschaubaren Herde von Funktionären; und schließlich führt sie zur ideologischen Gleichmacherei. Eine freie Weltwirtschaft liegt auch im Interesse der Dritten Welt. Auch hier ist Europa gefordert. Denn Europa ist zusammengekommen der größte Welthandelspartner. Allein die Bundesrepublik Deutschland hat einen Außenhandel, der genauso groß ist wie der der Vereinigten Staaten von Amerika. Zur Zeit stehen wir sogar unter den Außenhandelsnationen an erster Stelle in der Welt. Die kleine Bundesrepublik. Darum wird die innere Ordnung Europas für die Zukunft der Weltwirtschaft von einer ungeheuren und nicht zu übersehenden Bedeutung sein. (. . .)“

Zit. nach: Bayernkurier, München, 10. 3. 1979)

Aufstieg eines Gewaltpolitikers

Franz Xaver Triumphator ist der Prototyp eines maßbierischen Gewaltpolitikers, der sich anschickt, seine Landesgrenzen zu verlassen. Er ist gewohnt zu siegen und hält sich für den Größten. Der Roman beschreibt den Aufstieg des Herrn Franz im politischen Geschäft. Was treibt ihn an? Wie macht er sich einen Namen? Warum schwimmt er immer wieder oben, obwohl er mit jeder neuen Affäre, in der er verwickelt ist, politisch und moralisch totgesagt wird? August Kühns Roman enthält hochaktuelle Bezüge zum Zeitgeschehen und fordert den Leser zu Vergleichen mit lebenden Personen heraus.



Warum schwimmt er immer wieder oben, obwohl er mit jeder neuen Affäre, in der er verwickelt ist, politisch und moralisch totgesagt wird? August Kühns Roman enthält hochaktuelle Bezüge zum Zeitgeschehen und fordert den Leser zu Vergleichen mit lebenden Personen heraus.

August Kühn:

Die Affären des Herrn Franz
189 Seiten, 2. Aufl., 9,80 DM.

Erhältlich in allen
Buchhandlungen oder
direkt beim:



Weltkreis-Verlag
Postfach 789
4600 Dortmund 1

Rainer Falk

Weltpolitik und Entwicklungspolitik der CDU/CSU



Unter Bundeskanzler K. Adenauer (linkes Foto r.) und Verteidigungsminister F. J. Strauß (l.) wurde Mitte der 50er Jahre die neokoloniale BRD-Expansion eröffnet; Bundespräsident H. Lübke (CDU, rechtes Foto l.) machte Kaisern wie hier Ethiopiens Haile Selassie liebend gerne seine Aufwartung

Sollte der heutige entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jürgen Todenhöfer jemals Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit werden, so sagte die Wirtschaftsministerin von Botswana, Goatsitwe Chiepe, vor zwei Jahren bei einem BRD-Besuch, dann wäre dies ein trauriger Tag für die Bundesrepublik.

Mit der Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU scheint diese Perspektive in den Bereich des Möglichen gerückt. In einem Kabinett Strauß ist J. Todenhöfer für ein solches Ministeramt vorgesehen.

Bereits zu einem Zeitpunkt, als die internationale Position der BRD noch durch die Formel vom „Juniorpartner der USA“ umschrieben wurde, in der Mitte der 60er Jahre, formulierte F. J. Strauß den alten imperialen Anspruch auf eine weltpolitische „Führungsrolle“. Er tat dies mit den Worten, daß es „auf die Dauer kein Deutschland geben (kann), das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist“. ¹ Heute konstatiert er: „Wir sind nicht Befehlsempfänger, sondern die Partner der Amerikaner.“ ²

Die Strauß'sche Forderung aus seinem „Entwurf für Europa“, „Deutschland“ müsse wieder „eine Rolle in der Welt spielen“ ³, scheint heute bereits weitgehend Wirklichkeit geworden zu sein. Aufgrund der außenpolitischen und ökonomischen Positionserweiterung der BRD reklamiert seit Beginn der 70er Jahre auch die sozialliberale Regierung, H. Schmidt/H. D. Genscher immer unverhohlener jene „Führungsrolle“ für die Bun-

desrepublik. ⁴ Sie zeigten sich sogar willens, Expansionsinteressen selbst gegenüber der Führungsmacht USA durchzusetzen, etwa als es im Falle Brasiliens um die Sicherung von Exportaufträgen für die westdeutsche Kernreaktorindustrie ging. ⁵ Gleichwohl blieb die Variante Strauß als Verkörperung eines noch rücksichtsloseren Programms der BRD-Außenexpansion auch während dieser Periode eine prinzipiell mögliche Option in der Hinterhand der herrschenden Klasse. Während sich in ihren Augen die sozialliberale Koalition gerade durch ihre Fähigkeit zur Integration und flexiblen Anpassung an weltpolitische Realitäten legitimiert, also die Expansionsinteressen und Machtansprüche des westdeutschen Kapitals nach außen gleichsam unter den geringsten „Reibungsverlusten“ zur Geltung zu bringen sucht, bekennt sich das außenpolitische Programm Strauß offen zur Konfrontation und Polarisierung (siehe auch „Weltpolitische Diktion des F. J. Strauß“ in diesem Heft).

Die „großen Herausforderungen“

Beide Varianten treffen auf eine weltpolitische Situation, in der die Grenzen des Expansionskurses der Herrschenden der BRD zusehends sichtbar werden. Solche Grenzen zeigen sich heute etwa im wachsenden Widerstand gegen westdeutsche Hegemonieansprüche in Westeuropa, in der Nichtzugehörigkeit Bonnens zu den Atomwaffen-Großmächten, in der gewachsenen Stärke

des sozialistischen Lagers, in erfolgreichen revolutionären Entwicklungen in der Dritten Welt, in der Tiefe der Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, der Energie- bzw. Ölkrise oder in der Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. In einer solchen Situation droht sich das integrationistische und realitätsbezogene Instrumentarium der sozialliberalen Außen- und Entwicklungspolitik als stumpf und unwirksam zur Überbrückung der wachsenden Interessengegensätze zu erweisen. Reagiert das sozialliberale Lager darauf mit der Aufgabe wesentlicher Elemente seiner ursprünglichen Politik und dem Übergang zur verstärkten Konfrontation — wie das etwa für die Entwicklungspolitik seit dem Eppler-Rücktritt nachgewiesen werden kann —, dann trägt dies zur Vergrößerung der Chancen eines Programms, wie es von F. J. Strauß repräsentiert wird, bei.

Die angesprochenen Grenzen imperialistischer Politik, die das Ergebnis objektiver und gesetzmäßig verlaufender Entwicklungsprozesse sind, werden in F. J. Strauß' weltpolitischen Konzept — und hier liegt ein wesentlicher Unterschied zur sozialliberalen Variante — nicht realistisch in Rechnung gestellt; sie werden zu „großen Herausforderungen“ dramatisiert.

F. J. Strauß bietet, wie gezeigt werden soll, zur Lösung dieser Probleme ein weltpolitisches Konzept an, das — abenteuerlich und wesentliche Realitäten und Kräfteverhältnisse ausblendend — erneut die trügerische Hoffnung des deutschen Monopolkapitals auf weltweite Herrschaft wachruft.

Zunächst einmal ist da die „große sicherheitspolitische Herausforderung“⁶. Diese besteht nach F. J. Strauß vor allem darin, daß der Entspannungsprozeß insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika nicht zu einer Befestigung des gesellschaftlichen Status quo geführt hat — was als Ergebnis sowjetischer „Machtpolitik“ ausgegeben wird — und daß die Führungsrolle der USA nach Vietnam bedeutend geschwächt wurde. Hier propagiert F. J. Strauß ganz offen eine Ausdehnung des Kompetenzbereichs der NATO in die südliche Hemisphäre: „Die Vorgänge außerhalb des NATO-Rahmens in hohem Norden und vom Mittelmeer bis zum Kap sind für unsere Sicherheit mindestens so wichtig wie die Truppenstärken diesseits und jenseits der Demarkationslinien innerhalb Europas.“⁷

Fürsprecher eines offenen NATO-Interventionismus

Die geforderte „Neufassung der atlantischen Verteidigungsdoktrin“⁸ macht es aber erforderlich, „daß wir Europäer uns endlich von der Mentalität befreien müssen, daß die Amerikaner alles an unserer Stelle zu tun, für uns zu leisten hätten, und wir uns deshalb eigenes Machtdenken (!) und eigenständige (!) Verantwortung durch eine Assekuranzprämie in Gestalt eines Beitrags zur NATO ersparen könnten.“⁹ Die darin unbegriffene Neudefinition des „Partnerschaftsverhältnisses“ USA — Westeuropa (mit der BRD an der Spitze) schließt die „Bereitschaft der Europäer ein, mit den USA weltpolitische Verantwortung wenigstens regional zu teilen.“¹⁰ Hinzu tritt als weiterer Kernfaktor einer nunmehr „multipolaren“ Welt die VR China, die als Alliierte der NATO protegirt werden soll (siehe detailliert J. Reuschs Beitrag zu China). Von hier aus ist es nur noch ein kleiner Schritt zu dem von J. Todenhöfer offen propagierten Ölkrieg (siehe Kasten zu J. Todenhöfer).

Es bedarf angesichts dieser aggressiven Elemente der CDU/CSU-Weltmachtkonzeption wohl kaum der Erwähnung, daß im Falle ihrer Verwirklichung der Entspannung, die nach Ansicht der von F. J. Strauß repräsentierten Kräfte ohnehin „nichts gebracht“ hat,¹¹ ein jähes Ende bereitet würde. Ein so von neuem entfachter Kalter Krieg könnte sehr schnell zu einem heißen Krieg werden.

Der Ernst der Lage wird dadurch erhellt, daß das Programm Strauß zu einem Zeitpunkt zur Sache eines wesentlichen Teils der Herrschenden hierzulande geworden ist, zu dem der militärisch-industrielle Komplex und seine politischen Repräsentanten in den USA zum „endgültigen Angriff auf das

Vietnam-Syndrom“ blasen und der allgemeine Trend der US-Politik ohnehin in die Richtung einer Wiederbelebung imperialer Interventionspolitik geht.

Ein Programm der Konfrontation und des offenen Interventionismus — wie F. J. Strauß es vorschlägt — ist auch in der Bundesrepublik nicht durchzusetzen ohne eine chauvinistisch aufgeladene Massenstimmung, die Bereitschaft schafft, den brachialen Expansionskurs — in Verkennung ihrer eigenen Interessen — mitzutragen. Dazu aber bedarf es der Stilisierung irrationaler Feindbilder und Bedrohungsvorstellungen. Hier liegt der eigentliche Sinn der von F. J. Strauß mit meisterlicher Demagogie gezeichneten weltpolitischen Krisenszenarios.

Die „weltwirtschaftliche Herausforderung“ besteht für ihn einmal auf dem Gebiet der Rohstoff- und Energiepolitik, zum anderen im „künstlich verschärften Nord-Süd-Dialog.“ Daß es dabei um mehr geht als um die bloße, und als solche legitime Sorge, die Rohstoffversorgung der Bundesrepublik zu gewährleisten, wird durch den Hinweis deutlich, die Vorgänge auf diesem Gebiet bedrohten und lähmten auch „unsere wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit“.¹²

„Entscheidungsfreiheit“ zum Ölkrieg

Die „wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit“ des bundesdeutschen Kapitals ist in der Tat durch den Wegfall des billigen Öls aus dem Nahen und Mittleren Osten beeinträchtigt worden; sie aber ist der entscheidende Fixpunkt imperialen Denkens. Um hier „den Datenkranz für unternehmerisches Handeln zweckmäßiger als bisher“ zu gestalten, wie der BDI fordert, muß der Ölkrieg einkalkuliert werden. Denn, so F. J. Strauß: „Wer den Ölhahn in der Hand hat, der entscheidet darüber, ob die Europäer in Frieden und Wohlstand und gesicherter Zukunft leben können oder ob Europa auch zum Krisenherd wird.“

Hier steigert sich also die Sorge um unternehmerische Profite und politische Macht in eine geradezu apokalyptische Bedrohungsvision, in der „Europas letzte Chance“ sich letztlich an der Frage der Bereitschaft auch zum militärischen Abenteuer entscheidet.¹³

Und deshalb mit dem Bezug auf die Zaire-Intervention des Jahres 1978 „die entscheidende Frage“: „Ist die Bundesregierung bereit, in Zukunft, wenn solche Krisen kommen, gemeinsam mit unseren französischen Nachbarn — ich rede nicht von Abenteuer, ich rede nicht von Expeditionen und ähnlichen Dingen; ich weiß was das heißt — auch dann Verantwortung in Afrika zu übernehmen, wenn man sich die Kritik der UNO zuziehen kann und wenn man um der europäischen Sicherheit und der Freiheitsinteressen Afrikas willen auch einmal ein gewisses Risiko (!) auf sich nehmen muß? Das ist die entscheidende Frage.“¹⁴

Deutlicher kann die Abenteuerlichkeit, die Unberechenbarkeit, die unverhüllte Bereitschaft zum Spiel mit dem „Risiko“, zur Inkaufnahme auch eines Weltbrandes kaum noch ausgedrückt werden. Hier wird sichtbar, daß das Programm Strauß eine Herausforderung nicht nur für die Friedenskräfte schlechthin, sondern für alle Entwicklungsländer, für alle nationalen Befreiungsbewegungen bedeutet. Dieser Gefahr muß begegnet werden, wenn weltweit das gemeinsame Interesse an gleichberechtigter Kooperation und Fortschritt zur Geltung gebracht werden soll.

In den Kontext des weltweiten antirevolutionären Interventionismus und Krisenmanagements, wie es F. J. Strauß und den ihn tragenden Kräften vorschwebt, ordnet sich auch das Konzept der CDU/CSU zur Entwicklungspolitik ein, sofern diese dann überhaupt noch ihren Namen verdient. Denn hier handelt es sich um nichts anderes als eine offen reaktionäre Instrumentalisierung der staatlichen Entwicklungshilfe für die Durchsetzung jener „Ordnung“, die F. J. Strauß u. a. im Auge haben. Eine schlichte Neuauflage der Hallstein-Doktrin aus den 50er und 60er Jahren ist heute angesichts der Realitäten zwar kaum noch möglich. So wie aber zur Zeit der Hallstein-Doktrin die di-

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (KAS) wurde 1962 von führenden CDU-Kräften gegründet. Wie die Stiftungen der anderen Bundestagsparteien (Hanns-Seidl-Stiftung/CSU; Friedrich-Naumann-Stiftung/FDP; Friedrich-Ebert-Stiftung/SPD) fungiert die KAS außenpolitisch als verlängerter Arm der offiziellen BRD-Diplomatie auf Gebieten, in denen man das offizielle Engagement scheut.

Ziel der KAS ist es, die „Grundwerte“ der CDU im In- und Ausland zu verbreiten; für die Dritte Welt heißt das Propagierung der „sozialen Marktwirtschaft“, der Sozialpartnerschaft und des „Modells Deutschland“, also der Markenzeichen der neokolonialistischen BRD-Außenpolitik. Dies erfolgt insbesondere über die enge Zusammenarbeit mit christdemokratischen und konservativen Organisationen, wobei als Hauptanknüpfungspunkt die Förderung von Führungskräften aus Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteien, Unternehmer-, Jugend-, Studenten- u. a. Organisationen ist.

Vorstand: Vorsitzender: Bruno Heck (Mitglied des Bundestages); Stellvertreter: Manfred Wörner (Vorsitz auch im Verteidigungsausschuß des Bundestages); Mitglieder: Helmut Kohl (CDU-Bundesvorsitzender), Kai Uwe von Hassel (Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten) u. a. führende CDU-Vertreter aus Rüstung, Wirtschaft und Politik.

Büro für Internationale Zusammenarbeit, koordiniert und leitet beim KAS-Vorstand die Auslandsaktivität folgender KAS-Institutionen:

Institut für Internationale Solidarität (IIS) (gegr. 1962), Hauptträger der KAS-Auslandstätigkeit in Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa. Etat: 43,2 Mio DM (52 % des KAS-Gesamtetats). Hauptzielgruppen in der Dritten Welt sind Unternehmerorganisationen, Gewerkschaften und Massenmedien.

Institut für Begabtenförderung (IBK) (gegr. 1965), führt die Ausbildung von Führungskadern aus Entwicklungsländern für Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft mit 12 Mio DM (15 % des KAS-Gesamtetats) durch.

Politische Akademie Eichholz (PAE) (gegr. 1962), organisiert die politisch-ideologische Massenpropaganda der CDU im Ausland und in der BRD mit 4,5 Mio DM (5 % des Gesamtetats). Hauptzielgruppen sind Funktionäre von Jugend-, Studenten- und Frauenorganisationen, auch breite Wählerschichten.

Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut (gegr. 1967), ist vor allem in der BRD mit Wahlauswertung, Umfragen, Datenverarbeitung usw. beschäftigt, ebenso wie das

Institut für Kommunalwissenschaften (gegr. 1971) (BRD-Innenpolitik) und das **Bildungswerk** („Erwachsenenbildung“). Das **Archiv für christlich-demokratische Politik** sammelt und bereitet für die gesamte KAS-Tätigkeit relevantes Material aus dem In- und Ausland vor.

Finanzierung (Stand 1975):	Mio DM
Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit	39,4
Bundesministerium des Inneren	13,7
Auswärtiges Amt	4,4
Sonst. Haushalt	5,4
Länder, Kommunen, Spenden, Sonstiges	3,9

Insgesamt 1975 (1965: 4,5 Mio DM, 1978: 82,4 Mio DM): 66,8

Mit rund 350 Funktionären aus der BRD und etwa 1 500 Mitarbeitern ausländischer Organisationen an KAS-Projekten unterhält die KAS **Stützpunkte** vor allem in Lateinamerika (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ekuador, Kolumbien, Kostarika, Mexiko, Paraguay, Peru, Venezuela), aber auch in Afrika (Ägypten, Gabun, Ghana, Kamerun, Kenia, Nigeria, Ruanda, Tansania, Zaire) und Asien (Indonesien, Südkorea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Thailand).

Ausgewählte Aktivitäten: Im Gewerkschaftsbereich bis 1975 Finanzierung der dem Thieu-Regime in Südvietnam unterstellten vietnamesischen Konföderation der Arbeit (CVT), in Zaire gewerkschaftspolitische Schulung von Führungskräften und von — 1973 alleine 5 000 — Betriebsräten. In Chile und Ekuador gegenwärtig Ausbildung regime- und konzertreuer Gewerkschafter (vgl. Elkuador-Analyse in AIB, Nr. 11-12/1979). **Wahlhilfe** 1964, 1970, 1973 in Chile für die Christdemokratische Partei (PDC) und Mitfinanzierung von Kampagnen gegen die Unidad Popular vor dem Militärputsch. Wahlhilfe ebenfalls in Ekuador, Lesotho und Venezuela.

plomatische Anerkennung der DDR zum Abbruch der Entwicklungshilfegelder führte, so soll Entwicklungshilfe heute als politisches und ökonomisches Erpressungsinstrument gegen alle Regierungen der Dritten Welt fungieren, die sich auch nur zaghaft auf sozialistische Vorstellungen orientieren. Unter dieses Verdikt würden aktuell „in erster Linie“ alle die „Länder der Dritten Welt (fallen), in denen sog. Freischärler ausgebildet und mit Waffen versehen werden.“¹⁵ Konkret heiße das: Aufkündigung der westdeutschen Entwicklungshilfe für die Frontstaaten Sambia, Tansania und Botswana.

Nach der Entwicklungspolitischen Konzeption der CDU vom 14. 6. 1976 wird zum Maßstab für die Gewährung von Entwicklungshilfe „auch, ob sie der Förderung freiheitlicher und sozialgerechter Infrastrukturen dient, und die wesentlichen außenpolitischen und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland gewahrt werden.“ Dies heißt rigorose Konzentration der Mittel auf solche Entwicklungsländer, die am ehesten dem Leitbild des „christlich-demokratisch-sozialen“ Modells entsprechen: „Wo immer Regierungen der Entwicklungsländer bereit sind, die Privatinitiative der Menschen und sozialen Gruppen zu fördern und ihre Politik auf das Ziel einer sozialen marktwirtschaftlichen Ordnung auszurichten, sollte die Bundesrepublik Deutschland diese Politik besonders unterstützen.“¹⁶

Entwicklungshilfe als „Ordnungshilfe“

Daß es sich hierbei um eine Strategie der „Einwirkung“ handelt, wird im Konzept der CDU unumwunden zugestanden. „Die Legitimität einer solchen Einwirkung“, heißt es dort, beruhe u. a. „auf der Orientierung dieser Einwirkung an den international anerkannten politischen Grund- und Menschenrechten.“ Die Dreistigkeit, mit der hier etwa die Prinzipien der UN-Charta für die Rechtfertigung der Einwirkungsstrategie der CDU/CSU reklamiert werden, ist offenkundig; gemeint ist nämlich — wie gleich in der Präambel des CDU-Konzepts zugestanden wird — „die Ausrichtung der entwicklungspolitischen Maßnahmen an **unseren** Grundwerten“.¹⁷ Und die sind nun allemal nicht identisch mit den diversen Menschenrechts- und Völkerrechtskodices, wie sie unter dem Druck eines veränderten Kräfteverhältnisses auf der Ebene der Vereinten Nationen zustande kamen.¹⁸

Was der reale soziale und klassenmäßige Gehalt der von der CDU auch als Basis der Entwicklungspolitik propagierten „Grundwerte“ Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist, entlarvt sich sehr schnell, wenn etwa Jürgen Todenhöfer ausge-



Von der CDU offen als „Ordnungshilfe“ gutgeheißen: Intervention französischer Truppen in Zaire 1978

rechnet die neokolonialistischen Modellstaaten Taiwan, Singapur, Brasilien, Elfenbeinküste und Südkorea als in seinem Sinne erfolgreiche „Modelle“ anpreist.¹⁹

In allen diesen Fällen ist Freiheit gleichbedeutend mit der „Freiheit“ der einheimischen und internationalen Konzerne auf ungehinderte Ausbeutung der Werkstätigen. Die offizielle Doktrin der südkoreanischen Militärs, man müsse Generationen von Arbeitern „verheizen“, um den Anschluß an die kapitalistischen Industriestaaten zu finden, spricht hier eine sehr deutliche Sprache. In allen diesen Fällen meint „Solidarität“ nicht das Recht der Abhängigen zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß, sondern allenfalls paternalistische Hinwendung der Unternehmer zu ihren „Untergebenen“. „Soziale Gerechtigkeit“ besteht hier nicht einmal in einem von oben verordneten Mindestmaß an sozialer Sicherung, sondern ist aufgrund der sich aus den brutalen Wachstumskonzeptionen zwingend ergebenden krassen Polarisierung der Einkommens- und Besitzverhältnisse schlicht nicht vorhanden.

Zum Kernziel der „christlichen“ Variante neokolonialistischer Politik wird vor dem Hintergrund dieser Einwirkungsstrategie die „Aufzucht“ einer abhängigen, kollaborationsbereiten und an den reaktionären Leitbildern der „abendländischen Zivilisation“ ausgerichteten „Führungsschicht“ in der Dritten Welt: „Das Thema der Entwicklungshilfe,“ so F. J. Strauß, „ist, in den Entwicklungsländern eine wissenschaftlich-technische Führungsschicht heranzuziehen (!) und darunter (!) eine Schicht des mittleren Managements, der Handwerker, der Techniker, der Facharbeiter.“²⁰

Das hierin sich ausdrückende autoritär-hierarchische Gesellschaftsbild bestimmt auch das Weltbild von Strauß. Das Dilemma besteht für ihn heute noch in einer „Verantwortungsfucht der Kolonialmächte“. Not, Elend und Hunger in der Dritten Welt sind für ihn nicht Folgen der Kolonialherrschaft, sondern gerade umgekehrt „eine Folge der Tatsache dieses unvermittelten Übergangs von der Käseglocke des Kolonialzustandes in die Freiheit“, die „plötzliche Entlassung in die Freiheit, für die man keine Vorsorge getroffen hatte.“

Die Apologetik des Kolonialismus wird ungeschminkt, wenn F. J. Strauß „die große Zivilisationsleistung“ gerade in solchen Ländern preist, in denen sich koloniale und quasikoloniale Herrschaftsverhältnisse noch verhältnismäßig lange aufrecht erhalten konnten oder heute noch existent sind, wie in den portugiesischen Kolonien oder im Südlichen Afrika. Entwicklungspolitik fungiert hier gleichsam als Nachvollzug von Kolonisationsaufgaben im Zeitalter der nationalen Befreiung.

Die Kontinuitätslinie zur Kolonialherrschaft ist jedenfalls unbrochen. Auch heute noch gilt: „Wir müssen lernen, den Regierungen, die dort regieren, den Weg zu weisen.“ Und: „Es kann doch nicht jeder für sich allein die Politik seines Landes bestimmen.“²¹

Forderungen der Dritten Welt: „unmoralisch“

Keinen Zweifel, wer in der Welt wirklich etwas zu sagen und zu bestimmen hat, möchte F. J. Strauß auch lassen, wenn es um die Forderung der Dritten Welt nach einer neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) geht: „Solange aber die Diskussion über die sogenannte Neue Weltwirtschaftsordnung mit diesen ideologischen Irrwegen und mit dem Ballast psychologischer Kriegsführung befrachtet ist, bestehen wenig Aussichten für eine Übereinkunft der weltweiten Staatengemeinschaft, die der friedlichen Entwicklung dienen, der Verschärfung der Probleme der armen Länder entgegensteuern und eine Weiterentwicklung zu einem großen, weltweiten Konflikt verhindern können.“²²

Während etwa im Godesberger Programm der SPD eine Neuverteilung des Weltreichtums als unumgänglich hingenommen wird und auch die Verhandlungsstrategie der sozialliberalen Regierung zumindest von der Notwendigkeit zu Zugeständnissen auf bestimmten Gebieten ausgeht, setzt F. J. Strauß auch hier

Hanns-Seidel-Stiftung



HSS-Geschäftsführer S. Lengl

Die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) wurde 1967 von CSU-Vorstandsmitgliedern als eingetragener Verein (e.V.) gegründet. Diese Rechtsform wurde gewählt, um Finanzen und Tätigkeit nicht offenlegen zu müssen. Sie ist als gemeinnützig anerkannt. Die Gründung erfolgte in dem Jahr, in dem der Bundestag die staatliche Förderung der Parteienstiftungen beschloß und das Bundesverfassungsgericht die Parteienfinanzierung einschränkte. Durch die völlige Ausgliederung der Bildungsarbeit aus der CSU sollte eine finanzielle Entlastung der Partei erreicht werden.

Vorstand: Vorsitzender: Fritz Pirkl (bayrischer Arbeitsminister); weitere Mitglieder: Franz Josef Strauß, Gerold Tandler (bayrischer Innenminister), Siegfried Lengl (Geschäftsführer), Christoph Röder, Otto von Habsburg (Leiter der Abteilung für internationale Begegnung und Zusammenarbeit), Monsignore Josef Grillmeier.

Die Stiftung unterhält folgende Institutionen:

Bildungswerk, organisiert die Bildungsarbeit der CSU; 1975 zählte sie über 15 000 Seminarteilnehmer.

Akademie für Politik und Zeitgeschehen, leistet wissenschaftliche Zuarbeit für die CSU, in geringerem Maße Studienförderung, und gibt wissenschaftliche Publikationen heraus (z. B. Sonderhefte über China und Chile).

Institut für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit, expandiert seit 1975 sehr stark, nachdem es bis dahin ein Schattendasein geführt hatte. CSU-MdB Aigner: „Wir versuchen jetzt einigermaßen (mit der KAS) gleichzuziehen.“ 1975 waren 8 Mitarbeiter im Ausland beschäftigt; es gibt etwa 76 ehrenamtlich betriebene Außenstellen auf der Welt. Der Ausgabenanteil betrug 1975 7 %, stieg jedoch seither stark an.

Finanzen (1975)	Mio DM
Bundesministerium des Inneren	6,07
Rest Bund	0,11
Länder, Kommunen, Spenden	1,24
	<hr/>
	7,42

Inzwischen erhält die HSS auch Mittel vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (für das Togo-Projekt z. B. 3,2 Mio DM).

Die HSS unterhält zahlreiche **Kontakte im Ausland** zu Politikern, die der äußersten Rechten zuzurechnen sind. In den USA sind dies Senatoren wie Barry Goldwater und Strom Thurmond, in Italien neben Vertretern des rechten Flügels der Christdemokraten Politiker wie das Ex-Mitglied der faschistischen MSI, Mario Tedeschi, in Spanien Franco-Anhänger wie Fraga Iribarne oder Frederico Silva von der Alianza Popular, in Griechenland ehemalige Mitglieder der faschistischen Junta.

Stützpunkte der HSS im Ausland befinden sich in Ägypten (Nilstiftung), Togo, Zaire, Namibia, Zimbabwe, Südafrika, Chile, Argentinien, Philippinen, West-Samoa, Fidschi-Inseln, Türkei und Papua-Neuguinea.

Schwerpunkte ihrer **Aktivitäten:** In Togo wurde mit Bonner Hilfe die nach dem Staatspräsidenten benannte „Fondation Eyadéma“ gegründet, die eine Verwaltungsschule betreibt. Auf den **Philippinen** versucht die HSS, ein landwirtschaftliches Genossenschaftssystem nach dem Raiffeisen-Modell aufzubauen. In Zaire unterhält sie eine enge Zusammenarbeit mit Staatschef Mobutu, medizinische Hilfe, Ausbildung von Krankenschwestern in der BRD.

J. G. Todenhöfers Plädoyer für eine US-Eingreiftruppe

Am 5. 8. 1979 erklärte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer, gegenüber der Welt am Sonntag: „Die Schaffung eines solchen strategischen Instruments sagt noch nichts über seinen wirksamen und vernünftigen Einsatz; aber sicher ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Leider hat man die USA in diesem Punkt weitgehend alleingelassen.“

Auf die heftige Kritik dieser Aussage, die allgemein als Plädoyer für einen Ölkrieg bzw. einen Rückgriff auf die Kanonenbootdiplomatie gedeutet wurde, antwortete J. G. Todenhöfer im Strauß-Organ Bayernkurier vom 18. 8. 1979:

„Henry Kissinger stellte jünger vor dem US-Senat trocken fest: die sowjetische Offensive in Afrika, im Nahen Osten und Südostasien hat an Stoßkraft zugenommen. Dies ist die nüchterne Umschreibung einer dramatischen Entwicklung in der Dritten Welt. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten nutzen dort die politische und wirtschaftliche Instabilität immer rücksichtloser aus, um ihren Einfluß zu verstärken. (. . .)

Mit dieser Strategie will die Sowjetunion vor allem die westliche Öl- und Rohstoffversorgung aus der Dritten Welt unter Kontrolle bekommen. Sie will den Lebensnerv des Westens treffen. Wer dies, wie eine Reihe führender Sozialisten, ständig verharmlost, macht sich zum Komplizen der Sowjetunion.

Der Westen besitzt gegenüber dieser Strategie bisher kein Gegenkonzept. Die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft, die NATO, ist ausschließlich auf den nördlichen Teil der Welt begrenzt. Gegen die sowjetische Bedrohung aus dem Süden bietet sie keinen Schutz.

Eine Anzahl führender westlicher Politiker und Militärs hat daher vorgeschlagen, die NATO vor allem in maritimen Bereich nach Süden auszudehnen. Dieser Vorschlag hat sich bisher jedoch nicht durchgesetzt. Da auch die nationale amerikanische Militärstrategie und die Ausstattung der US-Streitkräfte der neuen sowjetischen Herausforderung nicht gerecht werden, entwarfen hervorragende Militärs und Politiker der USA den Plan einer amerikanischen Einsatztruppe für die Dritte Welt. Mit dieser Einsatztruppe könnten vor allem zwei Ziele erreicht werden:

1. Im Falle einer militärischen Auseinandersetzung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt in Europa könnte die Einsatztruppe einem gleichzeitigen Angriff der Sowjetunion auf den Rohstoffversorgungslinien zwischen dem Westen und der Dritten Welt wirksam entgegenzutreten.

2. Die Einsatztruppe würde als Gegengewicht gegenüber der wachsenden sowjetischen Präsenz einen wichtigen Beitrag zu Sicherung des Friedens in der Dritten Welt leisten. Der Sowjetunion würde deutlich gemacht, daß die USA entschlossen sind, weitere Angriffe auf



prowestliche Entwicklungsländer, auf unsere Handelspartner und Rohstofflieferanten nicht mehr hinzunehmen.

Die Sowjetunion, aber auch die internationale Linke, hat die Idee der Einrichtung einer Einsatztruppe sofort als ‚Kanonenboot-Politik‘ angegriffen und die Einsatztruppe als ‚Interventionsstreitmacht‘ diffamiert. Dies ist jedoch blanker Unsinn. Die Russen wissen das ganz genau. Der Westen, wir alle, wollen Frieden, nicht Krieg.

Die gesamte westliche Verteidigungspolitik beruht auf der Idee der Abschreckung. Diese Abschreckungsstrategie taugt jedoch nur dann etwas, wenn sie den Westen vor allen Angriffen schützt: vor Angriffen aus dem Norden und Osten ebenso wie vor Angriffen aus dem Süden. Es wäre lebensgefährlich, wenn der Westen seine weiche südliche Flanke weiter ungeschützt ließe. (. . .)

Natürlich wäre eine amerikanische Einsatztruppe kein Allheilmittel zum Schutz der unmittelbar bedrohten prowestlichen Entwicklungsländer und damit zu unserem eigenen Schutz. Genauso notwendig ist die politische Stabilisierung unserer Freunde in der Dritten Welt durch wirtschaftliche Hilfe und durch die Stärkung ihrer Fähigkeit zur Selbstverteidigung. Als Instrument zur Sicherung des Friedens sollte das Konzept einer amerikanischen Einsatztruppe in Zukunft auch in Deutschland nüchterner und positiver beurteilt werden als bisher. Es darf sozialistischen Politikern, die die Einsatztruppe der USA polemisch ablehnen, während sie gleichzeitig die massive Präsenz der Roten Flotte im Indischen Ozean verteidigen, nicht noch einmal wie bei der Neutronenwaffe gelingen, die Verteidigungspolitik der USA zu unterlaufen. Es geht auch um unsere eigene Sicherheit.“

auf die offene Konfrontation, (den „großen, weltweiten Konflikt“) die nur vermieden werden könne, wenn die Dritte Welt von ihren „irrationalen Forderungen“ Abstand nähme, also „vernünftig“ wird oder gar mit Hilfe selbst militärischer Interventionen (siehe Ölkrieg) „zur Vernunft gebracht“ werde.

Die Form der Auseinandersetzung, die F. J. Strauß, J. Todenhöfer u. a. schon heute gegenüber der Forderung nach einer NIWO an den Tag legen, ihre Verteufelung als totalitärer Dirigismus, „bürokratische Bevormundung“, „kollektivistische Gleichmacherei“, „Fütterung einer unübersichtlichen Herde von Funktionären“ (Strauß), erinnert nicht nur an die Verteufelung des in Bandung 1955 erhobenen Souveränitätsanspruchs der Dritten Welt als „unmoralisch“; sie gibt einen Vorgeschmack darauf, wie sich auch auf dem Gebiet des sog. Nord-Süd-Dialogs Konfrontationsmuster des Kalten Krieges durchsetzen würden, sollten F. J. Strauß und sein Adept J. Todenhöfer einmal freie Hand bekommen.

Die von J. Todenhöfer vorgeschlagene und auch im CDU-Programm enthaltene „Internationale Soziale Marktwirtschaft“, die angeblich „Wachstum für alle“ garantiert, und „das Werk Ludwig Erhards als große Alternative zu den planwirtschaftlichen Modellen der Entwicklungsländer und den bisherigen kleinkrämerischen Vorstellungen der Industrieländer

in die internationale Diskussion (einbringt)“²³, ist für die Entwicklungsländer jedenfalls schlicht unannehmbar. Denn bei ihrer Forderung nach einer NIWO geht es nicht um die Einführung eines „sozialen Korrektivs“ in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, sondern um nicht mehr und nicht weniger als die wirtschaftliche Befreiung von neokolonialen Abhängigkeitsverhältnissen. Daß F. J. Strauß, J. Todenhöfer u. a. dies gleich mit der Forderung nach sozialistischen Weltwirtschaftsverhältnissen ineinssetzen und verwechseln, beleuchtet nur einmal mehr, daß ihnen der Blick für die Realitäten völlig abgeht.

J. Todenhöfers „Soziale Weltmarktwirtschaft“

„Im Zentrum einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft,“ so J. Todenhöfer, „muß die Funktionsfähigkeit des Marktes und der internationalen Arbeitsteilung stehen.“²⁴ Der Markt und die internationale Arbeitsteilung funktionierten bislang allemal im Interesse der kapitalistischen Metropolen, speziell der internationalen Konzerne. Die Forderung nach umfassender Liberalisierung des Welthandels (bei Todenhöfer gleichermaßen wie bei O. Lamsdorff, H. Schmidt u. a. eine Grundforderung) nützt in der Regel den Stärksten und wirtschaftlich Potentesten.

Man fragt sich also, was hier neu sein soll.

F. J. Strauß wird deutlicher. Nach seiner Sicht „muß man die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie im Auge haben“.²⁵ Die „Wettbewerbsfähigkeit“ aber erfordert ungehinderten Kapitalexport, Stützpunkte für die westdeutschen Konzerne im Ausland, kurz: eine neue Stufe der Außenexpansion und Internationalisierung des westdeutschen Kapitals. Deshalb sollen — wie J. Todenhöfer fordert — in einer „sozialen Weltmarktwirtschaft“ alle Auslandsinvestitionen „vom Ballast der Ausbeuterideologie befreit“ werden²⁶; deshalb sei die bloße Erörterung der Forderung nach Kontrolle der Multis schlichtweg „überflüssig“; deswegen müsse selbst der UNO, in der sich die Forderungen der Entwicklungsländer gerade wegen ihrer demokratischen Verfaßtheit artikulieren können, „nicht nur die demokratische Legitimation, sondern auch das moralische Verantwortungsbewußtsein“ abgesprochen werden.²⁷

Bei der von J. Todenhöfer propagierten „neuen internationalen Arbeitsteilung“ geht es einzig und allein um die Ausnutzung von echten Standortvorteilen.²⁸ Über solche Standortvorteile, sprich Kostenvorteile (= vergrößerte Profite), zu entscheiden, „bleibt einzig und allein Sache der verantwortlichen Unternehmensleitung“.²⁹ Ist diese weltweite Unternehmerfreiheit, die Freiheit der Multis, sich da niederzulassen, wo es ihnen gefällt,



Eine gute Ausbeute. Plakat des IZ 3. Welt

gewährleistet, dann hat die westdeutsche Industrie freie Hand zur Realisierung eines groß angelegten Umstrukturierungs- und Modernisierungskonzepts, dann erfüllt sich J. Todenhöfers Vorstellung von einer Welt, in der die BRD-Konzerne hierzulande die „technologische Flucht nach vorn“ antreten, ihren Konkurrenzvorteil über die Konzentration auf die neuen Wachstumszweige weiter ausbauen, und zugleich — über die Verlagerung der hierzulande unrentabel gewordenen Branchen in die Billiglohnparadiese der Dritten Welt — selbst die fußkranken Elemente der Konzerne zu neuen sprudelnden Quellen des Profits werden können.

Solche Vorstellungen sind nicht Vorstellung der CDU/CSU allein, sondern sie gehören zu jedem neokolonialistischen Grundkonsens, der heute quer durch die Führungen der etablierten Parteien geht. Zur Durchsetzung dieses Konzepts empfiehlt sich jedoch heute mit einer deutlich schärferen Gangart in der Auseinandersetzung um die NIWO, mit einer noch unmittelbaren Prioritätensetzung auf die Expansionserfordernisse des Kapitals, das Programm Strauß. Seine vielleicht größte Gefahr besteht darin, daß es die durch die veränderten Bedingungen in der Welt entstandenen Grenzen für die ungebrochene Fortsetzung des imperialistischen Expansionskurses nicht sieht oder ganz einfach nicht wahrhaben will. Der Satz J. Todenhöfers: „In Wirklichkeit ist jedoch nur die Kraft zur Führung gefordert“³⁰, ist insofern der mehr als fragwürdige Versuch, mit dem Ruf nach dem Führer über die Realität leichtfertig hinwegzuspähen.

Anmerkungen:

- 1) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 150
- 2) Strauß-Interview, in: Die Welt, 12. 4. 1977
- 3) Strauß, Entwurf für Europa, a.a.O., S. 17
- 4) Siehe dazu die AIB-Serie zum BRD-Neokolonialismus in: AIB, Nr. 7—8/1978 ff.
- 5) Vgl. AIB, Sonderdruck Nr.2/1977, S. 25—29
- 6) F. J. Strauß, Das Fundament der achtziger Jahre, in: Bayernkurier, 24. 11. 1979.
- 7) Strauß-Interview, a.a.O.
- 8) Ebenda
- 9) F. J. Strauß, Das Fundament . . . , a.a.O.
- 10) Strauß-Interview, a.a.O.
- 11) Denn, so F. J. Strauß: „Was bedeutet Entspannung, wenn an der Flanke Europas und dem südlichen Ergänzungskontinent (!) zu Europa durch sowjetische Waffenlieferungen ein gigantischer blutiger Bürgerkrieg demnächst ausbrechen wird!“ Bayernkurier, 12. 11. 1977
- 12) F. J. Strauß, Das Fundament . . . , a.a.O.
- 13) F. J. Strauß, Europas Freiheit — Europas Zukunft, in: Bayernkurier, 10. 3. 1979
- 14) Bayernkurier, 12. 11. 1977
- 15) Th. Waigel, Elemente für einen entwicklungspolitischen Grundkonsens. Aus der Sicht der Christlich-Sozialen Union, in: Entwicklung — Gerechtigkeit — Frieden, Dokumentation des Entwicklungspolitischen Kongresses 1979 „Kirchen im Gespräch mit Parteien und gesellschaftlichen Gruppen“, hrsg. von K. v. Bismarck und H. Maier, München 1979, S. 123—130, hier: S. 125
- 16) Entwicklungspolitische Konzeption der CDU, in: Entwicklungspolitik. Materialien, Nr. 61, Bonn, Dezember 1978, S. 22—39, hier: S. 27 und 25
- 17) Ebenda, S. 27 und 24; Hervorhebung: d. Verf.
- 18) Vgl. zu dieser Problematik der internationalen Menschenrechte: AIB, Sonderdruck, Nr. 2/1977, S. 3—8
- 19) Vgl. J. Todenhöfer, Wachstum für alle. Plädoyer für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft, Stuttgart 1976, S. 220 ff.
- 20) F. J. Strauß, Europas Freiheit . . . , a.a.O.
- 21) Bayernkurier, 12. 11. 1977
- 22) F. J. Strauß in: Entwicklungspolitik. Materialien, a.a.O., S. 56
- 23) J. Todenhöfer, Wachstum für alle . . . , S. 148
- 24) Ebenda, S. 161
- 25) Bayernkurier, 12. 11. 1977
- 26) J. Todenhöfer, Wachstum für alle . . . , a.a.O., S. 174
- 27) Ebenda, S. 127 und 157
- 28) Ebenda, S. 179
- 29) Ebenda, S. 181
- 30) Ebenda, S. 218

Jürgen Reusch **F. J. Strauß und die „chinesische Karte“**

Die China-Konzeption der von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte gehört in die gegenwärtig gefährlichsten Versuche, das internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Imperialismus zurückzuentwickeln. Es ist somit integraler Bestandteil des Programms der aggressivsten Kräfte des BRD-Monopolkapitals. Im Fernen Osten finden diese Kräfte für ihren geplanten reaktionären Ausweg aus der Krise einen zunehmend willigen Bündnispartner.

Derartiges chinesisches Entgegenkommen gab es schon einmal in den Jahren 1944 bis 1949. Damals dominierte in der KP Chinas die Gruppe um Mao Tse-tung; sie suchte, von Mao und Zhou Enlai persönlich angeführt, Kontakte zu den USA und diente sich ihnen als Verbündeter für den Fall einer Regierungsübernahme an, wollte die „Marktwirtschaft“ nach „amerikanischem Modell“ einführen und auf Distanz zur UdSSR gehen, um bessere Beweglichkeit für einen nationalistischen Kurs zu erhalten. Die Offerte wurde ausgeschlagen, Truman, Dulles und Co gingen auf Konfrontationskurs zum gesamten sozialistischen Lager. Das war es, was die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) meinte, als sie anlässlich Deng Xiaopings USA-Besuch schrieb (30. 1. 1978), die westlichen Regierungen dürften die ausgestreckte Hand nicht noch einmal zurückweisen. So denkt auch F. J. Strauß und handelt entsprechend.

F. J. Strauß 1960: „Gelbe Gefahr“

Lange Jahre war das anders. Noch 1960 betonte er die gemeinsame Gefährlichkeit von China und der Sowjetunion, sprach er von der „Gelben Gefahr“, dem chinesischen „Totalitarismus“ und machte er sich stark für die Förderung Taiwans. Erst Mitte der 60er Jahre änderte sich das Bild allmählich. Die Gründe lagen auf der Hand: Die Pekinger Führung war auf antisowjetischen, großmachtchauvinistischen Kurs übergegangen, versuchte die kommunistische Weltbewegung zu spalten und die UdSSR zu isolieren.

Etwa zur gleichen Zeit zeigte die imperialistische Politik der Stärke erste Ermüdungs- und Verschleißerscheinungen, deutete sich ein Scheitern des Kalten Krieges an. Das imperialistische System verlor die historische Initiative und begann widerstrebend, sich der neuen Situation anzupassen. Diese Faktoren honorierend sagte F. J. Strauß im Juni 1964 nach einem USA-Besuch: „Ich bin auch sehr stark nach der Haltung der Bundesrepublik zu China gefragt worden. Ich habe erwidert, daß ich nicht befugt bin, eine offizielle Meinung zu äußern, aber meine persönliche Meinung und die meiner politischen Freunde geht dahin, daß für uns in der Bundesrepublik Deutschland und für uns in Europa der Gegenspieler Moskau und nicht Peking ist. Wir müssen die weltweiten Interessen und Engagements der Amerikaner selbstverständlich berücksichtigen, aber es sind die Sowjets, die dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten, es sind die Sowjets, die die unnatürlichen Zustände in Osteuropa und in Südosteuropa aufrechterhalten. Ich habe im Zusammenhang damit ausgeführt, daß für uns natürlich der sowjetisch-chinesische Gegensatz, den wir vielleicht anfangs unterschätzt hatten, doch von erheblicher Bedeutung zu sein scheint...“¹.

Die Idee der „chinesischen Karte“ war geboren. Seit 1966 vertrat F. J. Strauß sie immer deutlicher, forderte immer heftiger,

die Feindschaft der Pekinger Führung gegen die UdSSR auszunutzen und anzuheizen². Im übrigen war er aber nicht der Erfinder des Konzepts. So weit sich der Sachverhalt eindeutig bestimmen läßt, äußerte Henry Kissinger schon 1957 den Gedanken, eine Spaltung des Sozialismus im imperialistischen Interesse auszunutzen. Seit Anfang der 60er Jahre diskutierten maßgebliche US-Strategen über diese Variante³.

Aber erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts nahm die Sache Gestalt an. Beide Seiten gingen aufeinander zu. Seit 1969 forderte US-Präsident Richard Nixon Chinas „Isolierung“ aufzugeben. 1972 besuchte er selbst Peking, kam es zur gemeinsamen antisowjetischen „Anti-Hegemonie-Klausel“.

Auch in der Bundesrepublik gab es jahrelang wohl Sondierungen und Kontakte, aber noch keine neue Strategie unter Ein-schluß Chinas. F. J. Strauß machte den Vorreiter. 1968 schließlich forderte sein Hausblatt Bayernkurier Parteinahme für Peking im Falle von dessen territorialem Konflikt mit der UdSSR, seit 1971 erhob die CDU/CSU immer stärker den Ruf nach engeren Beziehungen zu China. Dem lief die Beendigung der „Kulturrevolution“, der Sturz Lin Biaos und ein scharfer Rechtsruck, der maoistischen Außenpolitik parallel.⁶

1972 forderte F. J. Strauß unter der Überschrift: „Bonn hat China vergessen“, man hätte zuerst mit China statt mit der Sowjetunion verhandeln sollen⁵ und offenbarte damit den ent-spannungsfeindlichen Inhalt seiner Strategie. Seither ist er dem aggressiven Konzept der „chinesischen Karte“ treu geblieben. In einer „Botschaft zum Jahreswechsel“ 1978/79 warf er der Bundesregierung vor, daß es bisher „nicht möglich war, den Auf- und Umbruch Chinas in die Bedingungen und Möglichkeiten der deutschen Außenpolitik einzuordnen“⁶. Den Besuch Hua Guofengs in München im Oktober 1979 nutzte er zu einer Demonstration, wie diese „Einordnung“ auszusehen habe, wie eng das Bündnis mit der Pekinger Führung schon gediehen sei und weiter gedeihen solle (siehe Redeauszug).

Die von F. J. Strauß repräsentierten Kräfte unternehmen seit Jahren große Anstrengungen, ihre Verbindungen mit China zu verbessern. 1972, noch vor der Aufnahme der beiderseitigen diplomatischen Beziehungen, durfte der ehemalige CDU-Verteidigungsminister H. G. Schröder als erster BRD-Politiker China besuchen. Ihm folgten H. Kohl und CSU-Jaeger (1974), F. J. Strauß dann selbst im Jahre 1975 gleich zweimal. Der Reigen ging weiter mit Filbinger, Carstens, Zimmermann, CDU-Marx und vielen anderen Scharfmachern.

Was ist nun der Inhalt der China-Konzeption des F. J. Strauß? Ihre Grundlage ist der Antisowjetismus. „Moskau“, daran läßt



Begegnung des F. J. Strauß mit Mao Tse-tung in Peking 1975



Chinesische Militärs als Interessenten von Bundeswehr-Panzern

F. J. Strauß keinen Zweifel, ist der Hauptfeind, es geht darum, „das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen“⁷, im Kampf gegen den realen Sozialismus den Einfluß des Imperialismus auszudehnen. Dabei bietet sich die Pekinger Führung in ihrem Kampf gegen den Hauptfeind Sowjetunion für eine Partnerschaft an. Sie behauptet, für Europa bestehe eine besonders akute Bedrohung durch die Sowjetunion, weil sie darauf spekuliert, von einer Verschärfung der Spannungen und einer Bindung des sowjetischen Potentials auf diesem Kontinent zu profitieren. Daher auch ihre ständigen Mahnungen zum Zusammenschluß Westeuropas.

F. J. Strauß' Vorstellungen sind ähnlich: Militärischer und politischer Zusammenschluß Westeuropas, Schaffung einer imperialistischen europäischen Atomkraft unter Hegemonie einer (möglichst CSU-regierten) BRD mit dem Ziel, Spannungen und Konflikte anzuheizen, die bestehenden Grenzen zu überwinden, besonders die DDR einzuverleiben, in die sozialistischen Länder einzudringen, die weltpolitische Initiative zurückzugewinnen und die Basis im eigenen Land durch eine Neuaufgabe des Kalten Krieges und einen autoritären Kurs zu festigen. Originalton F. J. Strauß: „Selbstverständlich wird auch ein militärisch eigenständiges Europa neben starken konventionellen Streitkräften über taktische sowie strategische Atomwaffen verfügen müssen. Nur eine westeuropäische Aktionsgemeinschaft schafft die Ausgangsbasis für eine Politik, mit der die Demarkationslinie der Kriegskonferenz von Jalta beseitigt werden kann. „Die Einigung Europas ist auch ohne Zweifel in der Lage, eine Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Westens . . . herbeizuführen“. Und: „Wir müssen daher Grundlagen für eine echte Auflockerungs-Politik gegenüber dem Osten schaffen“⁸.

Ein solches vereinigt Europa, zu dem er auch alle Völker

Mittel- und Osteuropas rechnen möchte, ist für F. J. Strauß nur sinnvoll und effektiv, wenn es gleichberechtigt, als „eigenständige Macht“ im Rahmen des NATO-Bündnisses mit den USA zusammenarbeitet⁹. Beide sind aufeinander angewiesen. Es wäre ein Europa der Supermonopole, des Rüstungskapitals, das eine relative Selbständigkeit in seinen globalen Operationen besäße, aber mit dem Potential der verbündeten USA an der Seite.

Welche Rolle soll China in diesem Spiel der imperialistischen Machtzentren übernehmen? Besonders deutlich sagte F. J. Strauß das in seiner Tischrede anlässlich des Hua Guofeng-Besuchs im Oktober 1979: „Ich betone seit Jahren, daß die bipolare Welt des Vertrages von Jalta mit zwei politischen und militärischen Schwerpunkten, nämlich Washington und Moskau, der Vergangenheit angehört. Sie gehört der Vergangenheit spätestens seit dem Zeitpunkt an, seit die Volksrepublik China als dritte Großmacht im Weltmaßstab in Erscheinung getreten ist. Ich habe diese Entwicklung begrüßt, weil sie geeignet ist, das Gleichgewicht dieser Welt aus seiner gefährlichen Labilität in eine Phase kontinuierlicher Stabilität zu überführen.“¹⁰

Die „Multipolarität“ gehört zu den Grundpfeilern von F. J. Strauß' „Spiel mit der chinesischen Karte“. Die reaktionären Kräfte können sich nicht damit abfinden, daß der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus den Hauptinhalt unserer Epoche ausmacht, daß in diesem Kampf der Imperialismus, insbesondere die USA, ihre weltweite Führungsrolle eingebüßt haben. Daher ihr Versuch, diese antisowjetische Führungsrolle auf neue Weise zurückzugewinnen, Bündnispartner und Stellvertreter dort zu gewinnen und einzusetzen, wo die Macht der USA alleine nicht mehr ausreichte. F. J. Strauß nannte als agierende Machtzentren gegen die UdSSR schon 1968 die USA, China und Westeuropa.¹¹

Dieses Konzept hat deutliche Ähnlichkeiten mit der von R. Nixon/H. Kissinger entworfenen Strategie des pentagonalen Gleichgewichts der Mächte (USA, Westeuropa, Japan, China, UdSSR), in dem den USA eine Hegemonierolle zugeordnet war. Sie stellte den Versuch dar, nach dem Scheitern des Konfrontationskurses des Kalten Krieges die Eindämmung und das Roll Back des realen Sozialismus besser zu bewerkstelligen (Nixon-Doktrin). Henry Kissinger sprach das offen aus: „Ende der sechziger Jahre jedoch ist die Situation komplizierter. Die Vereinigten Staaten sind nicht mehr dazu in der Lage, Programme auf weltweiter Ebene selbst zu verfolgen. Sie müssen dazu ermutigen . . . Ende der sechziger Jahre und in den siebziger Jahren muß unsere Rolle darin bestehen, zu einer Struktur beizutragen, die die Initiative anderer fördert. . . . Unser Beitrag sollte nicht die einzige oder hauptsächliche Anstrengung darstellen, aber den Ausschlag geben zwischen Erfolg oder Fehlschlag“¹².

F. J. Strauß' „multipolare“ Weltansicht

Dieses Konzept wurde — mit gewissen taktischen Abwandlungen — von der Regierung J. Carter/Z. Brzezinski übernommen und weiterentwickelt, mit deutlicher Betonung des Bündnisses USA-Westeuropa-Japan und unter Hervorhebung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; besonders in den beiden erstgenannten Regionen ist China die Entlastungsrolle eines Quasi-NATO-Landes zugeordnet¹³. Ganz ähnlich steht, wie man sieht, bei F. J. Strauß die Idee der „chinesischen Karte“. Es war die historische Niederlage des US-Imperialismus in Indochina, die Strategen wie F. J. Strauß (oder auch H. Kissinger) zwang, nach neuen Verbündeten intensiver Ausschau zu halten. Es war andererseits — gerade nach Maos Tod im Jahre 1976 — der auf die Spitze getriebene Großmachtchauvinismus der Pekinger Führung, der die von F. J. Strauß repräsentierten Kräfte besonders ermutigte und in ihren Überlegungen bestärkte. Die Tatsache, daß die Pekinger Führer mit ihrem Überfall auf Vietnam im Februar/März 1979 am Großbrand eines Weltkrieges gezündelt hatten¹⁴, schreckte F. J. Strauß keineswegs ab — Be-

F. J. Strauß' Grußworte an Hua Guofeng

Franz Josef Strauß gehört seit Jahren zu den entschiedensten Verfechtern der These, die NATO-Mächte müßten die „chinesische Karte“ ausreizen. Im Jahr 1975 bereiste er zweimal die VR China und wurde von Mao Tsetung noch persönlich empfangen. Sein Nachfolger Hua Guofeng, Ministerpräsident des Staatsrates der VR China und Vorsitzender der KP Chinas, beehrte folgerichtig den nunmehrigen bayrischen Ministerpräsidenten und CDU/CSU-Kanzlerkandidaten F. J. Strauß bei seinem Staatsbesuch Ende Oktober 1979 in der Bundesrepublik.

Beim Empfang Hua Guofengs in München betonte F. J. Strauß in seiner Tischrede, es sei für ihn bei seinem Gedankenaustausch im Januar 1975 mit Mao, Tschou Enlai und Deng Xiaoping bemerkenswert gewesen, „daß wir in der Beurteilung der Weltlage und in der Bewertung der weltpolitischen Entwicklung weitgehend übereinstimmen. Weitblick und Weisheit chinesischer Politik sind für mich damals zu einem persönlich erlebten Begriff geworden.“ Daher auch habe er sich für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit eingesetzt. Und so beschrieb er das weite Feld der chinesisch-bundesrepublikanischen Gemeinsamkeiten:

„(. . .) Ich mache keinen Hehl aus der Tatsache, daß meine politischen Freunde und ich die Weltlage und ihre Entwicklung schon seit Jahren mit zunehmender Aufmerksamkeit, Unruhe und Sorge verfolgen. Ich scheue mich auch nicht zu sagen, daß ich das vorletzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts für ein besonders kritisches Jahrzehnt halte. Nach dem zweiten Jahrzehnt und nach dem fünften Jahrzehnt mit dem Vorläufer 1939 scheinen mir die 80er Jahre wieder besondere Herausforderungen und Gefahren zu bergen. Es kann keine Rede davon sein, daß in den letzten zehn Jahren der Friede sicherer geworden ist. Natürlich sind wir Freunde und Anhänger der Entspannung, aber man darf nicht durch die Formulierung geblendet werden. Man muß auf die Tatsachen sehen. (. . .)

„Herzliche“ Beziehungen Bonn — Peking

Die Bundesrepublik Deutschland will in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern leben. Wenn sie im Rahmen dieser Politik auch besonders gute, nützliche und vielleicht herzliche Beziehungen mit der Volksrepublik China pflegen will, dann ist diese Haltung gegen niemand anderen gerichtet. Ich betone seit Jahren, daß die bipolare Welt des Vertrages von Jalta mit zwei politischen und militärischen Schwerpunkten, nämlich Washington und Moskau, der Vergangenheit angehört. Sie gehört der Vergangenheit spätestens seit dem Zeitpunkt an, seit die Volksrepublik China als dritte Großmacht im Weltmaßstab in Erscheinung getreten ist. Ich habe diese Entwicklung begrüßt, weil sie geeignet ist, das Gleichgewicht dieser Welt aus seiner gefährdeten Labilität in eine Phase kontinuierlicher Stabilität zu überführen. Alle Völker wollen den Frieden. Wir wissen aber aus der Geschichte, daß der Friede nicht durch Nachgiebigkeit gegenüber brutalem Machtwillen gesichert werden kann. Friede beruht auf Gerechtigkeit, Ausgleich der Interessen, Achtung der Rechte der Menschen und der Nationen.

Aus diesem Grunde wünschen wir wirklich Entspannung. Entspannungspolitik darf aber keine Nebelwand sein, hinter der eine Seite versucht, das militärische Kräfteverhältnis entscheidend und unwiderruflich zu ihren Gunsten zu ändern. Deshalb darf ich an dieser Stelle, Exzellenz, ganz klar und eindeutig etwas herausstellen: Nicht die Übereinstimmung unseres Urteils über die sicherheitspolitischen Realitäten, die Risiken und die Chancen, gefährdet den Frieden in der Welt. Diese Bedrohung geht von den Tatsachen aus, aber nicht von dem, der die Tatsachen offen nennt.

Ich verhehle dabei nicht, daß die Lage im Mittleren Osten uns besondere Sorgen macht. Der Umsturz im Iran, die Ungelöstheit der arabisch-israelischen Frage, die Abhängigkeit Europas von der Belieferung mit Erdöl aus dem Mittleren Osten, die zunehmende Bereitschaft der arabischen Länder, diese Abhängigkeit in der Bestimmung der Mengen und des Preises auch für politische Zwecke einzusetzen, nicht zuletzt das Eindringen der Sowjetunion in diesem Raum, die strategische Expansion der Sowjetunion über Afghanistan, die arabischen Halbinsel hinein in das rohstoffreiche Afrika sind ebenso wie gewisse Vorgänge im Fernen Osten und in Lateinamerika Anlaß zur Wachsamkeit. (. . .)



China-Besucher F. J. Strauß 1975 im Kreis der Theatertruppe der 196. Infanteriedivision der chinesischen Armee bei Tientsin

. . . sehen wir auch mit besonderer Aufmerksamkeit, wie in der Volksrepublik China eine neue Entwicklung eingesetzt hat, die nicht zuletzt darin besteht, marktwirtschaftlich und leistungsbezogene Elemente in die chinesische Wirtschaftspolitik einzuführen. Ich bin nicht berufen, Ihnen Ratschläge zu geben, aber ich darf als Freund meine Meinung sagen. Nach meiner Überzeugung würde eine Fortsetzung und ein behutsamer, aber stetiger Ausbau Ihrer Politik in dieser Richtung dazu beitragen, daß die Volksrepublik China ihre wirtschaftlichen Ziele in möglichst kurzer Zeit verwirklichen kann. Was an uns liegt, werden wir Ihnen helfen, dieses Ziel zu erreichen. (. . .)

Vertrauen in die Wiedervereinigung Deutschlands

Es gehört auch in diesen Zusammenhang, dafür zu sorgen, daß zwischen den Ländern der Dritten und Vierten Welt einerseits und den Industrieländern Europas, Amerikas, Japans andererseits ein Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit entsteht. Gerade hier ist die Volksrepublik China, die sowohl auf dem Wege zu einem modernen Industriestaat ist, wie andererseits ein Land in stürmischer Entwicklung ist, dazu aufgerufen und dazu berufen, die richtigen Maßstäbe zu setzen. Denn nicht durch Haß und Neid, nicht durch Konflikt und Krieg, sondern nur durch Zusammenarbeit nach den Maßstäben der Möglichkeit und der Vernunft werden diese Probleme bewältigt werden können. Der Reichtum kommt nicht von der Umverteilung, der Reichtum kommt von der Leistung. Auf diesem Gebiet könnten die Volksrepublik China und die Bundesrepublik Deutschland beispielhaft zusammenarbeiten.

Darum ist es unsere Aufgabe, ein Klima des Vertrauens zwischen unseren Völkern zu schaffen. Gerade deshalb danke ich Ihnen an dieser Stelle ganz ausdrücklich für die wiederholten Erklärungen Ihrer Regierung, sie habe Verständnis für den Wunsch des deutschen Volkes nach der Wiederherstellung seiner nationalen Einheit. Ich möchte darauf erwidern, daß es sicher auch der Wunsch eines in Freiheit wiedervereinten deutschen Volkes wäre, in Freundschaft und Frieden mit dem chinesischen Volk zu leben und zusammenzuarbeiten. (. . .)

(Zit. nach: Bayernkurier, München, 3. 11. 1979)

weise für die bedenkenlose Aggressivität des Konzepts der „chinesischen Karte“. Es ist eine Zeitbombe gegen die friedliche Koexistenz, die zum gegebenen Zeitpunkt hochgehen kann. Auch die Pekinger „Modernisierung“ fasziniert die Kräfte um F. J. Strauß außerordentlich, denn sie bedeutet keine Entmaoisierung, sondern einen lediglich besser gemanagten Antisowjetismus und Großmachtchauvinismus. F. J. Strauß (und nicht nur er) ließ Hua Guofeng sein Interesse an einer langfristigen Stabilisierung des Bündnispartners China wissen, begrüßte die Einführung „marktwirtschaftlicher und leistungsbezogener Elemente“, empfahl ein behutsames Vorgehen und versprach jede nur erdenkliche Hilfe, insbesondere bei umfangreichen Kreditgeschäften.¹⁵

Rüstungshilfe inbegriffen

Zum Strauß-Poker mit der „chinesischen Karte“ gehört deswegen auch die militärische Zusammenarbeit. Schon der Meister selbst unterbreitete den chinesischen Führern bei seinen Peking-Besuchen Vorschläge zur Aufrüstung¹⁶ und fädelt die Zusammenarbeit mit dem bayrischen Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm ein¹⁷. Sie führte dazu, daß die chinesische Regierung Hubschrauber direkt aus München bezog, die mit wenigen Handgriffen zu Militärzwecken umgerüstet werden können.

Diese Kooperation wurde im Februar 1979, auf dem Höhepunkt der Pekinger Vietnam-Aggression, durch drei neue Abkommen gekrönt, als Vertreter des Konzerns und der bayrischen Regierung China besuchten. Bürgerliche Beobachter sprachen offen aus, man könne hier nicht mehr unterscheiden, ob es sich um zivile oder militärische Projekte handele.

Reisen ehemaliger Bundeswehroffiziere (Tretner, Kielmannsegg, Steinhoff, Poser) und des CDU-Militärexperten Wörner nach China sorgten für den Ausbau der Beziehungen, so daß man Anlaß hat zu der Befürchtung, die von F. J. Strauß repräsentierten Kräfte seien gewillt, der chinesischen Führung die nötigen Waffen zu ihrer militärischen Modernisierung zu verschaffen.

Die Einordnung des Maoismus in die aggressive Strategie der rechten Kräfte hat viele Grundlagen. Antisowjetismus, Kampf gegen Entspannung und Abrüstung, politischer und militärischer Zusammenschluß Westeuropas einschließlich des Griiffs nach Atomwaffen, Hilfe für reaktionäre und faschistische Regimes in aller Welt (z. B. Chile) — Sabotage von anticolonialen Befreiungskriegen (z. B. Angola), das sind die Gemeinsamkeiten.

Beim Hua-Besuch Ende Oktober 1979 in München nannte F. J. Strauß noch mehr: die Lage im Mittleren Osten, der Umsturz im Iran, der arabisch-israelische Konflikt, die Abhängigkeit Europas vom Erdöl, die Erdöl-Politik der arabischen Länder, das „Eindringen der Sowjetunion“ in diesen Raum, die revolutionären Umwälzungen in Afghanistan, auf dem „rohstoffreichen“ afrikanischen Kontinent und „gewisse Vorgänge“ im Fernen Osten und Lateinamerika (gemeint waren wohl Kampuchea, Vietnam, Nikaragua) seien „Anlaß zur Wachsamkeit“ — und, um es bar aller diplomatischen Schnörkel zu sagen: Anlaß zum gemeinsamen Vorgehen der imperialistischen Staaten und Chinas, um eine weitere Verschlechterung der strategischen Lage zu ihren Ungunsten zu verhindern und das Steuer rechts herumzureißen.

Hilfstrupps des Imperialismus überall dort, wo es Schwäche zeigt — das war auch die Devise Deng Xiaopings in den USA gewesen; J. Carter/Z. Brzezinski und F. J. Strauß sind mehr denn je auf solche Freunde angewiesen.

Die ideologische Seite des Programms der rechten Kräfte (und nicht nur des ihrigen) ist gekennzeichnet durch Antikommunismus und eine verlogene Menschenrechtskampagne gegen die sozialistischen Länder. „Menschliche Erleichterungen“, das vergißt kein CSU/CDU-Politiker einem Repräsentanten des

realen Sozialismus abzufordern.

China jedoch bleibt von antikommunistischen Tiraden und Menschenrechtsforderungen verschont — obwohl sich dort, gerade in der jüngsten Zeit — genug Anlaß fände. Dies sei, so erläuterte scheinheilig Strauß-Intimus Werner Marx, selbsternannter CDU-Chinaexperte, verständlich. Auf China könne man die Maßstäbe westlicher Demokratie nicht anwenden; ausschlaggebend sei der große Nutzen, den der Pekinger Kurs für eine Politik à la CDU/CSU liefere¹⁸. Soviel zum Wahrheitsgehalt diverser „Menschenrechts“-Kampagnen aus „berufenem Munde“.

Das gleiche Bild zeigt die China-Schwärmerei zahlreicher reaktionärer Sinologen und Politologen und solcher, die sich dafür halten.¹⁹ Überall wird die Kalkulierbarkeit des Maoismus für imperialistische Zwecke wohlwollend honoriert, werden die brutalen Menschenrechtsverletzungen der Pekinger Führung oder ihr Aggressionskrieg gegen Vietnam wortreich entschuldigt.

Man muß sich auch fragen: Was bezwecken Bundesregierung und SPD-Führung — die erklärtermaßen das größtenwahnsinnige „Spiel mit der chinesischen Karte“ nicht wollen — eigentlich mit intensiveren Kontakten zu China, mit ihrer Einladung an Hua Guofeng beispielsweise? Es ist mit Beschwichtigungen nicht getan. Derlei China-Politik nützt nicht der arbeitenden Bevölkerung, sondern den Rechtskräften, die ihren Vormarsch planen.

J. F. Strauß ist mit seinen China-Vorstellungen längst kein einsamer Rufer in der Wüste mehr. Immer zahlreicher werden die Kräfte, die das Abenteuer mit der „chinesischen Karte“ wagen wollen. Hua Guofengs kürzliche Westeuropa-Reise bedeutete — zum passenden Zeitpunkt — eine Ermunterung für ihre Pläne, atomare Mittelstreckenraketen zu produzieren und an der Grenze des realen Sozialismus zu stationieren, um das Wettrüsten weiter anzufeuern, die Entspannung zu Fall zu bringen, den atomaren „Zwischenkrieg“²⁰ wieder möglich zu machen, die militärische Offensive (z. B. gegenüber dem Iran) zurückzugewinnen und den Sozialismus zu erpressen.

Die chinesische Karte ist kein Spiel, sondern blutiger Ernst. Noch ist es nicht so weit. Die Aktionseinheit aller Demokraten kann J. F. Strauß, kann die rechten Kräfte stoppen und die „chinesische Karte“ zerreißen.

Anmerkungen:

- 1) Strauß-Interview mit RIAS, 22. 6. 1964, zit. nach: D. Halfmann (Hrsg.), Das Konzept der deutschen Rechten, Köln 1971, S. 159
- 2) J. Reusch, Zum Strauß-Besuch in China, in: Marxistische Blätter, Nr. 2/1975, S. 11
- 3) J. Reusch, Die Außenpolitik der Volksrepublik China, 1949 bis 1974, Frankfurt/M. 1974, S. 126 ff., 232 ff.
- 4) Vgl. U. Fabritzek, Gelber Drache — Schwarzer Adler. Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen, München/Gütersloh/Wien 1973, S. 220 und 225
- 5) Ebenda, S. 226
- 6) Bayernkurier, 23. 12. 1978
- 7) Siehe zum folgenden ausführlicher: J. Reusch, Zum Strauß-Besuch in China, a. a. O., S. 11 ff.
- 8) Alle Zitate nach D. Halfmann, Das Konzept . . . , a. a. O., S. 74 f.
- 9) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 26
- 10) Bayernkurier, 3. 11. 1979
- 11) F. J. Strauß, Herausforderung und Antwort, Stuttgart 1968, S. 96
- 12) H. A. Kissinger: Amerikanische Außenpolitik, Düsseldorf/Wien 1969, S. 134
- 13) Siehe auch: B. Greiner, Die chinesische Karte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/1979, S. 132 ff. und AIB, Nr. 4/1979
- 14) Siehe ebenda, S. 4 ff.
- 15) Bayernkurier, 3. 11. 1979
- 16) J. Reusch, Zum Strauß-Besuch in China, a. a. O., S. 13
- 17) Vgl. ausführlich: Unsere Zeit, 27. 2. 1979, 13. 11. 1978
- 18) Interview mit W. Marx, in: Mainzer Allgemeine Zeitung, 20. 10. 1979
- 19) Siehe dazu: J. Reusch, Ist China noch, sozialistisch?, Frankfurt/M. 1980
- 20) FAZ, 19. 10. 1979

Jutta von Freyberg

„Orkan der Barmherzigkeit“ gegen Vietnam

„Die Bundesregierung hat mit großen finanziellen Mitteln den Wiederaufbau Vietnams unterstützt und damit zur Konsolidierung jenes Regimes beigetragen, das nunmehr seine Bürger buchstäblich ins offene Meer treibt. Wo bleibt heute die weltweite Empörung, wo bleibt der lautstarke Protest, wo bleiben die Massendemonstrationen — und wo bleibt das geschlossene Vorgehen der freien Welt mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln? . . . Die Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Vietnam-Flüchtlinge stehen im Zusammenhang mit der hohen Zahl der Asylbewerber, die wir unterzubringen haben . . . Über 90 Prozent der ständig steigenden Flut ausländischer Asylbewerber beansprucht zu Unrecht das verfassungsrechtlich garantierte Asylrecht . . .“¹

Diese Zitate aus der Regierungserklärung des bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß im Juli 1979 enthalten alle wesentlichen Elemente der von der CDU/CSU gegenwärtig in der Öffentlichkeit propagierten Vietnam-Politik: Diffamierung der Sozialistischen Republik Vietnam und der Solidaritätsbewegung; Forderung nach international abgestimmten Interventionen in Vietnam; Kritik an der Bundesregierung wegen ihrer angeblich positiven bzw. zu laschen Haltung gegenüber Vietnam; Ausnutzung des Problems der Vietnam-Flüchtlinge zur Verschärfung des Asylrechts.

Ausgehend von der zunächst (im November/Dezember 1978) überwiegend unter „humanitären Vorzeichen“ geführten Kampagne zur Aufnahme von in Seenot geratenen Vietnam-Flüchtlingen, bei der die niedersächsischen CDU-Spitzenpolitiker Albrecht und Hasselmann einen „Orkan der Barmherzigkeit“² entfesselten, führte die CDU/CSU-Propaganda — parallel zu der international konzentrierten Hetz-



Vietnamesische Flüchtlingskinder in „barmherzigen“ Händen bei Niedersachsens CDU-Chef Wilfried Hasselmann

kampagne — schrittweise Elemente der Völkerverhetzung und Kriegspropaganda in ihre öffentlichen Verlautbarungen ein. Wenn auch die CDU/CSU die chinesische Aggression gegen Vietnam vom 17. Februar 1979 nicht direkt und offen begrüßte, die Sympathien für Pekings Expansionismus wurden in der Folgezeit offenkundig, nicht zuletzt auch durch den China-Besuch von Gerhard Schröder (früher CDU-Außenminister) Ende März 1979, in einer Zeit explosiver Spannungen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze.

Ihren Höhepunkt fand diese Kampagne in den Wochen vor der UN-Flüchtlingskonferenz in Genf (Juli 1979), als die bayrische Regierung die Bundesregierung aufforderte, „ihre Mittel und ihren politischen Einfluß aufzuwenden, damit sich die Verhältnisse in Vietnam ändern und die bisherigen Flüchtlinge wieder in ihrem Heimatland aufgenommen werden können.“

Sympathien für Pekings Vietnamexpansion

Durchgängig wird nun in CDU/CSU-Stellungnahmen zum Thema Vietnam-Flüchtlinge das chauvinistische Vokabular Pekings übernommen. So zeichnete zum Beispiel Walter Althammer, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der zur Delegation von 7 Bundestagsabgeordneten gehörte, die im Juli 1979 14 Flüchtlingslager in Südostasien besuchte, ein Bild von Vietnam, wie es aus faschistischen Diktaturen bekannt ist. Er sprach von der „gewaltsamen Vertreibung“ der chinesischen Minderheit, deren Familien „auseinandergerissen“ wurden, „in Lager verbracht, Drohungen und Schikane der Behörden und der Geheimpolizei ausgesetzt“ wurden; von der „Austreibung einer ganzen Volksgruppe aus rein rassistischen Gründen“, vom „gefährlichen militärischen Größenwahn“ der „Machthaber in Hanoi“, die glaubten, „sie hätten zuerst Frankreich, dann die Vereinigten Staaten und zuletzt die Volksrepublik China besiegt“. Er verlangte schließlich wirksame internationale Sanktionen gegen Vietnam⁴, zu deren Ausführung Pekings Truppen bereitstanden und -stehen.⁵

Die Haltung der CDU/CSU unterschied sich nur durch eine graduelle Verschärfung von der antivietnamesischen Propaganda wie sie in der SPD/FDP-Regierung vertreten wurde. Die öffentliche Hetzkampagne gegen Vietnam steigerte sich in den Monaten nach der niedergeschlagenen Pekinger Aggression derartig, daß nicht wenige demokratische Kräfte der Bundesrepublik sich an die Nazi-Propaganda über die angebliche Verfolgung deutscher Volksgruppen in der CSSR und Polen erinnert fühlten, die die militärische Okkupation dieser Länder vorbereitete und schließlich den 2. Weltkrieg ausgelöst hatte.⁶

Trotz prinzipieller Übereinstimmung mit der SPD/FDP-Linie verband die CDU/CSU ihre öffentlichen Verlautbarungen zu Vietnam mit einer heftigen Polemik gegen die Bundesregierung, die auch vor offenkundigen Unwahrheiten (wie die anfangs zitierte Behauptung von F. J. Strauß, Bonn habe den Aufbau Vietnams unterstützt) nicht haltmachte. So behauptete z. B. auch Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht (CDU), die Bundesregierung setze nicht „die finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten“ ein, „die unser Land hat, um auf das kommunistische Regime in Vietnam gezielt einzuwirken.“⁷

Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag stellten am 3. Juli 1979 einen Antrag, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, die 1973 Süd- und Nordvietnam in Aussicht gestellten Mittel für den Wiederaufbau den Vietnam-Flüchtlingen und jenen Ländern, die sie aufnehmen, zur Verfügung zu stellen. Ferner solle die Bundesregierung die EG und multilaterale Entwicklungshilfeorganisationen zur Aussetzung aller Hilfe für Vietnam bewegen und auf die Sowjetunion einwirken, „ihren Einfluß auf Vietnam im Interesse einer Beendigung der vietnamesischen Vertreibungspolitik geltend zu machen.“ In der Begründung für diesen Antrag wurde letzterer Aspekt besonders herausgestellt: „Ohne die politische Absicherung durch die Sowjetunion wäre die gegenwärtige Politik Vietnams nicht durchführbar.“⁸

Nach der Genfer UN-Flüchtlingskonferenz beschuldigte CDU-Abgeordneter Werner die Bundesregierung, sie habe sich „unverständlicherweise passiv“ verhalten und habe auch nicht erkennen lassen, daß sie in Zukunft jegliche Hilfe für Vietnam verweigern werde. Er forderte Bonn auf, sich für eine offizielle Verurteilung Vietnams in der UNO einzusetzen.⁹

Mit extrem antikommunistischen Provokationen tat sich der Entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Jürgen Todenhöfer hervor. Unter der Überschrift „Der Kanzler versagt“, setzte er im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage Kommunismus und Nationalsozialismus gleich, beschuldigte die „radikale marxistische Linke“ (sprich: Jungsozialisten) zu schweigen, „wenn Sozialisten im Namen des Sozialismus morden“, warf der Bundesregierung Komplizenschaft vor. Es sei „feige Appeasement- und Anpassungspolitik“, wenn sie nicht gegen Völkermord protestiere. Todenhöfer verlangte verstärkten Druck Bonns auf Moskau und Hanoi.¹⁰

Die Antwort von Staatssekretär Bölling (SPD) bestätigt jedoch nur, wie wenig sich die Positionen von Regierung und Opposition in dieser Frage unterscheiden. Der Bundeskanzler sei bereits bei der sowjetischen Regierung vorstellig geworden, habe bei der UN-Flüchtlingskonferenz darauf gedrungen, daß Vietnam damit aufhören müsse, seine Einwohner zur Flucht zu treiben. Die Bundesregierung habe „keine einzige Mark nach Vietnam“ überwiesen und sich zu weiterer Hilfe für die Flüchtlinge bereit erklärt.¹¹

Vor dem Hintergrund der in wachsender Zahl in die Bundesrepublik einströmenden Vietnam-Flüchtlinge drängte die CDU/CSU auf eine Verschärfung der Asylbestimmungen, mit dem Ziel, Flüchtlingen aus reaktionären und faschistischen Systemen die Aufnahme weiter zu erschweren, wobei auch rassistische Motivationen nicht ausgeschlossen werden können.

„Beiträge“ zum US-Vietnamkrieg

Carl-Dieter Spranger, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuß, warf der Bundesregierung eine „gescheiterte Asylpolitik“ vor und klagte: „Die Plätze, die für die Vietnam-Flüchtlinge benötigt werden, sind weitgehend durch die Scheinasylanten blockiert. Diese sind aus aller Herren Länder — angelockt durch unser großzügiges Sozialhilfesystem — illegal über die Grenze gekommen und haben unter Mißbrauch des Asylrechts und unter Ausschöpfung aller Rechtsmittel in der Regel einen mehrjährigen Aufenthalt in unserem Land erschlichen.“¹² Ähnlich die Landesregierung Baden-Württembergs, die beklagte, Plätze für eine steigende Flut von „dubiosen“ Asylanten bereitstellen zu müssen und deshalb nun keine Plätze mehr für Vietnam-Flüchtlinge zu haben.¹³

Daß die beabsichtigte Asylrechtsverschärfung nicht allein die „Wohlstandsimmigranten“ (Strauß), sondern vor allem die von reaktionären Regimes verfolgten politischen Flüchtlinge treffen sollen, darauf wies u. a. auch Amnesty International hin. Den CDU-regierten Ländern warf sie „Messen mit zweierlei Maß“ vor: Während Inder und Pakistani zu 80% abgewiesen, Kurden nur in Ausnahmefällen Asylrecht erhielten, bei Chilenen langwierige Prüfungen vorgenommen werden, seien



Vietnamesische Opfer des US-Bombenkrieges in Haiphong 1972/73, wober die CDU/CSU kein Wort der Kritik verlor

die „Vietnam-Quoten“ freiwillig verdoppelt worden.¹⁴ Darüber hinaus wurde in zahlreichen Presseberichten über die in der Bundesrepublik eingetroffenen Vietnam-Flüchtlinge — u. a. auch in der Panorama-Sendung vom 11. September 1979 deutlich, daß es sich bei den Vietnam-Flüchtlingen vor allem um Wirtschaftsemigranten handelt, Menschen, die nicht bereit sind, die vom Krieg verursachten harten Lebensbedingungen in Vietnam auf sich zu nehmen.

In der Diffamierung der Vietnam-Solidaritätsbewegung der 60er und 70er Jahre waren sich CDU/CSU — hier dokumentiert in den Zitaten von Franz Josef Strauß und Jürgen Todenhöfer — ebenfalls mit den Regierungsparteien einig: An die „Vietnam-Generation“ richteten sie den Vorwurf, zwar einst die Verbrechen der USA in Vietnam angeprangert zu haben, jetzt aber über die Verbrechen der sozialistischen Regierung zu schweigen.

Generell läßt sich die gegenwärtige Vietnam-Politik der Unionsparteien als Fortsetzung ihrer vor allem während des US-Krieges manifest gewordenen Regierungspolitik gegenüber Vietnam erkennen. Diese wurde von der US-Zeitschrift *US News & World Report* Mitte der 60er Jahre folgendermaßen charakterisiert: „Die Bonner Regierung (unter Ludwig Erhard, d. Verf.) unterstützt die Position der USA in Vietnam. Sie behauptet, es gäbe kein Ersuchen, das nicht ernsthaft bedacht und geprüft worden ist.“¹⁵

Dies bezog sich nicht allein auf das Treffen zwischen US-Verteidigungsminister McNamara und Bundesverteidigungsminister von Hassel (CDU) im Mai 1964, bei dem von Hassel den USA eine „feste Zusage für eine Unterstützung des Kampfes in Südvietnam“ gab.¹⁶ Dabei einigten sich die beiden Politiker weiterhin auf Devisenausgleichszahlungen an die USA¹⁷ und die Erhöhung der Bonner Rüstungskredite für die Saigoner Marionetten-Regierung.¹⁸ Bereits nach einem Jahr war „die Bundesregierung zum zweitgrößten Geberland für Südvietnam nach den USA“ aufgerückt.¹⁹

Bedingungslose Befürwortung der Völkermord-Politik der USA in Vietnam stellte die CDU/CSU denn auch in jeder Phase des US-Aggressionskrieges öffentlich unter Beweis:

Als 1964 die USA den Bombenkrieg gegen das sozialistische Nordvietnam (Demokratische Republik Vietnam) ausdehnten, telegrafierte Bundeskanzler Erhard (CDU) an US-Präsident Johnson sein „Verständnis für das amerikanische Vorgehen in Vietnam“.²⁰ Wenig später erklärte er sich verpflichtet, „der amerikanischen Regierung in ihrer Südostasien-Politik moralischen Beistand zu leisten, damit Asien nicht dem Kommunismus überantwortet werde.“²¹ Im Dezember 1965 versicherte

der CDU-Kanzler bei einem Treffen mit US-Präsident Johnson: „Ich schäme mich des geringen westdeutschen Beitrages zum Vietnam-Krieg im Vergleich zu den Anstrengungen, die Sie selbst leisten.“²²

Der „größere Beitrag“ — die Entsendung von Truppen aus der BRD nach Vietnam — war zwar mehrfach erwogen worden, aber als innen- und außenpolitisch nicht durchsetzbar erkannt worden. Schon 1964 hatte es F. J. Strauß für „militärisch nützlich“ gehalten, „Offiziere aus der Bundesrepublik zur Ausbildung zum Partisanenkrieg nach Südvietsnam zu schicken.“²³. Und 1966 sprach sich CDU-Verteidigungsminister Schröder in interfraktionellen Gesprächen für den Einsatz von BRD-Truppen in Vietnam aus.²⁴

Auch die ersten Luftangriffe auf die Hauptstadt der Demokratischen Republik Vietnam (DRV), Hanoi, wurden von der Unions-Regierung begrüßt.²⁵ Und Bundespräsident Heinrich Lübke (CDU) wünschte den USA aus Anlaß des Unabhängigkeitstages: „Möge auch der gegenwärtige Kampf, den Ihr Land . . . in Südostasien führt, von Erfolg gekrönt sein.“²⁶

Bei der politisch-propagandistischen Unterstützung des US-Aggressionskrieges ließ es die CDU/CSU nicht bewenden. In der Zeit der Unionsregierungen der 60er Jahre gewährte sie dem Saigoner Regime beispielsweise eine Militärhilfe in Höhe von 15 Mio DM, lieferte sie große Posten von Stacheldraht zur Umzäunung der „strategischen Wehrdörfer“ und bildete sie Saigoner Gruppen an Flammenwerfern aus der BRD aus. Über die Asiatische Entwicklungsbank gewährte sie dem US-Marionetten-Regime beträchtliche Beträge als Kredite und Darlehen.²⁷ Und über die Konrad-Adenauer-Stiftung finanzierte sie — wie 1973 aufgedeckt wurde — mit Millionen Mark deutscher Steuergelder die reaktionäre Gewerkschaft CVT in Saigon, die über

bewaffnete Kampfseinheiten verfügte und deren Führer „einer der Großen des Regimes Thieu“ war.²⁸

Von größerem Gewicht als die militärische und finanzielle Hilfe für den US-Krieg ist zweifellos die politische Unterstützung gewesen, die eine völlige Isolierung der USA im westlichen Bündnis verhinderte und von den Diktaturen in Saigon als Unterstützung im „Kampf gegen den Kommunismus“ propagandistisch genutzt wurde.

Angriffe auf die Vietnam-Solidaritätsbewegung

Auch Angriffe auf die politische und die humanitäre Vietnam-Solidaritätsbewegung gehörten damals zu einem der Schwerpunkte christlich-sozialer Vietnam-Politik. 1970 versuchte F. J. Strauß mit einer demagogischen Anfrage im Bundestag zum Aktions-Bündnis Initiative Internationale Vietnam-Solidarität Sozialdemokraten und Liberale aus dem Bündnis herauszubrechen.²⁹ Und CDU-Sprecher Weiskopf griff 1972 die Theologieprofessorin Uta Ranke-Heinemann öffentlich wegen ihrer Unterstützung für den Spendenappell der Hilfsaktion Vietnam e. V. an.³⁰

Die Vietnam-Politik der CDU/CSU beinhaltet die aktive Unterstützung der US-imperialistischen Strategien des „Roll Back“ und der Niederwerfung antiimperialistischer Befreiungsbewegungen sowie die mehr oder minder offene Unterstützung der chinesischen Großmachtspolitik und der Pekinger Aggression gegen Vietnam. Nach innen bedeutet diese Politik: Zuspitzung der antikommunistischen Demagogie, nicht nur gegenüber der Vietnam-Solidaritätsbewegung, sondern auch der gesamten demokratischen Bewegung.

Anmerkungen:

- 1) F. J. Strauß, Die Probleme erkennen und lösen. Schwerpunkte aus der Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten, in: Bayernkurier, 28. 7. 1979
- 2) Vgl. Rheinische Post, 4. 12. 1978
- 3) dpa, 3. 7. 1979
- 4) Dr. W. Althammer, Den Opfern helfen, die Täter anklagen!, in: Bayernkurier, 28. 7. 1979
- 5) dpa, 8. Juli 1979
- 6) Vgl. Erklärung der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV, Düsseldorf, 5. 7. 1979 und AIB, Nr. 4/1979
- 7) Interview mit Ernst Albrecht in: Quick, 5. 7. 1979
- 8) Bundestagsdrucksache 8/3042, 3. 7. 1979
- 9) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 7. 1979
- 10) Dr. J. G. Todenhöfer, Der Kanzler versagt, in: Bayernkurier, 4. 8. 1979
- 11) Antwort von Staatssekretär Bölling auf die Angriffe des Abgeordneten Dr. Todenhöfer gegen den Bundeskanzler, in: Bayernkurier, 4. 8. 1979, Material für die Presse, o. O., o. J.
- 12) Vgl. CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Pressedienst, 9. 8. 1979
- 13) Vgl. dpa, 28. 11. 1978
- 14) Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger, 8. 8. 1979
- 15) US News & World Report, Washington, 6. 9. 1965; vgl. Dissertation von F. Werkmeister, Die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg in der Bundesrepublik Deutschland 1965—73, Marburg 1975, S. 1
- 16) Vgl. Ebenda, S. 2
- 17) Ebenda. Allein zwischen 1961 und 1973 zahlten die Bundesregierungen 33,83 Mrd DM an Devisenausgleichszahlungen an die USA. Diese Zahlungen dienten dazu, die Devisenausgaben der USA für ihre in der BRD stationierten Truppen auszugleichen. Vor allem auch vor dem Hintergrund der defizitären Zahlungsbilanz der USA entlasteten diese Zahlungen den US-Kriegshaushalt.
- 18) F. Werkmeister, Die Protestbewegung . . . , a. a. O., S. 2
- 19) Ebenda
- 20) Ebenda
- 21) Ebenda
- 22) Ebenda, S. 2 f.
- 23) Ebenda, S. 274
- 24) Ebenda
- 25) Ebenda, S. 3
- 26) Ebenda

27) Ebenda, S. 189


28) Vgl. Der Spiegel, Nr. 35/27. 8. 1973

29) F. Werkmeister, Die Protestbewegung . . . , a. a. O., S. 184 f.

30) Ebenda, S. 219


Argument-Vertrieb - Tegeler Str. 6 - 1000 Berlin 65

DAS ARGUMENT




THEORIEN
ÜBER IDEOLOGIE
AS 40

Marx, Engels, Lenin, Lukács, Gramsci, Althusser.
Bürgerliche Ideologietheorie, Luhmann, Berger/Luckmann.
Eigene Position des PIT.
Projekt Ideologie-Theorie (PIT).
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



HELMUT
RIDDER
ZUR IDEOLOGIE
DER
»STREITBAREN
DEMOKRATIE«

118 Umwelt-Politik (II)
Gewerkschaften, Staat, Kosten, Ressourcen. Kommentierte Bibliographie. — Alternative Lebensformen.
K. Krusewitz, M. Massarrat, S. Hall u.a.
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).



ERICH
WULFF
PSYCHIATRIE
UND
HERRSCHAFT

Helmutter: Zur Ideologie der »streitbaren Demokratie«. 4,50 DM.
Erich Wulff: Psychiatrie und Herrschaft. SH 34. 4,00 DM.
H.H. Abholz u.a.: Arbeitsmedizin SH 35. 6,00 DM.

Jürgen Ostrowsky

Kontinuität imperialer Afrikapolitik



Deutsche Kolonialtruppen in Südwestafrika (Namibia), wo sie mit dem Hererokrieg 1904-07 eines der übelsten Kapitel imperialistischer Kolonialgeschichte schrieben; Afrikareisender mit Kolonialmentalität, F. J. Strauß

Das Wesen der Afrikapolitik des deutschen Imperialismus war seit jeher dasselbe: „Für Deutschland als Industriemacht . . . war Katanga (die heutige Provinz Shaba in Zaire; d. Verf.) als Rohstofflieferant mit das eigentliche Ziel des neuen mittelafrikanischen Kolonialreiches . . . Somit beanspruchte Deutschland im Westen Afrikas 1918 . . . die Herrschaft von Kap Verde bis zur Mündung des Oranje“.¹ 1941 hieß es: „Wir stehen unmittelbar vor einer Neuordnung in Afrika . . . Wir brauchen Afrika in erster Linie als Rohstoffquelle und Absatzgebiet, und wir werden damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen, die für ein großes Volk eine selbstverständliche Forderung ist“.²

Das deutsche Monopolkapital hat diese Zielsetzung auch nach 1945 nicht aufgegeben. „Nicht das Endziel, sondern nur die Methoden, die dahin führen können, müssen geändert werden“, schrieb 1960 einer der bekanntesten Kolonialideologen des Dritten Reiches.³ So galt es erneut einem Mißstand abzuhelpen: „Deutschland ist strategisch das wichtigste, wirtschaftlich das stärkste“, aber „politisch das schwächste Land Europas“, kritisierte Franz Josef Strauß 1969.⁴ Der BRD gebühre eine Führungsrolle in Europa, heißt dies unmißverständlich, einem Europa, für das es „höchste Zeit (ist), die Kräfte in der Welt zu verändern“, und dies in eindeutiger Richtung: „Keinesfalls dürfen wir einfach erklären, der Kalte Krieg sei nun vorüber“.⁵

Führung der Afrikaner durch den „weißen Mann“

Auch hinsichtlich Afrikas stimmt die Linie: „Einerseits besitzt Afrika die größten Rohstoffvorkommen, ohne die die europäische Wirtschaft nicht existieren kann . . . Europa braucht aber auch den afrikanischen Markt, um seine Wirtschaft in Gang zu halten“. Um dieses Interesse abzusichern, proklamiert F. J. Strauß das Bestehen einer „Achse“ zwischen „Nord und Süd“, zwischen Europa und Afrika, aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen . . . Die Stabilisierung dieser Achse . . . ist von immenser Bedeutung und Wichtigkeit für den Frieden in unserer (!) Welt“.⁶ Das unterscheidet sich grundsätzlich nicht von den Konzeptionen des BRD-

Monopolkapitals, wie sie von der sozialliberalen Regierung vertreten werden: „Afrika liegt uns am nächsten und ist Europa historisch am engsten verbunden; es ist daher das natürlichste Feld deutscher und europäischer Interessen“.⁷

Was F. J. Strauß von der gegenwärtig dominierenden Variante westdeutscher Politik unterscheidet, sind taktische Differenzen und Elemente seines Weltbildes wie offener Rassismus, die ihn in die spezifische Kontinuität der reaktionärsten Strömung des deutschen Imperialismus einreihen. F. J. Strauß ist dabei Exponent eines vielfältig verflochtenen Rechtskartells, das über die BRD weit hinausreicht — einer „schwarz-braunen Internationale“ von Rechtsextremisten jeglicher Schattierung.

F. J. Strauß und seine politischen Verbündeten betrachten sich dabei als engagierte Vorkämpfer des „freien Westens“. In ihrem Denken ist Afrika Opfer des „Griffs Moskaus“, einer „Strategie, die sich der unmittelbaren Hilfe der kubanischen Fremdenlegion bedient, . . . ein Stück großangelegter, in großen geographischen Räumen und langen Zeiträumen konzipierter Strategie“.⁸

Da ist es „wenigstens teilweise eine Folge guter Kolonialpolitik“, wenn diese „Strategie“ einmal nicht aufgeht. Beschönigung und Verherrlichung des Kolonialismus gehen F. J. Strauß auch sonst ungeniert von den Lippen; in seiner Rede in Togo und Deutschland bestehen traditionell freundschaftliche Beziehungen, welche bereits aus dem 19. Jahrhundert her stammen . . . Ich habe oft davon erzählen gehört, daß die deutsche Kolonialverwaltung sowohl sehr wirksam als auch gut war.“

Zwar wird beiläufig auch Afrikanern „im Prinzip“ gleiche Intelligenz zugestanden. In der Kombination mit ausführlichen Darlegungen darüber, daß diese jedoch „einfach nicht Entwicklungsstufen, für die andere Dutzende von Generationen benötigt haben, . . . überspringen“ könnten, bleibt dies aber eine leere Floskel. Afrikaner, so die Quintessenz, benötigten eben noch auf lange Sicht die Führung durch „den weißen Mann“. Wo diese fehlt, drohen „Staatsbankrott und Massaker“, zumal wenn es sich um die Machtübernahme von Befreiungsbewegungen handelt.¹⁰

„Unfähigkeit, Mißwirtschaft, Schlamperei, Korruption und Willkür“ prägen unabhängige Nationalstaaten¹¹, die sich ihrer kolonialen Herren gänzlich entledigt haben. Ohne „die Wei-

Ben“ geht nichts im Afrikaklischee des FJS.

Dem globetrotzenden Stammtischtheoretiker („Ich war in dem Augenblick . . . auf seinem Boot auf dem Fluß, dem ehemaligen Kongo“) ist „Antirassismus“ folgerichtig ; zu einem — in aller Regel kommunistisch angestimmten — Kampftruf geworden (was ausreicht, um ihn zu diskreditieren; d. Verf.), hinter dem sich häufig nur ein neuer, anti-weißer Rassismus verbirgt“ (siehe Weltpolitische Diktion des F. J. Strauß in diesem Heft). Blindwütiger Haß prägt die Auslassungen von F. J. Strauß und CDU/CSU-Politikern über die Befreiungsbewegungen. Unter der Überschrift „Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit in Afrika“ (man beachte die Reihenfolge) definiert F. J. Strauß: „kommunistische Terrorbewegungen . . ., die das Christentum ausrotten, die Schwarzen unterdrücken, die Weißen vertreiben und dort ein revolutionäres Regime marxistischer Vorstellungen errichten wollen“.¹² In diesem Stil eines „Stürmer“ geht es fort: „Anbrandende rote Horden“ (CSU-MdB Graf Huyn); „Kommunistische Mordbrenner“ (Deutschland-Magazin, Hrsg. ist die Deutschland-Stiftung); „kommunistische Terroristen und Mörderbanden“ (CDU-MdB J. Todenhöfer); „von Moskau geschulte Verbrecherbanden“ (Graf Huyn); es fehlt auch nicht die Gleichsetzung mit der „Baader-Meinhof-Bande“ (Strauß).¹³

Die Bezeichnungen und Vergleiche verweisen auf die den Befreiungsbewegungen zugeordnete Behandlung. F. J. Strauß in Sonthofen: „Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied . . . Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt . . . das Maul aufzumachen“.¹⁴

Aller Rassedünkel des F. J. Strauß bedeutet freilich nicht, daß nicht übergeordnete politische Erwägungen den Ausschlag geben. Für ihn rangiert die Klassenfrage vor der Rassenfrage. Folglich gibt es für ihn Afrikaner, die in den Genuß von Lob und bevorzugter Behandlung kommen — solche, die sich die Verteidigung der „unternehmerisch-privatwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsentwicklung“¹⁵ zum Anliegen genommen haben. Prowestlich orientiert, sind sie Stützpunkte der imperialistischen „Stabilisierung“ Afrikas. Den reaktionärsten unter ihnen gilt das besondere Augenmerk des Fränz Josef Strauß, der CSU und der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS).

„Modelle“ Zaire und Togo

„Ein hochinteressantes Gebiet voller natürlicher Reserven“, befand der Geschäftsführer der HSS, Lengl, 1978 nach einem Besuch Zaires.¹⁶ Unter dem korrupten und despotischen Regime Mobutus blieb Zaire ein treuer Vasall (und Schuldner) der NATO-Mächte und Partner der „Dialog-Politik“ Südafrikas. Mobutus Massaker an Tausenden von Oppositionellen sind für Strauß nur „Fehler, die gemacht worden sind“ (Spiegel-Interview).

Togo war inzwischen fünfmal das Ziel von Strauß-Besuchen. 1979 gründete sich eine „Bayerisch-Togolesische Gesellschaft e. V.“; die Idee dazu hatte Togo-Staatschef Eyadema bei seinem Besuch in München 1977 gegeben. Den Vorsitz führt F. J. Strauß, seine Stellvertreter sind Staatsminister Fritz Pirkel (zugleich Vorsitzender der HSS) und der Schatzmeister der Präsident der Bayerischen Landesbank, Ludwig Huber. Ebenfalls 1977 wurde in Togo als Filiale der HSS eine „Eyadema-Stiftung“ gegründet; der CSU-Parteitag beschloß im selben Jahr eine jährliche Zuweisung von 1 Mio DM.

Weitere HSS-Niederlassungen sind in Kenia und Tansania sowie vor allem in Namibia, Zimbabwe und Südafrika in Aussicht genommen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung verfügt bereits über Filialen in Ägypten, Gabun, Ghana, Kamerun, Kenia, Nigeria, Ruanda, Tansania und Zaire.

Nach dem 25. April 1974 wirkten CDU und CSU mit an den Zerschlagungsversuchen gegen die Befreiungsbewegungen in

Moçambique und Angola.

Die Seidel-Stiftung finanziert ein sog. Institut für portugiesische Studien (IEP), das unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Überseeministers unter Salazar, Adriano Moreira, steht. Zwischen diesem Institut und der faschistischen Organisation MIRN des ehemaligen Oberbefehlshabers der Kolonialtruppen in Moçambique, Kaulza de Arriaga, bestehen Verbindungen. Bei einem Besuch von Mitgliedern der HSS, darunter von Habsburg und Pirkel, wurde als Perspektive des IEP vorgestellt, Sammelpunkt für eine mysteriöse Orientierung Portugals zurück zur „Wiederbegegnung . . . mit seiner Identität und dem Geschick des christlichen, ozeanischen und europäischen Landes“ sein zu wollen — eine nur oberflächliche Kaschierung für Restauration im Lande und konterrevolutionäre Manöver gegen die Ex-Kolonien. Ende 1978 traf sich F. J. Strauß in Lissabon mit dem IEP-Vorsitzenden, dem ehemaligen General Silverio Marques, sowie mit Kaulza de Arriaga.¹⁷



F. J. Strauß als hochdotierter Gast des zairischen Diktators Mobutu

Mit Kaulza unterstützt F. J. Strauß einen Vertreter des faschistischen Portugals, der namentlich in Moçambique bewiesen hat, daß er den konterrevolutionären Terror zur Methode erhoben hat. Neben anderen Organisationen war es die FICO abgekürzte Bewegung rechter Weißen unter Arriaga gewesen, die im Herbst 1974 einen blutigen Putschversuch gegen die FRELIMO-Übergangsregierung unternommen hatte. „Partner“ de Arriagas war hierbei der Industrielle und Salazar-Vertraute Jorge Jardim, von dem der Bayernkurier damals schwärmte: „Wie ein Zauberwort wirkt der Name . . . Jorge Jardim, der sich der Machtübernahme durch die ‚Frelimos‘ widersetzen will“.¹⁸ Zur Unterstützung des Krieges der Südafrikaner und internationaler Söldnerbanden gegen die MPLA in Angola gründeten Strauß-Freunde wie von Hassel (übrigens Verwaltungsratsmitglied der noch 1975 „Kolonialgesellschaft“ genannten Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Hamburg), Otto von Habsburg, Kurt Ziesel (Vorsitzender der DS) und Gerhard Löwenthal Anfang 1976 eine Initiative Internationale Angola-Solidarität, welche die „freiheitlich denkenden Bürger und die freie Wirtschaft“ aufrief, für die „Freiheit Angolas zu spenden“.¹⁹ Strauß selber unterhält noch heute „Kontakte . . . mit den beiden antikommunistischen Truppenführern von Angola“²⁰; das sind die Anführer der Terrorbanden FNLA und UNITA, Holden Roberto und Jonas Savimbi.

Die internationale Reaktion und die hinter ihr stehenden Kräfte haben die Pläne, die revolutionären Entwicklungen in Afrika rückgängig zu machen, nicht aufgegeben. Mit seinen Kontakten zu Personen wie Arriaga, Roberto und Savimbi gehört F. J. Strauß einem internationalen Netz von Verschwörern gegen die Unabhängigkeit Afrikas und die Linke in Europa an. Ihre Träger sind Organisationen und Einzelpersonlichkeiten der in sich diffusen „Euro-Rechten“.

Ende 1976 trafen sich in Barcelona zu einer der inzwischen zahlreichen Tagungen dieser Gruppierungen u. a. Vertreter der faschistischen MSI Italiens (zu der von Habsburg Beziehungen

F. J. Strauß in der „Modellkolonie“ Togo

Togo, einst eine der wenigen Kolonien, die dem deutschen Imperialismus der wilhelminischen Ära vergönnt waren, zählt zu den bevorzugtesten Reisezielen des F. J. Strauß. Der CSU-Vorsitzende knüpft hier an alte Traditionen an, um den politischen und wirtschaftlichen Einfluß des BRD-Neokolonialismus in der sogenannten „Schweiz Afrikas“ zu konsolidieren. So begleiteten ihn im März 1977, als er sich in seiner bescheidenen Art in Lomé zum vierten Mal als „Präsident Strauß“ empfangen ließ (dabei war F. J. Strauß damals noch nicht einmal bayrischer Landesvater), der Nahrungsmittelkonzernchef J. März aus Rosenheim und der damalige Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung F. Pirkl. Sie verband bei ihrem Treff mit dem togolischen Präsidenten Eyadéma das gemeinsame Interesse an der Förderung des „guten Investitionsklimas“ für die bundesdeutschen Konzerne und das „Unglück“ über den einstigen Verlust dieser deutschen „Modellkolonie“. In seiner Rede an den „bewundernswerten Staatsmann“ Präsident General Gnassingbé Eyadéma gab F. J. Strauß folgende Belehrungen zum besten:

„Zwischen der Republik Togo und Deutschland bestehen traditionell freundschaftliche Beziehungen, welche bereits aus dem 19. Jahrhundert her stammen. Die Spuren davon sind auch heute noch sichtbar und sei es auch nur in der Erinnerung der Alten. Diese Zeit war bestimmt vom Imperialismus und vom Kolonialismus. Ich habe oft davon erzählen gehört, daß die deutsche Kolonialverwaltung sowohl sehr wirksam als auch gut war und gewisse Fortschritte gebracht hat. Die Eisenbahn und auch einige Autostraßen sind der Beweis dafür. Togo wurde in dieser Zeit als „Modellkolonie“ in Deutschland genannt. Aber alles das wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Intelligenz und die Aktivität der Bevölkerung die deutsche Kolonialverwaltung unterstützt hätten. Die große Sympathie der Deutschen für Togo und seine Bevölkerung geht ebenfalls auf diese Epoche zurück. Deutschland hat den 1. Weltkrieg verloren und mit ihm seine wenigen Kolonien. In der damaligen Zeit sah man diesen Verlust als ein Unglück an. Aber später zeigten sich die Vorteile dieses Verlustes, etwas, was von den Siegern nicht vorhergesehen wurde. Deutschland und Afrika und ganz speziell Togo sehen sich heute als Folge davon als Partner.

Die Kolonialzeit ist zu Ende, aber zwischen Europa und Afrika gibt es heute eine gegenseitige Abhängigkeit ganz besonderer Art. Afrika ist heute auf dem Weg von der Vergangenheit in die Zukunft. Der größte Teil Afrikas befindet sich immer noch im Stadium der Entwicklung. Afrika hat daher Probleme, welche Konflikte hervorrufen können. So sehen wir, daß eine Großmacht, eine „Superpower“ wie man im Englischen sagt, schon seit Jahren versucht, einen immer größeren Teil Afrikas unter seine politische Kontrolle zu bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, benutzt sie sogar eine neue Fremdenlegion, d. h. Zehntausende von kubanischen Soldaten. Wir glauben, daß diese Entwicklung äußerst gefährlich ist.

Unsere Bemühungen gehen nicht dahin, Konflikte hervorzurufen, sondern unseren Beitrag zum Aufbau der Länder auf dem Weg ihrer

Entwicklung zu leisten. Afrika und Europa brauchen einander gegenseitig. Einerseits besitzt Afrika die größten Rohstoffvorkommen, ohne die die europäische Wirtschaft nicht existieren kann. Europa auf der anderen Seite hat das Kapital, die wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse und das Management, welche für den Aufbau und die Entwicklung der afrikanischen Staaten unerlässlich sind.

Es ist falsch und trügerisch, nicht sehen zu wollen, daß neben der Ost-West-Achse, zwischen Europa und Rußland eine andere, ebenfalls wichtige Achse, wenn nicht noch wichtigere Achse zwischen Nord und Süd, zwischen Europa und Afrika, aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen besteht. Die Stabilisierung dieser Achse von Nord nach Süd ist von immenser Bedeutung und Wichtigkeit für den Frieden unserer Welt.

Afrika braucht heute den europäischen Absatzmarkt für seine Rohstoffe und verschiedenen Nahrungsmittel, aber auch für einige Industrieprodukte. Mit zunehmender industrieller Entwicklung wird es in Europa zunehmend auch als Absatzmarkt für alle Produkte brauchen, die in Afrika hergestellt wurden. Europa braucht aber auch den afrikanischen Markt, um seine Wirtschaft in Gang zu halten und Arbeitslosigkeit zu verhindern.

In diesem Zusammenhang kommt der Erziehung und Berufsausbildung der Menschen eine besondere Rolle zu. Es ist genau dieser Grund, warum Europa an einem wirtschaftlich starken Afrika interessiert ist, einem Afrika, welches in der Lage ist, europäische Produkte zu kaufen und an dem internationalen Handelswettbewerb teilzunehmen.

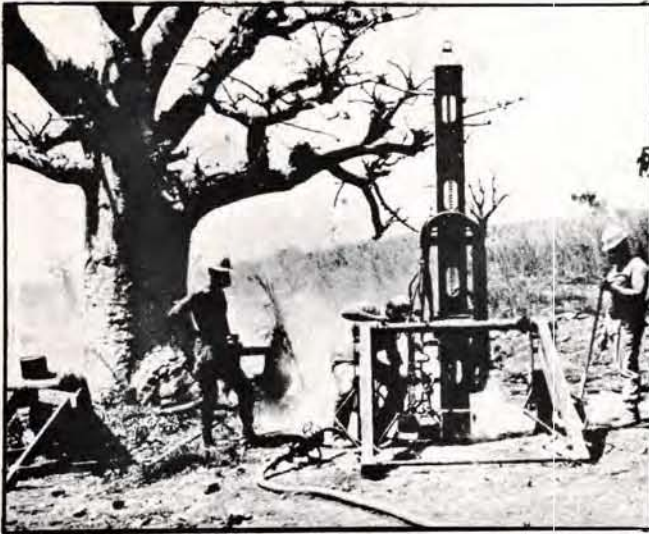
Das wird nur möglich sein, wenn sich die Wirtschaft in Afrika in Freiheit entwickelt, d. h. nach den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft. Der Staat muß die Wirtschaft kontrollieren, aber er darf sie nicht zu sehr reglementieren. Er muß freien Zugang und genügend Möglichkeiten für die Privatinitiative schaffen. Die Rohstoffe und die Maschinen werden nur dann abgebaut und verwertet werden können, wenn die Menschen einen hohen Ausbildungsstand erhalten und fortgeschrittene technische Fähigkeiten erlernen können. (. . .) Togo wird heute als ein stabiles Land angesehen, in welchem das investierte Kapital aus der Bundesrepublik Deutschland und aus der deutschen Privatwirtschaft zum besten Nutzen gebraucht wird. Die Zusammenarbeit, die im Rahmen der ‚Eyadéma-Stiftung‘ beschlossen wurde, wird zum zukünftigen Aufbau des Landes beitragen. Unser vorrangiges Ziel wird die Erwachsenenbildung und besonders auch die Fortbildung der Jugendlichen sein, mit dem Ziel, ihnen so gut wie möglich zu helfen, ihre Pflichten und Aufgaben im Dienst des Landes zu erfüllen.

Die Hauptstadt Ihres Landes, Lomé, hat einen internationalen Ruf als internationales Zentrum für Kongresse und Konferenzen erworben. Und Lomé ist zum Symbol für die internationalen Vereinbarungen geworden, die zum Fortschritt beider Kontinente, Afrika und Europa, beitragen muß. (. . .)“

(Zit.nach: Bayernkurier, München, 12. 3. 1977)



Empfang des Togo-Besuchers F. J. Strauß 1977 in Lomé durch Staatspräsident Eyadéma



Bundesdeutsche Konzerne auf Uran-Suche in Togo

hat²¹, (Mitglieder der französischen OAS, die gegen Algeriens Unabhängigkeit geputscht hatte, Neonazis aus der BRD sowie Repräsentanten der portugiesischen Reaktion: u. a. der FNLA-Kommandeur Santos e Castro, der MDLP-Organisator und Spinola-Vertraute Alpoim Calvao, Jorge Jardim.

Zwischen diesen Kräften und einer Verschwörergruppe mit Namen ONAL (Neue Organisation für ein freies Afrika) gibt es personelle Verbindungen, vor allem über den französischen Journalisten und Vertrauten des UNITA-Chefs Savimbi, Dominique de Roux, Mitglied der mitunter verharmlosend als Gruppe von „Rechtsintellektuellen“ bezeichneten französischen Verbindung GRECE. Die etwa 5000 Mitglieder des GRECE pflegen Rassistheorien, elitäre Gesellschaftstheorien und Germanenkult.²²

Zwischen dem GRECE und dem Umkreis des FJS gibt es Bezüge: „Eine besonders enge Bindung (des GRECE; d. Verf.) besteht zu dem Publizisten . . . Armin Mohler²³, Mitglied der „Deutschland-Stiftung“ (Kuratoriumsmitglied: Fritz Pirkel). Der gebürtige Schweizer Mohler desertierte 1942 aus der Armee und „ging illegal nach Deutschland, um der SS beizutreten . . . Er gilt als außenpolitischer Berater von Franz Josef Strauß“.²⁴ Mitglied eines Komitees des GRECE ist auch der NPD-Ideologe Ernst Anrich, zugleich Angehöriger des rechtsradikalen Witiko-Bundes. Seit 1976 veranstaltet dieser Bund zusammen mit dem Coburger Hilfskomitee Südliches Afrika des NPD-Funktionärs und Schriftleiters des Blattes Nation Europa, Peter Dehoust, Südafrika-Seminare.

„Schwarz-braune Internationale“ gegen Afrika

In einer Broschüre dieses Komitees heißt es u. a.: Wie „die Begebungen (der Menschen; d. Verf.) verschieden sind, so auch ihre Entwicklungsstufe und die Fähigkeit, sich unter heutigen Bedingungen in Freiheit selbst zu regieren“. Mit Grußadressen erwiesen diesen Seminaren z. B. die Unionspolitiker Niegel (CSU), H. Hupka und J. Todenhöfer (beide CDU) ihre Reverenz; zu den Rednern gehörten u. a. Bayernkurier-Autor von Studnitz und CSU-MdB Graf Huyn.²⁵

Das Hauptaugenmerk des Franz Josef Strauß und seiner Umgebung gilt dem Südlichen Afrika. Häufige Reisen von Unionspolitikern — in der Regel finanziert von südafrikanischen Propagandainstitutionen — dienen dem Zweck, ein positives Apartheid-Bild zu fördern und zu festigen. Es gibt kaum einen Unionspolitiker von Rang und Namen, der nicht schon Südafrika, Namibia (das durchweg noch mit dem deutsch-kolonialen „Südwestafrika“ bezeichnet wird) oder „Rhodesien“ besucht hätte. Häufigster Gast seit 1966: F. J. Strauß, der fast jedes Jahr seine Aufwartung zu machen pflegt.

Einhellig fallen die Lobsprüche aus. F. J. Strauß, wie stets im Besitz „der Wahrheit“, erklärte es für „unsinnig, von Ausbeutung und Unterdrückung, ja von rassistischer Verfolgung der Schwarzen zu sprechen“.²⁶ Bezeichnenderweise nahmen an den „Unabhängigkeits“feiern für die südafrikanischen Bantustans aus der BRD bislang nur CDU/CSU-Politiker teil. Alfred Dregger, der als Gast der South Africa Foundation und in Begleitung des Springer-Journalisten Hans Germani, eines notorischen Rassisten, gereist war, beendete seine Tour mit dem Bekenntnis: „Wenn ich Bure wäre, würde ich mich auch auf die Festung zurückziehen und um mich schießen.“²⁷

Propagandaorganisationen für die rassistischen Regimes wie die aus Mitteln des skandalumwitterten südafrikanischen „slushfund“ (Bestechungsfonds) jährlich mit rund 1 Mio DM ausgehaltene Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft (DSAG) oder die Deutsch-Rhodesische Vereinigung (DRV) erfreuen sich guter Kontakte zur CDU/CSU.²⁸ So gehört dem DSAG-Vorstand das DS-Kuratoriumsmitglied Conrad Graf von Roedern an, und der Mitbegründer des CDU-Wirtschaftsrates, Konsul Pickert, war lange Vorsitzender der DSAG.

1978 gründeten Unionspolitiker wie Eugen Gerstenmaier und Hans Klein eine Deutsche Afrika-Gesellschaft, die nach eigenen Angaben „die große freiheitlich gesinnte Mehrheit der Afrikaner gegen eine terroristische, außengesteuerte Minderheit“ unterstützen und „Menschenrechtsverletzungen in allen afrikanischen Staaten entgegenwirken“ will.²⁹ Über Stellungnahmen zugunsten der „internen Lösung“ für Namibia ist sie freilich bislang nicht hinausgekommen.

Lob der Apartheid

Das Engagement des CSU-Vorsitzenden und seiner Freunde erschöpft sich indes keineswegs in politischer Unterstützung. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und Südafrika waren bereits kurz nach 1945 wieder installiert. Ihren eigentlichen Aufschwung nahmen sie jedoch nach der Krise 1966/67. 1966 unternahm F. J. Strauß seine erste (von der DSAG arrangierte) Südafrika-Reise, bei der ihn Hans Germani begleitete. Nach seiner Rückkehr empfahl er eine „Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen“ als „im beiderseitigen Interesse“ liegend.³⁰ Am 2. November 1967 trafen sich auf Initiative des damaligen Finanzministers der Großen Koalition F. J. Strauß bei Bonn Vertreter des BRD-Monopolkapitals, der Ministerien sowie südafrikanischer Firmen und Regierungsstellen zu einer Geheimkonferenz. Für F. J. Strauß nahm der CSU-Vizepräsident des Bundestages, Richard Jaeger, teil. Die BRD-Delegation leitete BDI-Präsident Berg; ihr gehörten u. a. an Repräsentanten der Deutschen und der anderen Großbanken, von Krupp, Thyssen, DEMAG, Klöckner, AEG-Telefunken, Siemens, Bosch, VW, Degussa und Lufthansa.

Jüngere Südafrika-Reisen sahen F. J. Strauß als Vertreter eigener Interessen als Aufsichtsratschef der Airbus-GmbH. Südafrika kaufte bereits vier der auch zu militärischen Transportzwecken nutzbaren Großraumflugzeuge. Es liegt auf der Hand, daß die CDU/CSU vehement gegen die Forderung nach einem Wirtschaftsboykott Südafrikas zu Felde zieht.

Die ökonomische Entwicklung des Südlichen Afrika ordnet sich bei F. J. Strauß in eine bestimmte Kontinuität ein. „Südafrika“, spekulierte er nach seiner Rückkehr 1966, könnte durch „seine riesigen Bodenschätze . . . zur Quelle des Wohlstandes im ganzen südlichen Teil des Kontinents werden . . . im Sinne eines großen Wirtschafts-Kooperativs, das Südwest (!), Rhodesien, die portugiesischen Überseegebiete und einige schwarze Staaten umfassen könnte“.³¹ 1938 verfaßte das Auswärtige Amt für eine Unterredung zwischen dem südafrikanischen Verteidigungsminister Oswald Pirow sowie Hitler, Göring und von Ribbentrop eine Vorlage. Dort hieß es: „Pirows politische Ziele sind ein ausgesprochenes ‚großes Südafrika‘ als führender Staat im afrikanischen Raum. Daher der Ausspruch: Afrika südlich des Äquators ist Interessensphäre der (Südafri-

F. J. Strauß zum Internationalen Anti-Apartheid-Jahr

Auf Beschluß der XXXII. UN-Vollversammlung begann am 21. 3. 1978 das Internationale Jahr gegen die Apartheid. Ein denkwürdiger Tag. Am 21. März 1960 nämlich massakrierte die südafrikanische Rassistenpolizei in Sharpeville 69 Demonstranten, die friedlich gegen das unmenschliche Apartheidsystem demonstriert hatten. Dieser Anlaß, die von der UNO unzählige Male ausgesprochene Ächtung der Rassistenregimes im Südlichen Afrika sowie ihre völkerrechtliche Legitimierung des Befreiungskampfes dieser unterdrückten Völker, dies alles läßt F. J. Strauß ungerührt. In seiner offiziellen Stellungnahme vom Frühjahr 1978 als CSU-Vorsitzender der zum UN-Anti-Apartheidjahr scheute er selbst die offene Attacke auf die UN-Initiative nicht:

„Die geschichtlichen Voraussetzungen sind zu vielfältig und die politischen Entwicklungen und Schlußfolgerungen zu schwierig, als daß man sich bei der Beurteilung von Gegenwart und Zukunft Afrikas von vordergründigen Parolen oder durch falsche Gesprächspartner irreführen lassen sollte. Man wird nicht zum Afrika-Experten, wenn man kritiklos vorgefertigte Meinungen übernimmt, verhetzende Schlagworte als Grundlage für die eigene Meinungsbildung verwendet oder westlich-demokratische Maßstäbe unterschiedslos auf afrikanische Verhältnisse übertragen will. Man muß die Lage des Landes kennen, seine Geschichte, seine bevölkerungsmäßige Zusammensetzung, man muß um die verschiedenen Strömungen wissen, und darum, wohin diese führen. Gerade bei der Bewertung der afrikanischen Probleme ist ein nüchterner und wacher Sinn unentbehrlich; mit romantischen Schwärmereien kommt man nicht weiter.

Ohne jeden Zweifel fehlt es weltweit an diesen sachlichen Maßstäben bei der Beurteilung Afrikas, seiner Gefahren und Chancen; es fehlt daran in der westlichen Welt ebenso wie im Rahmen der Vereinten Nationen und besonders in den USA. Allein die Tatsache, daß die UN das Jahr 1978 zum ‚Anti-Apartheidjahr‘ erklärt, zeugt von einer bewußten Verengung des afrikanischen Blickwinkels, von einer fatalen Einseitigkeit und von einer gefährlichen Blindheit gegenüber den zahlreichen Bedrohungen, denen Afrika ausgesetzt ist. Es gehört in den allmählich unerträglichen Bereich moralischer Doppelgleisigkeit und politischer Heuchelei, über die in der Republik Südafrika praktizierte Apartheid ein lautstarkes Klagegeschrei anzustimmen, um daneben bewußt und wissentlich zu übersehen, daß es in den meisten anderen afrikanischen Staaten um Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unvergleichbar schlechter bestellt ist und dort die Lebensverhältnisse der schwarzen Bevölkerung ungleich niedriger sind.

Selbstverständlich ist es überfällig, in Südafrika jene Verhältnisse abzubauen, die als ‚kleine Apartheid‘ — die getrennte Benutzung öffentlicher Einrichtungen wie Post, Bahn, Busse, Restaurants und Hotels — abzuschaffen. Dies ist aber ein anderes Thema als das einer friedlichen Entwicklung in einem friedlichen Nebeneinander von Schwarz und Weiß. Der Zwang zur Egalisierung nämlich kann genauso frustrierend wirken wie der Zwang zur Differenzierung, wie es Prof. Heinz-Dietrich Ortlieb, ein gründlicher Kenner der afrikanischen Verhältnisse und politisch nicht in meinem, sondern im Lager der SPD angesiedelt, formuliert hat. Ortlieb, der in kühler wissenschaftlicher Distanz in einer getrennten Entwicklung mit dem gemeinsamen Ziel eines friedlichen Miteinanders die Chancen des südlichen Afrikas am besten gesichert sieht, bezweifelt mit gutem Grund, „ob in absehbarer Zeit die westlichen Muster einer demokratischen politischen Ordnung dem Wunsch und Willen sowie den Eigenarten der Mentalität dieser Völker entsprechen und ob nicht eine Anknüpfung an traditionale Ordnungselemente des eigenen Stammeslebens unvermeidlich wird, wenn schwarzafrikanische Völker eine moderne, arbeitsteilige Wirtschaftsgesellschaft in Verbindung mit einer demokratischen Selbstregierung verwirklichen und Möglichkeiten für eine Entwicklung eigenständiger Kultur- und Gesellschaftsformen behalten wollen.“

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir Europäer zweieinhalb Jahrtausende zur Entwicklung moderner Zivilisation und Technik und politischer Lebensformen gebraucht haben. Von den Schwarzen Afrikas verlangt man, daß sie in wenigen Jahren oder Jahrzehnten, sozusagen über Nacht, über Jahrhunderte oder Jahrtausende hinwegspringen sollen. Politische Agitatoren, die dies den Völkern Afrikas, vor allem seinen Politikern einreden wollen, sind in Wirklichkeit deren gefährlichste Feinde. Sie betreiben eine Entwicklung, an deren Ende der Erdteil Afrika in Krieg und Chaos versinken mußte. Mit einer verhetzenden Stimmungsmache sind die Probleme Afrikas nicht zu lösen.

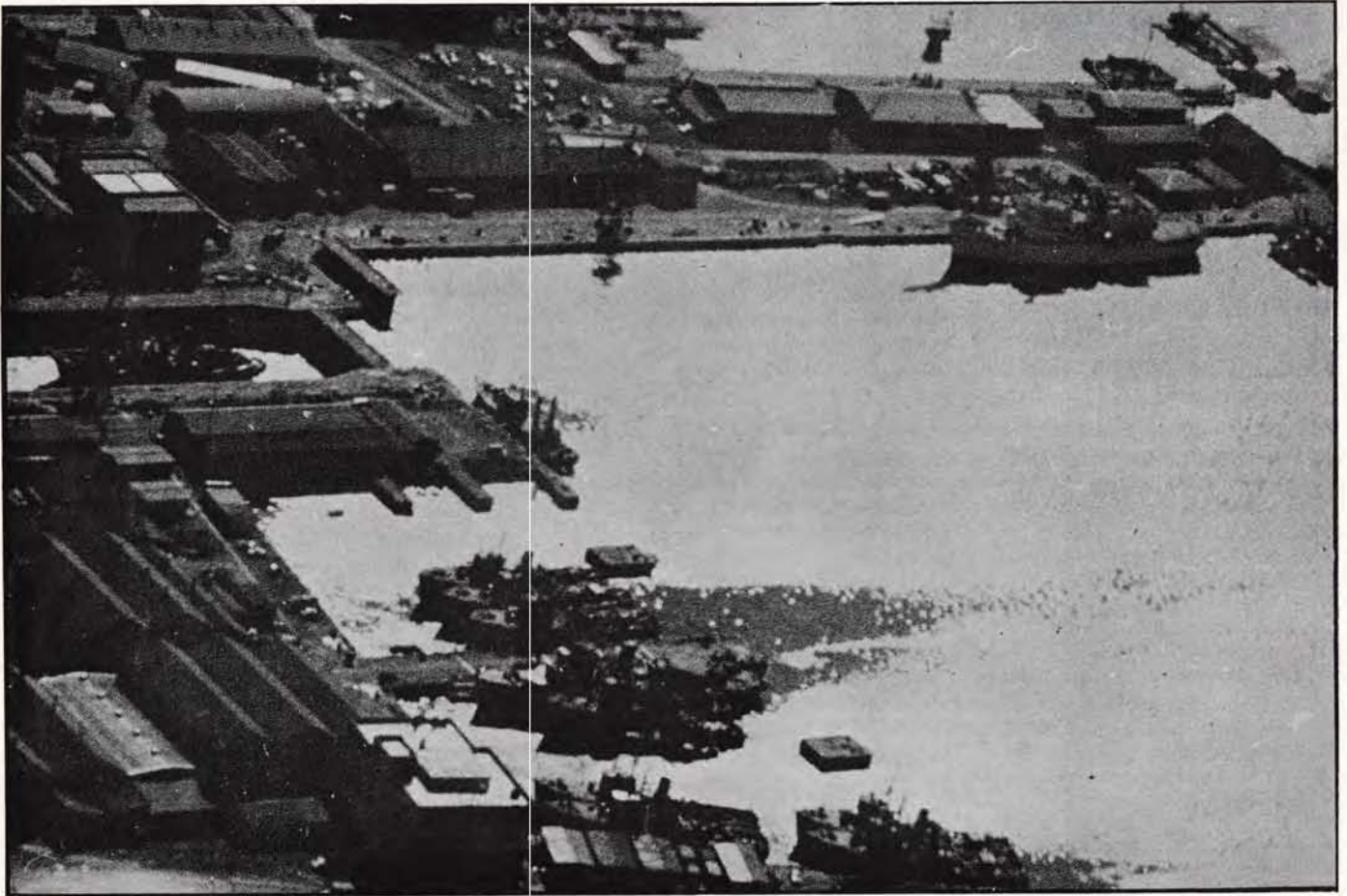
Das Schlagwort des Anti-Rassismus, mit dem gegen die Weißen im Süden Afrikas geradezu eine Kriegsstimmung angeheizt werden soll, ist zu einem — in aller Regel kommunistisch angestimmten — Kampfruf geworden, hinter dem sich häufig nur ein neuer, anti-weißer Rassismus verbirgt.

Friedliche und zukunftssträchtige Lösungen für Afrika sind nur möglich, wenn die Politiker der freien Welt den weißen Afrikanern auch für den Fall notwendiger und unvermeidbarer Veränderungen Garantien für ein Leben in Freiheit und Sicherheit geben können. Dazu gehört, daß man den schwarzen Führern in Afrika, die — wie jetzt die drei Politiker, die, mit einer Mehrheit von rund vier Fünftel der Bevölkerung hinter sich, einen Weg für die Zukunft Rhodesiens mit den Weißen zusammen gefunden haben — für Frieden und Zusammenarbeit stehen, von Europa und Amerika aus jede nur mögliche Unterstützung gewährt. Nicht der spricht für das Wohl Afrikas und der Afrikaner, der Haß und Tod predigt, der in einem als ‚Befreiungskampf‘ getarnten Terror diesen Tod vor allem seinen schwarzen afrikanischen Landsleuten bringt. Sich auch im Westen von solchem Verhalten einschüchtern und die eigene Politik davon bestimmen zu lassen — und die Gefahr dafür ist weltweit unübersehbar — hieße, jede Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung Afrikas aufzugeben.“

(Zit. nach: Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 2/1978)



In dieser Traditionspflege steht F. J. Strauß: Deutsches Marine-Ehrenmal im namibischen Swakopmund, wo noch heute die kaiserliche Reichskriegsflagge neben der der südafrikanischen Besatzer gehißt wird



Südafrikanische Marinebasis in Simonstown, dem de-facto-Südposten der NATO

kanischen; d. Verf.) Union.“ Die Idee eines solchen Blocks im Südlichen Afrika wurde noch im vergangenen Jahr vom RSA-Außenminister Botha wieder öffentlich vorgetragen.

In einem solchen Block sind die wichtigsten Länder zunächst der RSA selber Namibia und Zimbabwe. Beide sollen der südafrikanischen Strategie zufolge als neokoloniale Marionetten in den Block integriert werden. Die CDU/CSU-Politik in beiden Ländern leistet dem tatkräftig Vorschub.

Die von Pretoria 1978 durchgeführten Scheinwahlen in Namibia befanden CDU/CSU-Beobachter (namentlich Mitglieder der erwähnten neuen Afrika-Gesellschaft) für ordnungsgemäß — ein Vorgang, der sich bei der Wahlfarce in Zimbabwe im Frühjahr 1979 wiederholte, als eine Delegation der HSS und MdB J. Todenhöfer diese als „frei“ und „fair“ erachteten. In Namibia fördern CDU/CSU und HSS die von Pretoria favorisierte Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA). Im Oktober 1978 empfing F. J. Strauß persönlich eine DTA-Abordnung in München. Die Seidel-Stiftung installiert für die DTA ein „bildungspolitisches Projekt“. Die größte deutschsprachige Zeitung des Landes, die Allgemeine Zeitung, wurde von dem Bielefelder Verleger und CDU-Anhänger Lauenstein aufgekauft und auf Kurs gebracht.

In „Rhodesien“ setzen sich Strauß & Co für die „interne Lösung“ zwischen Smith, Muzorewa, Sithole und Chirau (letzterer war Gast auf dem CSU-Parteitag 1977) und gegen weitere Sanktionen ein (siehe Kasten F. J. Strauß zum Anti-Apartheid-Jahr). Für sein Wirken nahm F. J. Strauß 1978 den höchsten Orden des Staates, den „Grand Officer of Legion of Merit“, entgegen; mit dem „Oberbefehlshaber der rhodesischen Streitkräfte, für die (er) voll des Lobes ist“, verbinden ihn gute Beziehungen.³² Der Rechtsaußen im Kabinett des Ian Smith, Piet van der Byl, wünschte sich nichts sehnlicher als „Deutschland mit einem Franz Josef Strauß an der Spitze“; dieses „würde dann machtpolitisch die Rolle übernehmen, die es jetzt schon auf dem Wirtschaftssektor spielt. Dieses Deutschland würde uns

helfen.“³³

Die Propaganda des Rassistenregimes in Pretoria wird nicht müde, Südafrikas Bedeutung als Rohstoffreservoir, Investitionsparadies, strategische „Bastion“ und „treuer Verbündeter des freien Westens“ hervorzuheben.³⁴ Im schlichten Weltbild der Strauß-Kamarilla ist dies alles aufs höchste bedroht. „Jetzt wird in Afrika ein Stück gemeinsamen Schicksals der in der EG und der NATO zusammengeschlossenen Länder entschieden“³⁵, mahnt F. J. Strauß düster.

„Eine einseitige Entwicklung im südlichen Afrika . . . muß mit aller Kraft verhindert werden“, folgert der als Westberliner CDU-MdB im „antikommunistischen Nahkampf“ bewährte Jürgen Wohlrabe nach Visiten in Südafrika und Namibia. Entsprechend betätigen sich F. J. Strauß und Freunde als Befürworter der Aufrüstung Südafrikas. Schon 1971 stellte F. J.

Gemeinsamer Griff nach der Atombombe

Strauß für den Fall eines CDU/CSU-Wahlsieges im Jahre 1972 Waffenlieferungen an Pretoria in Aussicht.

Das 1977 von den Vereinten Nationen beschlossene Waffenembargo stieß in der CDU/CSU auf Ablehnung.³⁶ Das F. J. Strauß mit seinen zahlreichen Beziehungen zum militärisch-industriellen Komplex der BRD (MBB, VFW-Fokker, Siemens; Siemens-Vorstandsmitglied Gisbert Kley war z. B. CSU-MdB und DS-Kuratoriumsmitglied) eine zentrale Figur der europäischen Rüstungsindustrie ist, trifft sich vorteilhaft mit den Aufrüstungsbestrebungen Südafrikas.

In der Frage der Lieferung nuklearer Technologie an Südafrika nehmen CDU/CSU-Politiker eine erklärtermaßen positive Haltung ein. 1975 schrieb der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Christian Lenzer: „Es ist nicht einzusehen, warum Südafrika von der Bundesrepublik Deutschland diskriminiert werden soll. Besonders im Bereich der Energiever-

sorgung weist Südafrika Uranreserven auf . . . Es ist höchste Zeit, daß die Diskriminierung Südafrikas durch bestimmte politische Kreise in der Bundesrepublik aufhört.“³⁷

Franz Josef Strauß gehört zu den traditionellen Verfechtern einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr bzw. einer westeuropäischen Streitmacht. Diese Forderung stellte er u. a. in seinem Buch „Entwurf für Europa“ 1966 auf (S. 94). In jüngster Zeit wurde die Debatte über eine französisch-westdeutsche Atomstreitmacht von interessierter Seite erneut angefacht, vor allem in der FAZ. Die Idee eines Sonderbündnisses zwischen Frankreich und der BRD beherrscht seit langem auch das Denken des F. J. Strauß. Die Überlegung ist daher legitim, daß sich die um ihn gruppierten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte von einer Kooperation mit Frankreich und Südafrika den Zugang zum nuklearen Druckknopf versprechen.

Innerhalb der NATO-Diskussion steht F. J. Strauß auf dem äußersten rechten Flügel. Zu dessen Maximen zählen u. a. die Einbeziehung des Südatlantik in den NATO-Aktionsbereich, respektive diejenige Südafrikas, die bedingungslose „Treue“ zu noch so reaktionären Regimes und der immer lauter werdende Ruf nach offenem Interventionismus. Offiziell verhält sich F. J. Strauß in dieser Diskussion vorsichtig. Wie so oft „läßt“ er andere reden. Es widerspräche jedoch geradezu seinem politischen Profil, wären seine Sympathien nicht auf der Seite derjenigen, die nach einer Neuaufgabe von „Kanonenbootpolitik“ rufen (vgl. auch Beitrag von R. Falk in diesem Heft).

Die enge Kollaboration des Franz Josef Strauß und seiner Verbündeten, ihre Unterstützung für ein Regime wie das Südafrikas ist ernst zu nehmen. Südafrika hat seine Aggressivität wiederholt unter Beweis gestellt. Es hat unmißverständlich bekannt: „Wenn wir angegriffen werden, (gibt) es überhaupt keine Regeln mehr, wenn es zur Frage unserer Existenz kommt. Wir wollen alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, was sie auch sein mögen. Es ist richtig, daß wir gerade unsere eigene Pilotanlage (zur Urananreicherung; d. Verf.) fertiggestellt haben . . . und daß wir größere Uranvorkommen besitzen“.³⁸ Was „Angriff“ oder Berührung der „eigenen Inter-



Aus: Berliner Extra Dienst

essen“ ist, pflegt das Rassistenregime selbst zu definieren.

„Existenz des Volkes“, „Lebensrechte“ usw. sind Vokabeln, die dem ehemaligen NS-Schulungsoffizier F. J. Strauß geläufig sind — die Lektüre von „Mein Kampf“ wirkt nach. Derartige völkisch-nationale Formeln haben Tradition. F. J. Strauß, der sich als Deuter „geschichtlicher Zusammenhänge“ begreift, der „rät und warnt“³⁹, dessen gesamtes Denken vom „Kampf gegen den Bolschewismus“ bestimmt ist, dessen Hang zum politischen „Risiko“, spricht: Abenteuerertum, offenkundig ist, dem Afrika ein Exerzierfeld machtpolitischer Interessen ist — dieser Franz Josef Strauß erklärt Afrika zum „Schicksalskontinent für Europa“.

Ein solcher Mann ist eine Gefahr für den Weltfrieden.

Anmerkungen:

- 1) F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1971 (4. Auflage), S. 794 und 793
- 2) D. Westermann, Afrika als europäische Aufgabe, Berlin 1941, S. 252
- 3) W. Drascher, Schuld der Weißen? Spätzeit des Kolonialismus, Tübingen 1960, S. 219
- 4) Der Volkswirt, 3.4.1969
- 5) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 56 und 62
- 6) Zit. nach: Dritte-Welt-Magazin, Nr. 4/1977, S. 64 f.
- 7) Zit. nach: G. Liebscher, Neokolonialistische Expansion des westdeutschen Imperialismus; in: Marxismus Digest, Nr. 2/1970, S. 246
- 8) Interview in: Der Spiegel, Nr. 29/1978 (im folgenden: Spiegel-Interview)
- 9) F. J. Strauß, Entwurf . . . , a.a.O., S. 60
- 10) Bayernkurier (BK), 12. 11. 1977 und 7. 9. 1974
- 11) BK, 1.4.1978
- 12) BK, 12. 11. 1977
- 13) Nach: BK, 20. 8. 1977; Deutschland-Magazin, Nachdruck in: Afrika-Post (Organ der DSAG), Dezember 1970; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 30. 8. 1977; Konkret, Nr. 4/1979; ebenda
- 14) Der Spiegel, Nr. 11/1975
- 15) BK, 12. 11. 1977
- 16) Der Spiegel, Nr. 26/1978
- 17) Nach: Die Tat, 18. 8. 1978; FAZ, 8. 8. und 8. 12. 1978
- 18) BK, 24. 2. 1974
- 19) Unsere Zeit (UZ), 25. 2. 1976
- 20) FAZ, 14. 7. 1979
- 21) Vgl. hierzu: Rechtstendenzen in der Bundesrepublik (PDI-Taschenbuch 2), München 1979, S. 66
- 22) Nach: Afrique-Asie, Paris, Nr. 127/24. 1. 1977, S. 10 ff; zur Rolle des GRECE vgl.: Der Spiegel, Nr. 33 und 34/1979; Der Stern, Nr. 44/1979; FAZ, 19. 7. 1979
- 23) Der Spiegel, Nr. 33/1979
- 24) Die Deutschland-Stiftung (Schriftenreihe der PDI 20), München-Wuppertal o.J., S. 103
- 25) Nach: UZ, 13. 9. 1977; Berliner Extra Dienst, 19. 12. 1978; Die Neue, 19. 5. und 28. 8. 1979
- 26) Zit. nach: BK, 28. 5. 1966
- 27) Der Spiegel, Nr. 48/1977
- 28) Der Spiegel, Nr. 42/1979; Die Tat, 16. 6. 1978
- 29) Frankfurter Rundschau (FR), 30. 6. 1978
- 30) Die Welt, 11. 5. 1966
- 31) Die Welt, 11. 5. 1966
- 32) Nach: H. Loth, Zur Geschichte der imperialistischen Expansion im Süden Afrikas, Berlin 1978
- 33) Deutsche Volkszeitung, 30. 3. 1978; FAZ, 14. 7. 1979
- 34) Die Zeit, 29. 10. 1976
- 35) Der Spiegel, Nr. 29/1978
- 36) FR, 2. 6. 1971; Süddeutsche Zeitung (SZ), 16. 11. 1977
- 37) Leserbrief in: FR, 15. 10. 1975
- 38) Washington Post, Washington, 16. 2. 1977
- 39) BK, 5. 11. 1977

Hinweis Strauß - Türkei

Der verschiedentlich vor angekündigte FIDEF-Beitrag zu den Beziehungen des F. J. Strauß bzw. der CDU/CSU und zu den türkischen Faschisten mußte aus Termingründen entfallen. Er erscheint aber im regulären AIB 2/1980.

Jose Soto **CDU/CSU — Stütze der chilenischen Militärjunta**



Chile ist auf dem Wege,
kreditwürdig zu werden.

Heinrich Gewandt

Der Putsch vom 11. September 1973, der die Demokratie hinwegfegte, und bei dem der verfassungsmäßigen Präsidenten Salvador Allende und Tausende andere Patrioten ermordet wurde, rückte Chile in den Mittelpunkt des Interesses der Weltöffentlichkeit. Die breitesten demokratischen Kreise verurteilten entschieden die Verbrechen der Faschisten und solidarisierten sich mit der verfolgten Unidad Popular, einem Bündnis, an dem sich Marxisten, Christen und Sozialdemokraten beteiligten. Eine Minderheit, zu der die großen multinationalen Konzerne und die politischen Kreise gehören, die sie vertreten, unterstützte die blutige Absetzung einer demokratisch gewählten Regierung. Einige taten es versteckt, andere völlig unverhohlen. Zu den letzteren zählten in der BRD die CSU und die CDU. Der damalige Bundestagspräsident Karl Carstens erklärte unmittelbar nach Bekanntgabe der Nachricht des Putsches: „Mit dem Sturz Allendes ist das Experiment gescheitert, Marxismus und freiheitliche Grundsätze zu vereinen“. ¹ Was die Faschisten tatsächlich zum Scheitern brachten, und das auf die blutigste Weise, war eine demokratische Regierung. Aber das ließ und läßt Herrn Carstens, mittlerweile Bundespräsident, ungerührt.

Kaum zwei Wochen nach dem Putsch kam eine Abordnung der Dresdner Bank nach Chile, „um wirtschaftliche Unterstützung zum Wiederaufbau des Landes anzubieten“. ² Auch nicht viel länger wartete der CDU-Abgeordnete Heinrich Gewandt, der Ende Oktober 1973 in Santiago auftauchte. In Chile war er bereits seit der Regierungszeit Eduardo Freis (1964—1970) unter dem Namen „Der kleine Dicke mit dem Geld“ bekannt, da er der regelmäßige Überbringer der finanziellen Hilfen der CDU für ihre chilenische Schwesterpartei, die Christdemokratische Partei (PDC), war. Der Presse erklärte er, Ziel seiner Reise sei es, „sich über die Möglichkeiten zu informieren, einen Kredit zur Entwicklung der Wirtschaftspläne zu gewähren“. ³ Beide Besuche machen die übereinstimmenden Interessen der Bankiers der BRD und der CDU deutlich.

Aber die Sympathiekundgebungen für die terroristische Diktatur blieben nicht nur auf die CDU/CSU beschränkt. Ein Beweis dafür ist die Hilfe, die die Regierung der Bundesrepublik

Deutschland der Junta zukommen ließ: Am 29. Oktober 1973 überreichte Botschafter Lüdde-Neurat der chilenischen Armee eine als Spende von Medikamenten und medizinischen Geräten deklarierte Schenkung im Wert von 30000 DM, im November 1973 erhielt die Junta 15000 t Weizen von der BRD.

Anfang Januar 1974 besuchten eine Gruppe bundesrepublikanischer „Touristen“ und elf Abgeordnete der CDU Chile. Sie überbrachten der Diktatur finanzielle Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zu den CDU-Abgeordneten gehörte Lieselotte Berger, die sich in einer Pressekonferenz „gegen den Einsatz von Gewalt als politisches Mittel aussprach“. ⁴ Diese zweifellos humanitären Äußerungen machte sie im gleichen Moment, als das Regime, das sie unterstützte, Tausende von Patrioten folterte und ermordete.

Seit einigen Monaten werden immer wieder neue Beweise für das furchtbare Treiben in jener Zeit bekannt: geheimgehaltene Massengräber in Lonquén, Yumbel, Cuesta Chada, Cuesta Barriga, über 300 Gräber ohne Namen im Hauptfriedhof in Santiago, in denen vermutlich jeweils 7—10 Leichen liegen. Die meisten dieser Chilenen wurden eben in jenen Tagen umgebracht, als die CDU-Abgeordneten Chile besuchten. Es ist bekannt, daß bis zum 30. Mai 1974 25000 Chilenen ermordet worden sind.

Eine weitere Äußerung, die wegen ihres Zynismus Anthologie wert besitzt, ist die des ehemaligen Bundesministers der CDU Bruno Heck, der von dem im Nationalstadion in Santiago eingerichteten Konzentrationslager 1974 meinte, es sei „bei sonnigem Wetter recht angenehm“. ⁵ Eine grausame Verhöhnung der Hunderte von Menschen, die dort gefoltert und ermordet wurden.

Die Bundesregierung sah sich durch die internationale Isolierung der Junta und den Druck der demokratischen Öffentlichkeit der BRD zwar veranlaßt, sich von der Junta politisch zu distanzieren, praktisch wurde jedoch die Unterstützung fortgesetzt. 1974 gab sie mehreren Projekten der Diktatur, die angeblich zur wirtschaftlichen Entwicklung dienen sollten, finanzielle Unterstützung; im Januar 1975 erteilte sie ihr einen Kredit über 8,4 Mio Dollar und im Juli des gleichen Jahres spendete sie wieder medizinische Geräte. Nachdem die Bundesrepublik 1974 und 1975 die Verbrechen von Pinochets Diktatur bei der Abstimmung der Vollversammlung der UNO mitverurteilt hatte,



K. U. von Hassel (CDU) wurde als Bundestagsvizepräsident bei Juntachef Pinochet vorgestellt

enthielt sie sich im Dezember 1976 der Stimme, was einer weiteren Aufwertung des Regimes gleichkam. Wenige Tage später, am 21. 12. 1976 war sie entscheidend am Beschluß der Weltbank beteiligt, der Junta einen Kredit über 60 Mio Dollar zu gewähren.

Die CDU/CSU setzte ihre Unterstützung der Diktatur ununterbrochen fort. Auch die chilenischen Christdemokraten erhielten ihre Hilfe, solange sie mit den Faschisten kollaborierten, d. h. bis Ende 1975. So finanzierte z. B. die Konrad-Adenauer-Stiftung das Nationale Institut für Gesellschaftsstudien, das von christdemokratischen Gewerkschaftsführern organisiert wurde.

Die Unterstützung der Großunternehmer für die Faschisten wurde durch die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern deutlich. 1975 entwickelte sich die BRD zum wichtigsten Abnehmer chilenischer Produkte. Die Käufe stiegen von 116 Mio Dollar im Jahr 1972, unter der Regierung Allende, auf 239 Mio Dollar, d. h. um mehr als das Doppelte. Die Unterstützung durch bundesrepublikanische Banken war und ist lebenswichtig für die Diktatur. Im Dezember 1976 erteilte ihr die Deutsch-Südamerikanische Bank in Hamburg einen Kredit über 50 Mio DM. Um eine Ausweitung dieses Kredits zu besprechen, reiste der Generaldirektor der Bank am 21. 3. 1977 nach Santiago. Wenig später, im April 1977, kam Hermann Joseph Abs, Generaldirektor der Deutschen Bank in Frankfurt, die der Junta einen Kredit über 50 Mio DM erteilte, nach Chile.

Der Besuch des Führers der extremen Rechten der BRD in Chile ist als einer der ernsthaftesten Versuche anzusehen, Pinochet politisch aufzuwerten. F. J. Strauß kam im November 1977 nach Chile, als der antifaschistische Widerstand bereits aus der Defensive in die Offensive übergegangen war. Nach dem ersten Hungerstreik von Angehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen im Juni jenen Jahres, hatte eine ganze Reihe wichtiger Aktionen der Arbeiter eingesetzt: Streikbewegungen bei den Bauarbeitern, in den Häfen und, zwei Wochen vor Strauß' Ankunft, ein Streik der Kupferarbeiter von El Teniente.

Der Führer der CSU traf am 17. November 1977 in Santiago ein. Tags darauf führte er ein Gespräch mit Pinochet in dessen Sommerresidenz in Vina del Mar. Es folgte eine Pressekonferenz, bei der Strauß heftige Kritik an den chilenischen Christdemokraten übte. Auf die Frage eines Journalisten zur Lage in Chile meinte er, es sei wohl „etwas vermessen für einen Ausländer nach einem halben Tag Aufenthalt eine fundierte Meinung geben zu wollen.“⁶ Aber wenige Stunden später, als ihm in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der staatlichen Universität Universidad de Chile der Titel eines Honorarprofessors erteilt wurde, erklärte er, er könne „die Fortschritte feststellen, die bei der Führung des Landes erreicht wurden“.⁷ Für den Honorarprofessor einer unter faschistischem Stiefel stehenden Universität war wohl doch ein Tag genug, um tiefgreifende Einblicke in die Lage des Landes zu gewinnen.



Erfolgreicher Vermittlungsversuch des CDU-Vorsitzenden H. Kohl (M.) zwischen F. J. Strauß und E. Frei (l.) im Juli 1977 in Bonn

Am 19. November reiste Strauß in den Süden, nach Puerto Montt, um an den Feierlichkeiten zum 125. Jahrestag der deutschen Einwanderer teilzunehmen. Die Rede, die er dort hielt (Auszug siehe Kasten), drückte seine volle Unterstützung für das faschistische Regime aus. Unter anderem erklärte er, „er habe keinen Zweifel, daß Chile ein freies und demokratisches Land ist, zu dem man in den letzten vier Jahren noch die grundlegenden Konzepte der deutschen Demokratie hinzugefügt habe: die Disziplin, den Respekt und den Arbeitseifer“.⁸ Die Träger des Regimes fordert er auf: „Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Ihrem Lande, gleichgültig von woher sie bedroht wird, erhalten bleibt und arbeiten Sie daran, daß Disziplin, Fleiß, Leistung, Opferbereitschaft und Gemeinschaftssinn ein blühendes Land Chile schaffen, in dem jeder Bürger mit Stolz sagen kann, ich bin ein freier Chilene“.⁹

Nach knapp einer Woche Aufenthalt in Chile fühlte sich Strauß befähigt, kategorisch zu behaupten, „heute gebe es auch keine Morde und Folterungen mehr“.¹⁰ Doch die Tatsachen und die von der Katholischen Kirche Chiles darüber bekanntgegebenen Informationen dementieren Strauß. Im Jahr 1977 und auch noch danach sind Hunderte von Chilenen willkürlich verhaftet, gefoltert, verschleppt oder ermordet worden. Allein im Monat August 1979 wurden vier Gegner der Diktatur ermordet. Einer dieser Fälle, der des Lehrers Alvarez, weckte eine solche Empörung, daß der Oberste Gerichtshof sich gezwungen sah, einen Sonderrichter mit seiner Aufklärung zu beauftragen und ein Verfahren einzuleiten, in dessen Verlauf auch der Leiter der Geheimpolizei CNI zur Aussage bestellt wurde.

Mit kaltem Zynismus versuchte der soziale und christliche F. J. Strauß, das Ausmaß und die Bedeutung des Terrors herunterzuspielen mit der Bemerkung: „Wenn das Militär zugreift, geht es eben anders zu als beim Franziskanerorden, der Suppe an die Armen verteilt.“¹¹ Pinochet freilich, den Strauß mit diesen Äußerungen rechtfertigen will, ist nicht nur kein Franziskanermonch, sondern der größte Terrorist und Menschenverschlepper unserer Tage. Doch es handelt sich nach Strauß' Meinung offensichtlich um gerechtfertigten Terror, da er zum „Schutz“ der „Demokratie“, zum „Schutz“ der „Freiheit“ eingesetzt wurde und wird.

Strauß contra chilenische Christdemokraten

Die Reise von F. J. Strauß fiel zusammen mit einer verstärkten Repressionswelle gegen die chilenischen Christdemokraten. Die PDC war am 12. März 1977 endgültig verboten, ihre Vermögen beschlagnahmt, mehrere Parteimitglieder von ihren Ämtern an den Universitäten entlassen, verhaftet oder aus dem Lande verwiesen worden. Bei Strauß fand sich jedoch keine solidarische Geste mit den verfolgten Vertretern der Schwesterpartei; im Gegenteil, wo er konnte, hat er sie aufs härteste kritisiert.

Damals und auch heute noch wird die PDC vom rechten Flügel kontrolliert, deren Führer Eduardo Frei eine reaktionäre Position einnimmt. Aber vor die Wahl zwischen den rechten Christdemokraten und den Faschisten gestellt, identifiziert Strauß sich mit letzteren.

Am 20. November 1977 führten Strauß und Frei in dessen Wohnung ein Gespräch hinter verschlossenen Türen. Es zog sich über zweieinhalb Stunden hin, führte jedoch nur dazu, die Differenzen zwischen beiden noch zu vergrößern. Ohne Frei direkt zu nennen, aber deutlich auf ihn bezogen, sprach Strauß später von „greinenden, verbrauchten und verschlissenen Typen, die mit der ganzen Welt überworfen seien, weil sie ihr übelnähmen, daß sie selbst in ihrer geschichtlichen Bewährungsstunde versagt hätten.“¹²

Frei bemerkte zu diesen Angriffen, daß es „wahrhaft tragisch (ist), daß Herr Strauß diejenigen, die zum Schweigen gebracht wurden, bekämpft und damit zwangsläufig zum Verbündeten derjenigen wird, die nicht an die Demokratie in Chile glauben.“¹³

F. J. Strauß' wenig christliche Angriffe gegen die chilenischen

F.J. Strauß' Lanze für Pinochet



Am 19. November 1977 nahm F. J. Strauß an der Gedenkfeier zum 125. Jahrestag der deutschen Einwanderung nach Chile auf dem Totoral-Hügel bei Puerto Montt teil. Es wurde eine politische Demonstration der Zweisamkeit des CSU-Vorsitzenden mit den Junta-repräsentanten. Staatspräsident Pinochet, drei seiner Minister, der stellvertretende Oberkommandierende des Heeres, der Provinzgouverneur, weitere hohe Militärs und etwa 400 Bundesdeutsche versammelten sich hier unter den Klängen einer Ehrenkompanie. Die Zeitung *La Tercera* bezeichnete F. J. Strauß, den „Führer der Opposition in seinem Lande“, tags darauf als den „eminentesten Besucher“. Diese Auffassung war auch der offizielle Redner der Junta, der deutschstämmige Gesundheitsminister Fernando Matthei, der seine Ansprache mit der Anrede an F. J. Strauß eröffnete: „Abgeordneter, Professor Franz Josef Strauß . . . Daß sie zu uns gekommen sind, trotz Acht und Bann, den die Welt über uns verhängt hat, macht Ihren Besuch uns doppelt wert. Wir hoffen, daß Sie sich bei uns wohlfühlen und unsere Landsleute in jeder Hinsicht alle Türen geöffnet haben. Es ist unsere besondere Sorge, daß sie alles sehen und hören mögen, was Sie wünschen, in voller Freiheit, wie es je und ewig bei uns in Chile war.“ So sprach der deutschstämmige General und Staatsminister Eduardo Matthei.

Und ob sich F. J. Strauß wohlfühlte. Er revanchierte sich prompt in seiner Rede, indem er die „Kraft der Freiheit“ verteidigte — die „Freiheit“ des Chile Pinochets:

„Unter deutschen Landsleuten darf ich sowohl die ehemaligen Bürger Deutschlands ansprechen, deren Vorfahren vor hundert und mehr Jahren nach Chile gekommen sind, wie auch die zahlreichen Gäste, die als Bürger der Bundesrepublik Deutschland heute sich hier an diesem Ehrentag unter diesem Ehrenmal eingefunden haben. Ich freue mich, daß ich im Zusammenhang mit einer seit langem geplanten Rei-

se die Einladung bekommen habe, heute an diesem 125. Jahrestag, das ist immerhin das Achtel eines Jahrtausends, hier zu Ihnen sprechen darf. Ich möchte mich bei den vielen Hunderten, um nicht zu sagen Tausenden, die meine Frau und mich auf dem Weg hier herauf so herzlich begrüßt haben, ebenso herzlich bedanken; ich bin mir beinahe vorgekommen, als ob ich in Bayern, in meiner Heimat, wäre und von meinen Landsleuten begrüßt würde. (. .)

Ich sage es nicht aus irgendeiner falschen Begeisterung oder aus einer euphoristischen Gesinnung heraus, aber auch wir sind stolz darauf, daß wir in etwa 15 Jahren aus diesem kleinen Rest, der von dem Deutschen Reiche übriggeblieben war als freier Teil Deutschlands, die stärkste Wirtschaftsmacht Europas, die bestausgebaute Sozialorganisation und die zweite Welthandelsnation geschaffen haben. Und wir sind stolz darauf, daß wir das geschaffen haben mit den Prinzipien der Freiheit, mit einer freiheitlichen Wirtschaft, daß wir es geschaffen haben nicht in Zwangswirtschaft und Planwirtschaft, nicht unter marxistischer Ideologie, die ein Land zerstört, aber nicht die Freiheit und nicht die Zukunft garantiert.

Wir sind stolz darauf, einen freiheitlichen, einen liberalen, einen toleranten Staat, eine neue deutsche Demokratie geschaffen zu haben. Aber wir wehren uns auch heute dagegen, daß dieser Teil Deutschlands in der Welt wieder Opfer einer neuen Kampagne, Opfer einer gefährlichen Agitation, Opfer einer großen Verleumdungsaktion wird, wie wir es im Laufe der letzten Jahre, Monate und Wochen besonders erlebt haben. (. .)

Wir erkennen an, daß ein Staat die Aufgabe hat, die Sicherheit seines Landes nach außen sicherzustellen, daß ein Staat die Aufgabe hat, die Freiheit im Inneren, aber eine Freiheit in Ordnung herzustellen. Und wir verwahren uns dagegen, daß die Kräfte des Chaos und der Anarchie auch heute wieder in unserem Lande aufstehen wollen, um unsere neue Demokratie zu zerstören. Und wir verwahren uns dagegen, daß man über uns in der ganzen Welt versucht, die Unwahrheit zu verbreiten. Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger der vollen Wahrheit und auch dort, wo die Wahrheit unbequem ist. Aber wir wollen nicht mit Halbwahrheiten abgespeist werden, wir wollen die volle Wahrheit über Deutschland und unsere Geschichte.

Wir wollen auch die volle Wahrheit über Chile und seine politische Entwicklung. Keiner meiner Gesprächspartner hier in Chile wird behaupten, daß ich irgendjemandem nach dem Munde rede. Aber wer die chilenische Geschichte über das letzte Jahrhundert hinweg und über die letzten Jahrzehnte hinweg verfolgt hat, der weiß, wie groß der Unterschied ist zwischen der Wahrheit und der Halbwahrheit, wie groß der Unterschied ist zwischen den Realitäten und der Verleumdung und wie groß der Unterschied ist zwischen denen, die ein marxistisches Paradies auf Erden verheißen haben und dem, was sie auch in diesem Lande hier angerichtet haben.

Wir erleben es immer wieder, daß marxistische Glücksverheißer das Paradies auf Erden versprechen, aber in Wirklichkeit den Weg zur Hölle pflastern. Wir wollen nicht das Glück von den Plakaten lachen sehen, wir wollen das Glück aus den Gesichtern der Menschen ablesen können. Das ist der große Unterschied. Denn für uns ist eine freie Gesellschaft die Summe freier Menschen und nicht die Freiheit der Funktionäre über einer entmenslichten Masse, der man ihre Individualität genommen hat. Das ist die Auseinandersetzung, die geistige Auseinandersetzung, in der wir heute in Europa stehen, die aber auch in anderen Teilen der Erde, nicht zuletzt auch in Lateinamerika, sich vollzieht.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: arbeiten Sie als loyale, fleißige und treue Bürger Ihres Landes am Aufbau und weiterem Ausbau Ihres Landes, sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Ihrem Lande, gleichgültig, von woher sie bedroht wird, erhalten bleibt, und arbeiten Sie daran, daß Disziplin, Fleiß, Leistung, Opferbereitschaft und Gemeinschaft ein blühendes Land Chile schaffen, in dem jeder Bürger mit Stolz sagen kann, ich bin ein freier Chilene, gleichgültig, von welcher Nation meine Vorfahren sind. In dem Sinne wünsche ich jedem eine freie und glückliche Zukunft und in dem Sinne hoffe ich, daß wir uns noch manches Mal begegnen können.“

(zit. nach: Politische Studien, Chile — ein schwieriger Weg, München, Sonderheft 1/1978, S. 103—107)

Christdemokraten stießen in seinen eigenen Reihen auf Ablehnung. Die Junge Union, die Jugendorganisation der CDU/CSU, schickte am 25. November 1977 ein Telegramm an den Parteivorsitzenden der PDC Andrés Zaldívar, in dem sie ihrer „vollen Solidarität“ Ausdruck gab.¹⁴ Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, der Bundestagsabgeordnete Norbert Blüm, erklärte seinerseits, daß „die Christlichen Demokraten in Chile bei ihrem Kampf um die Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Tradition ihres Landes die Unterstützung der CDU/CSU verdienten“.¹⁵

Wenige Tage nach der Rückkehr von Strauß aus Chile besuchte Eduardo Frei die Bundesrepublik. Helmut Kohl, Parteivorsitzender der CDU, nahm die Gelegenheit wahr, um ein erneutes Treffen von Frei und Strauß zu organisieren, in der Hoffnung, daß dabei die Kluft, die sich zwischen beiden Politikern aufgetan hatte, überwunden werden könnte. Aber nach zwei Stunden Diskussion wurde nur einmal mehr deutlich, daß es unmöglich war, die antidiktatorische Position Freis mit Strauß' profaschistischer Haltung in Einklang zu bringen.

Die Chilereise des Führers der extremen bundesrepublikanischen Rechten markierte den Beginn einer Etappe verstärkter Unterstützung von Seiten der bundesrepublikanischen Reaktion für die Faschisten.

Im März 1978 besuchte eine Kommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Chile, um über mögliche Hilfsabkommen zu verhandeln. Im selben Monat investierte eine von der chilenischen Presse nicht näher identifizierte Gruppe aus der BRD 160 Mio Dollar in den Kauf von zwei Kupferminen. Im Mai 1978 wurde ein Abkommen über unternehmerische Zusammenarbeit und technische Hilfe vom chilenischen Brauereimonopol Compania Cervecerias Unidad und dem Oetker Konzern unterzeichnet. Am 9. November 1978 gewährte die Deutsche Bank der Diktatur wieder einen Kredit über 50 Mio Dollar. Etwa in den gleichen Tagen kam Siegfried Lengl, Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) „mit einer persönlichen Botschaft von Josef Strauß“¹⁶ nach Chile, um dort ein Abkommen zur Finanzierung einer Gewerkschaftsschule zu unterzeichnen. In deutlichem Gegensatz zur Haltung der Unternehmerkreise stimmte die Vertretung der BRD 1978 bei der Abstimmung der XXXIII. UN-Vollversammlung für eine Verurteilung der Verbrechen der faschistischen Junta in Chile.

Strauß-Schattenminister A. Dregger im „Glück“

Das Jahr 1979 brachte dagegen wieder eine Intensivierung der Beziehungen auf allen Ebenen. Mitte Januar reisten leitende Vertreter der Dresdner Bank und der Deutsch-Südamerikanischen Bank nach Chile, wo sie Unterredungen mit Pinochet und anderen Angehörigen des faschistischen Regimes führten. Der Presse erklärten sie: „Wir befinden uns in Chile, um unser Vertrauen in das Land auszudrücken“.¹⁷

Im Februar übergab das Magirus-Deutz Unternehmen der Pullmann-Chile 112 Dieselsebusse. Der Wirtschaftsverkehr zwischen der BRD und der Diktatur nahm weiterhin zu. In den ersten vier Monaten des Jahres 1979 kaufte man in der BRD chilenische Waren im Wert von 153,8 Mio Dollar, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 42,3% entsprach.

Wie eng sich die Beziehungen zu den bundesdeutschen Banken inzwischen gestaltet hatten wurde deutlich, als Pinochet dem Bankier Abs den Orden „Grand Officier Bernardo O'Higgins“ für seine „großen Aktivitäten bei der Verstärkung der Beziehungen beider Länder“ verlieh.¹⁸

Am 18. Mai 1979 übergab in Bonn der neue Botschafter der Diktatur, Vasco Undurraga, sein Akkreditivschreiben. Bei dieser Gelegenheit erklärte Bundespräsident Walter Scheel: „Ihr Land, Herr Botschafter, hat bis heute nichts von jener ursprünglichen Anziehungskraft verloren, die es immer für die Deutschen ausübte . . . Unsere kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen sind seit langer Zeit gut. Auch auf zahlreichen anderen Gebieten gibt es eine gute Zusammenarbeit unserer bei-

den Länder“.¹⁹

Zehn Tage später überrachte in Santiago der neue Botschafter der BRD, Heinz Dittmann, Pinochet sein Akkreditiv und erklärte dabei: „Heute zentrieren sich die Beziehungen unserer beiden Länder auf den Bereich der Wirtschaft. Die BRD steht an erster Stelle der Käufer chilenischer Exporte, insbesondere von Kupfer. Ein Zeichen für das große Vertrauen, das die chilenische Wirtschaft und ihre Entwicklungsmöglichkeiten in unserer Heimat genießen, ist, meiner Meinung nach, die Erteilung langfristiger Kredite von deutschen Banken an die chilenische Zentralbank und an andere, die an den Geschäften teilhaben. Ich möchte somit meine besondere Aufmerksamkeit der zukünftigen Ausweitung unserer Handelsbeziehungen widmen“.²⁰

Im August 1979 weilte Alfred Dregger, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in Chile. Wie schon zuvor F. J. Strauß, drückte er seine volle Unterstützung für den von Pinochet betriebenen Staatsterrorismus aus. Er verdrehte die historischen Tatsachen, als er behauptete, „Chile wurde durch Allende ins Unglück gestürzt“ und die Regierung der Unidad Popular habe „ein Chaos verursacht und damit die Voraussetzungen für das Eingreifen des Militärs geschaffen“.²¹ Damit versuchte er nichts anderes, als den Putsch zu rechtfertigen. Zur gegenwärtigen Lage erklärte er darüber hinaus: „Während des Umsturzes und auch noch einige Zeit danach hat es Menschenrechtsverletzungen gegeben . . . Inzwischen hat sich die Lage wesentlich gebessert“.²² Diese Behauptung traf er fast in den gleichen Tagen, als vier Patrioten von den Schergen der Diktatur ermordet wurden.

Doch damit nicht genug, lobte Dregger auch „die ökonomischen Erfolge der streng marktwirtschaftlichen Politik Chiles“.²³ Zu den „Erfolgen“ gehören: eine Arbeitslosenrate von 25% und minimale Löhne, die Tausende von Arbeitern zwangen, trotz der schwierigen, von der Tyrannei diktierten Bedingungen in den Streik zu treten.

Den vorläufigen Abschluß der Serie von Staatsbesuchen bildete der Aufenthalt von Pinochets Außenminister Hernán Cubillos am 17. September 1979 in der Bundesrepublik. Breiteste Kreise der demokratischen Öffentlichkeit drückten ihre Ablehnung dagegen aus. Er wurde nur von einem Minister empfangen: Außenminister Genscher (FDP). Während er bei der CDU/CSU natürlich willkommen war, wies die SPD ihre Mitglieder und Parteileiter an, davon Abstand zu nehmen, dem Vertreter der blutigen Diktatur die Hand zu reichen.

Ihre Ablehnung der Diktatur und ihre Solidarität mit dem chilenischen Volk drückten in Bonn über 3000 Demonstranten aus, mit den Rufen: Chile sí, Junta no! Keine Kredite für die Faschisten . . .

Anmerkungen:

- 1) Süddeutsche Zeitung, 13. 9. 1973
- 2) La Tercera, Santiago, 18. 1. 1979
- 3) El Mercurio, Santiago, 29. 10. 1973
- 4) Qué Pasa, Santiago, Nr. 142 11. 1. 1974
- 5) Tat, 25. 11. 1977
- 6) Hoy, Santiago, Nr. 26 23.—29. 11. 1977
- 7) Ebenda
- 8) Ebenda
- 9) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 11. 1977
- 10) Ebenda
- 11) Unsere Zeit, 26. 11. 1977
- 12) Süddeutsche Zeitung, 25. 11. 1977
- 13) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 11. 1977
- 14) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 11. 1977
- 15) Süddeutsche Zeitung, 26./27. 11. 1977
- 16) El Mercurio, 12. 11. 1978
- 17) La Tercera, 18. 1. 1979
- 18) Neues Deutschland, 30. 8. 1979
- 19) El Mercurio, Santiago, 23. 5. 1979
- 20) La Tercera, Santiago, 1. 6. 1979
- 21) Unsere Zeit, 23. 8. 1979
- 22) Frankfurter Rundschau, 22. 8. 1979
- 23) Ebenda

Lektüre zur CDU/CSU und F. J. Strauß



Bücher, von Strauß selbst geschrieben oder Redenverschnitte, gibt es nur wenige, über ihn aber um so mehr — sogar in Großformat (30 x 24 cm):

H. Wald-Wagenburg/H. Klein, Franz Josef Strauß, Bildband und Biographie, Verlag R. S. Schulz, München 1979, 230 Seiten, Leinen 49,— DM, Leder (mit Goldprägung) 120,— DM.

„Dieser Bildband gibt Franz Josef Strauß wieder, wie er ist“, so Strauß über Strauß im Vorwort. Abgesehen von beiliegender Schallplatte mit Strauß-Originalton ist dem nicht so. Vielmehr erfahren wir, wie er gesehen werden möchte; als ein aufgewecktes Kind, ein Student, der schon früh Nazigegner wurde, ein weltgewandter Politiker der Mitte, ein Ausbund bayrischer Lebensfreude. Den wahren Strauß lernt man woanders kennen:

D. Halfmann (Hrsg.), Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1971, 240 Seiten, 9,80 DM

K. Staeck (Hrsg.), Einschlägige Worte des Kandidaten Strauß, Steidl Verlag, Göttingen 1979, 187 Seiten, 5,— DM.

In einer Sisyphusarbeit hat D. Halfmann persönliche Äußerungen von Strauß aus über 20 Jahren zusammengetragen und sie nach Themenbereichen wie Staat und Wirtschaft, Autorität Grundhaltung, Strategie des Kalten Krieges usw. gegliedert. Das Kapitel „Im Bunde mit Unterdrückern und Aggressoren in aller Welt“ zeigt den Beitrag von Strauß an den BRD-Waffenlieferungen nach Israel, und offenbart seine Sympathie sowohl für die Bevormundung der arabischen Völker wie für die Apartheidpolitik im Südlichen Afrika. Leider ist in dem Buch die Entwicklung der 70er Jahre nicht mehr enthalten, eine Aktualisierung würde sich aber lohnen. Die neuesten und markigsten Aussagen des F. J. Strauß kann man, ebenfalls nach „Sachgebieten“ geordnet, in dem handlichen Büchlein von K. Staeck finden, bedauerlich nur, daß Kapitel 8 („Über Spezies in der ganzen Welt: z. B. Chile, Rhodesien, Südafrika“) etwas knapp ausgefallen ist.

Wer die Strauß-Strategie zusammenhängend und von ihm selbst mit unmißverständlicher Klarheit formuliert nachlesen möchte, findet sie im Wortlaut dokumentiert in der „**Sonthofener Rede**“, in:

K. D. Bredthauer (Hrsg.), Kandidat Strauß, Dokumente und Analysen, Pahl-Rugenstein Verlag, Hefte Nr. 40, Köln 1979, 48 Seiten, 5,— DM.

Darüber hinaus analysiert K. D. Bredthauer hier die Substanz des politischen Programms von F. J. Strauß und seine autoritären Krisenlösungsvorschläge, ergänzt um Dokumente von CDU-internen Differenzen über die Nominierung des F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten, zur Gewerkschaftspolitik der CSU sowie der Reaktionen darauf. Ebenfalls kritisch setzen sich mit F. J. Strauß auseinander:

R. Kühnl, Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, Pahl-Rugenstein Verlag, Hefte Nr. 2, Köln 1972, 32 Seiten, 4,— DM

B. Engelmann, Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co, Pressedienst demokratische Initiative (PDI), PDI-konkret 6, Köln 1976, 142 Seiten, 5,80 DM

K. Warnecke, F. J. Strauß im Zwielficht der Geschichte, PDI-Sonderheft 5, München 1978, 66 Seiten, 3,— DM.

Während R. Kühnl die festen organisatorisch-politischen Kontakte zwischen den von Strauß repräsentierten Kräften und den Neofaschisten nachweist, zeichnet B. Engelmann die politische Vergangenheit

von exponierten Rechtskräften wie Helmut Kohl, Hanns Martin Schleyer, Fritz Ries, Kurt Biedenkopf und natürlich auch Franz Josef Strauß nach. Engelmann packt die politischen Affären und Skandale aus, in die diese namhaften Politiker verwickelt gewesen sind und zeigt vor allem ihre wirtschaftlichen Interessen sowie ihre Verstrickung mit den größten Banken und Industriekonzernen der BRD auf. K. Warnecke beschäftigt sich vornehmlich mit den Skandalen im Militärssektor, in die F. J. Strauß während der Beschaffung beispielsweise der Schützenpanzer HS 30 oder der Starfighter-Kampfflugzeuge für die Bundeswehr verwickelt war. Kurz wird hier auch (auf 6 Seiten) durch eine recht breite Zeitschriftenschau die Position von F. J. Strauß zu Chile umrissen. Zu Veröffentlichungen, die nicht nur anhand der Person des F. J. Strauß auf Gesamtfragen der Rechtsentwicklung in der BRD eingehen, zählen:

PDI (Hrsg.), Rechtstendenzen in der Bundesrepublik — Eine notwendige Auseinandersetzung, PDI-Taschenbuch 2, München 1979, 191 Seiten, 6,60 DM

H.-G. Koch/H.-D. Bamberg, CDU/CSU verhinderte Staatspartei, Werner Raith Verlag, Starnberg 1974, 239 Seiten, 14,80 DM

J. Kaestner, Die gegenwärtige Gesellschafts- und Staatsauffassung der CSU, Rita G. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1979, 73 Seiten, 9,80 DM

H. Adamo, Die CDU/CSU. Wesen und Politik, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1976, 285 Seiten, 9,— DM

G. Kade, Die deutsche Herausforderung. „Modell Deutschland“ für Europa? Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979, 255 Seiten, 12,80 DM.

Im PDI-Taschenbuch sind Dokumente und Beiträge von SPD/FDP-Bundestagsabgeordneten wie Vertretern der demokratischen Öffentlichkeit zum Rechtsextremismus in der BRD, darunter auch Stellungnahmen zur Chile-Reise von Strauß 1977, zusammengestellt, allerdings ohne einen klar ersichtlichen thematischen Zusammenhang. Dieser ist hingegen in den von H. D. Koch/H.-D. Bamberg zusammengestellten innen- und außenpolitischen Argumentationen der CDU/CSU gegeben, wengleich das Buch einiges an Aktualität verloren hat. Es enthält einen ergiebigen außenpolitischen Teil, der in der Hauptsache die „Ost- und Deutschlandpolitik“, aber auch Chile behandelt. Z. B. wird der chilenische Militärputsch auf seine eventuelle Relevanz für eine Machtübernahme durch die CDU/CSU in der BRD überprüft.

In der mehr akademisch gestalteten, aber auch für die politische Praxis brauchbaren Publikation von J. Kaestner stellt sich der Autor die Aufgabe, „mit einer materialistischen Parteientheorie . . . die Bewußtseinsformen und die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Interessen, die politischen Gehalt und Dynamik der CSU ausmachen . . . als ein Teil einer notwendigen Gesamtanalyse der CSU“ aufzusuchen (S. 7, 12 und 73). Allerdings bleibt J. Kaestner dabei stehen, lediglich den „mit der CSU konkurrierenden Parteien“ zu empfehlen“, in „den widersprüchlichen Entwicklungsprozeß der CSU „praktisch einzuwirken“ (S. 72).

Mit dem Anliegen, eine Hilfe für die Auseinandersetzung mit der CDU/CSU zu leisten, untersucht H. Adamo vor allem ihre geschichtliche Entwicklung und schwerpunktmäßig die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, den Abbau demokratischer Rechte sowie die Außenpolitik der CDU/CSU. Unter dem letztgenannten Kapitel analysiert H. Adamo die CDU/CSU-Politik gegenüber den sozialistischen Ländern; ausführlich ist ein Abschnitt zur China-Politik und eingegangen wird schließlich auch auf das „Bündnis mit Kolonialismus und Faschismus“. Wünschenswert wäre allerdings eine stärkere Betonung der außenpolitischen Komponente der Rüstungs- und NATO-Politik der BRD.

G. Kade bilanziert schließlich sehr aktuell die gegenwärtige Rolle der BRD, insbesondere die „Modell-Deutschland“-Politik, im europäischen Kontext. Obwohl vom Thema her „eurozentriert“ eingegrenzt, wird hier auch das neue weltpolitische Gewicht der BRD eingeschätzt, belegt vor allem durch die BRD- und EG-Wirtschaftspolitik in Afrika, zur Rohstofffrage oder zur Stützung rassistischer bzw. faschistischer Regimes am Beispiel Chiles und des Südlichen Afrika.

Insgesamt mangelt es bei dem Großteil der Literatur gegen (oder für) Rechts an einer fundierten Einschätzung bzw. Vorstellung der außenpolitischen und wirtschaftlichen Bestrebungen der CDU/CSU und ihres Kanzlerkandidaten F. J. Strauß. **P. Maaskola, U. Rupp, H. Vortisch**

W. RUNGE VERLAG



60 Seiten — 4.80 DM



.. mehr als nur ein Geschichtsbuch!
Ist Geschichte langweiliger Schulstoff? Ja, wenn sie nur von Taten großer Politiker berichtet. Geschichte ist aber mehr. Die Geschichte der Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Geschichte der Herrschenden und Geschichte der Unterdrückten. Die Unterdrückten wehren sich gegen die Herrschenden. Und daher können die Unterdrückten von heute von den Unterdrückten von gestern lernen. Damit es morgen keine Unterdrückung mehr gibt!

Dieses Buch handelt vom „besten Blatt, das die Partei je besessen“ (Engels). Trotz Sozialistengesetz gelang es dem „Sozialdemokrat“, die Organisation zu erhalten und den Marxismus weiter zu verbreiten. Das Blatt ist heute noch Vorbild für linke Zeitungsarbeit. Daher dieses Buch: Nicht nur Jubiläumsschrift, sondern Material für linke Pressediskussion — Geschichte als Anleitung zum Handeln!

Das Standardwerk über die JUSO

Mittlerweile gibt es eine Reihe von Untersuchungen über die JUSO's. Trotzdem bleibt das Buch von Christoph Butterwegge das Standardwerk, denn der Autor vertritt in seiner Arbeit keine Fraktion, sondern untersucht das Verhältnis der JUSO's zur SPD vor dem Hintergrund der sozialökonomischen und politischen Entwicklung der BRD. Dabei werden Hinweise zum Verlauf der Richtungskämpfe in der SPD ebenso gegeben wie das einem ständigen Wandlungsprozeß unterworfenen Selbstverständnis der JUSO's analysiert. Abschließend gibt der Verfasser eine Prognose der Entwicklung der JUSO's und ihrer Rolle bei der Veränderung der SPD. 160 Seiten, DM 6,50.

SK-Bücherdienst W. Runge-Verlag, Postfach 60 61 67.

Er kommt. Der Sozialismus. Er macht keinen Bogen um die BRD. Aber der Weg ist nicht leicht. Nur gemeinsam zu schaffen. Unser Beitrag: Klare sozialistische Orientierung.

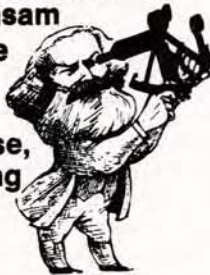
Im Mittelpunkt der Berichterstattung steht der Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, für den sozialen Fortschritt und für die Öffnung des Weges zum Sozialismus.

Mit klarer sozialistischer Position:

- Gegen Berufsverbote — für Demokratisierung — Gegen sozialen Abbau — für Durchsetzung wichtiger Reformen**
- Gegen Blockade der KSZE-Beschlüsse — für Rüstungskürzungen**

Informationen ohne Tabus — Wir leuchten hinter die Kulissen und enthüllen gesellschaftliche Zusammenhänge — Schonungslos decken wir auf. Wir schreiben da weiter, wo andere aufhören müssen. Mit eigenen Artikeln und Exklusivbeiträgen prominenter Sozialisten, mit Nachdrucken aus der internationalen Presse. Mit Analysen und Diskussionen zur Strategie und Taktik der Linken in der sozialdemokratischen Bewegung. SK informiert über linke Plattformen und das Ringen um die Durchsetzung sozialistischer Positionen in der sozialdemokratischen Bewegung.

Nur für Abonnenten: SK-Leserdienst. Bringt Paper und Materialien. Broschüren. Auch international.



SK Das sozialistische Nachrichtenmagazin



Probexemplar anfordern:

**W. Runge-Verlag/
SK-Vertrieb
Postfach 60 61 67
2000 Hamburg 60**

Ich bin dafür Schicken Sie mir deshalb ab sofort SK
20 Seiten — Einzelpreis 1,75 DM, im Abonnement 1,25
Hiermit bestelle ich für — ein halbes Jahr — ein Jahr das
zweimal im Monat erscheinende Nachrichtenmagazin SK zum
Preis von DM 15,— halbjährlich, einschließlich Mehrwert-
steuer, zuzüglich Porto.
Studenten, Lehrlinge, Schüler und KVler und Dienstpflich-
tige erhalten 5-Rabatt und zahlen halbjährlich DM 12,— ein-
schließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Porto.
Wird das Abonnement nicht einen Monat vor Halbjahresende
gekündigt, verlängert sich die Bezugszeit um ein halbes Jahr.

Bezug ab _____ Unterschrift _____ Organisation _____

Name/Vorname _____

PLZ Ort _____ Straße/Hs.-Nr. _____

Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb einer Woche durch Mitteilung an SK-Vertrieb Runge-Verlag widerrufen kann. Die Kenntnisnahme ihrer Garantie bestätige ich durch meine 2. Unterschrift

Unterschrift _____

Das klingt gut Aber ich möchte erst Probelesen. Senden Sie mir bitte ein kostenloses Probexemplar.

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ/Wohnort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Es gibt immer noch Leute, die SK nicht kennen. Das muß anders werden. Schickt mir kostenloses Probexemplare für Werbeverteilung am _____

ad _____ Veranstaltung _____

Ausschneiden und als Briefdrucksache einsenden an:
W. Runge-Verlag / SK-Vertrieb, 2000 Hamburg 60, Postfach 60 61 67

Bücher gegen rechts

Bücher für demokratische Initiativen

Kühni, Reinhard

Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus

32 Seiten, DM 3,—

Best.-Nr. 070

Kühni, Reinhard (Hrsg.)

Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten

4. Auflage, 538 Seiten, DM 9,80

Best.-Nr. 305

Kühni, Reinhard/Hardach, Gerd (Hrsg.)

Die Zerstörung der Weimarer Republik

2. Auflage, 292 Seiten, DM 12,80

Best.-Nr. 289

Hörster-Philipps, Ulrike

Wer war Hitler wirklich?

Großkapital und Faschismus 1918—1945
360 Seiten, DM 12,80

Best.-Nr. 360

Czichon, Eberhard

Wer verhalf Hitler zur Macht?

Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik
5. Auflage, 105 Seiten, DM 9,80

Best.-Nr. 042

Hallmann, Dieter

Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik

48 Seiten, DM 3,—

Best.-Nr. 125

Petzold, Joachim

Ideologische Wegbereiter des deutschen Faschismus

Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik

410 Seiten, DM 14,80

Best.-Nr. 385

Finker, Kurt

Stauffenberg und der 20. Juli 1944

488 Seiten, DM 14,80

Best.-Nr. 333

Berlin, J./Joachim, D. u. a.

Was verschweigt Fest?

Analysen und Dokumente zum Hitler-Film von J. C. Fest

208 Seiten, DM 9,80

Best.-Nr. 359

Chagoll, Lydia

**Im Namen Hitlers
Kinder hinter Stacheldraht**

Bild- und Dokumentarband über die Vernichtung von Kindern im dritten Reich
144 Seiten, DM 12,80

Best.-Nr. 477

Karl D. Bredthauer (Hrsg.)

**Kandidat
Strauß**

Dokumente und Analysen



48 Seiten, DM 5,—

Best.-Nr. 493

Kade, Gerhard

Die Bedrohungslüge

Zur Legende von der «Gefahr aus dem Osten»

294 Seiten, DM 12,80

Best.-Nr. 428

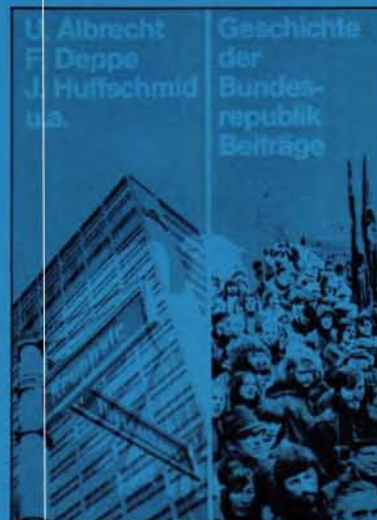
Kade, Gerhard

Die deutsche Herausforderung

«Modell Deutschland» für Europa?

255 Seiten, DM 12,80

Best.-Nr. 469



530 Seiten, DM 14,80

Best.-Nr. 466

Menschik, Jutta (Hrsg.)

Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau

2. Auflage, 426 Seiten, DM 12,80

Best.-Nr. 304

Menschik, Jutta

Feminismus, Geschichte, Theorie, Praxis

2. Auflage, 282 Seiten, DM 12,80

Best.-Nr. 288

Frauenaktion Dortmund (FAD)

Schwangerschaft und der neue § 218

Handbuch für Frauen

293 Seiten, DM 9,80

Best.-Nr. 240

Hund, J./Preiß, Ch. (Hrsg.)

Die Unbescheidenen.

Betriebsrätinnen erzählen

Mit zahlreichen Fotos. 134 Seiten, DM 12,80

Best.-Nr. 429

Kuhrig, H./Speigner, W. (Hrsg.)

Wie emanzipiert sind die Frauen in der DDR?

Beruf, Bildung, Familie
376 Seiten, DM 14,80

Best.-Nr. 462

Doormann, Lottemi (Hrsg.)

Kinder in der Bundesrepublik

Materialien, Initiativen, Alternativen
Mit zahlreichen Fotos und Abbildungen,
277 Seiten, DM 14,80

Best.-Nr. 431

Pilz, D./Schubenz, S. (Hrsg.)

Schulversagen und Kindergruppen-therapie

Pädagogisch-psychologische Therapie bei psychischer Entwicklungsbehinderung
302 Seiten, DM 15,—

Best.-Nr. 441

Koch, R./Rocholl, G. (Hrsg.)

Kleinkinderziehung als Privatsache?

222 Seiten, DM 14,80

Best.-Nr. 328

Ljubinskaja, Anna A.

Kinderpsychologie

Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis
2. Auflage, 544 Seiten, DM 19,80

Best.-Nr. 183

Demokratische Fraueninitiative (DFI),

Wir Frauen '80. Taschenkalender

Mit vielen Bildern und Daten, Porträts und Karikaturen, Tips und Texten. U. a. 12 Zeichnungen und Karikaturen von Marie Marcks
320 Seiten, DM 7,50

Best.-Nr. 444

Alle Bücher erhalten Sie in jeder Buchhandlung oder über den Verlag. Fordern Sie bitte unseren neuen Gesamtkatalog an.

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51